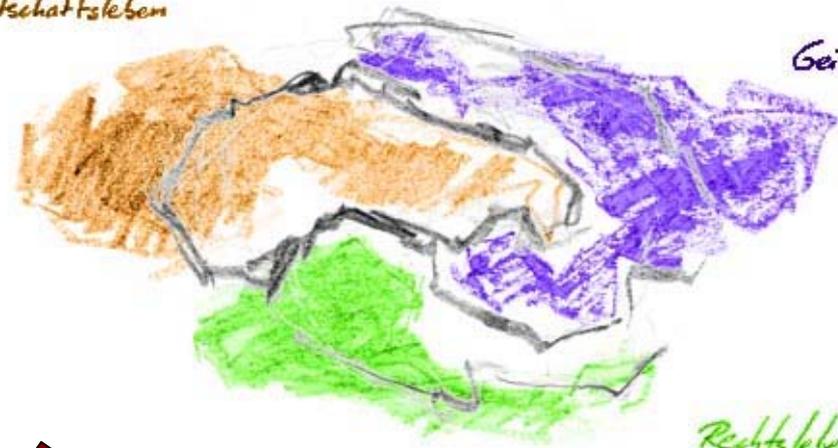




Jahrbuch

Wirtschaftsleben

Geistesleben

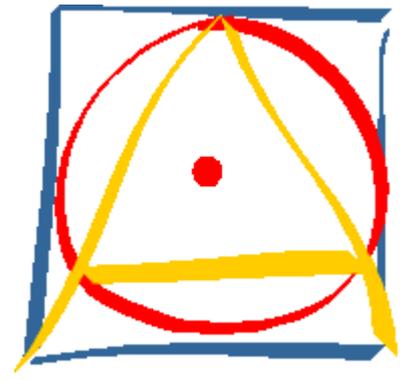


Rechtsleben

Dreigliederung



2001 / 2002



Inhaltsverzeichnis

Seite	Titel
3	Initiative für Direkte Demokratie in Deutschland
4	Institut für soziale Gegenwartsfragen
4	Wie weiter mit den Sozialsystemen?
6	Porto Alegre
7	Individualität und soziale Verantwortung
8	Institut für soziale Dreigliederung
10	Unternehmen Bildung
15	Bücherei für Geisteswissenschaft und soziale Frage
17	Pisa und das Leben
17	Schule in einer Gesellschaft mündiger Menschen
19	Wie geht es weiter mit der Volksabstimmung?
20	Agentur für Alternativen
22	Initiativkonto für selbstbestimmtes Handeln durch Gegenseitigkeit
22	Aufruf zur Förderung eines wahrhaft freien Geisteslebens
24	Steuerrecht und Gesellschaftsordnung
27	Gesellschaftliche Dreigliederungsprojekte
29	Grundgedanken und Grundfragen zum Projekt einer Verfassung der Europäischen Union

Da die hier abgedruckten Projekte bereits für sich sprechen, entfällt jedes Vorwort. Dafür wollten wir noch ein kleines Nachwort anfügen:

Das Jahrbuch Dreigliederung 2001/2002 entstand als Vorbereitung auf ein Begegnungstreffen zur Lage der Dreigliederung in Deutschland. Es ging von der Fragestellung aus, ob und wie Dreigliederungsbegeisterte zusammenwirken sollten, damit dauerhafte Spuren in der gesellschaftlichen Weiterentwicklung im Sinne der Dreigliederung hinterlassen werden. Natürlich wird das nun vorliegende Jahrbuch alles andere als ein vollständiges Bild der gesamten Dreigliederungstätigkeit in Deutschland liefern können. Wir wollten lediglich einen Anfang der gegenseitigen Wahrnehmung setzen, in der Hoffnung, dass in Zukunft gemeinsam koordinierten Projekten z.B. das Mittel der Volksgesetzgebung – insofern wir eine faire Regelung bekommen – benutzt werden kann, um den Dreigliederungsgedanken zu verbreiten und Menschen, die auf der Suche nach alternativen Gesellschaftsformen sind, eine zeitgemäße Gesellschaftsform nicht nur Vortragen, nein auch vorleben zu können.

Doch nun zu dem Sinn des erwähnten Begegnungstreffens von Dreigliederungsengagierten in Deutschland. Sicher gibt es viele Institutionen, Tagungen, Arbeitsgruppen, Foren und Veröffentlichungen hier in Deutschland, die sich mit dem Thema Dreigliederung auf die verschiedensten Weisen befassen. Doch nehmen wir uns auch ausreichend wahr? Und kann man nicht gerade durch eine gegenseitigen Wahrnehmung versuchen, trotz der intensiven Arbeit an eigenen Schwerpunkten, gemeinsam Deutschland der Dreigliederung näher bringe? Natürlich ist der Einwand berechtigt, dass Deutschland mittlerweile viele Zuständigkeiten an die EU abgegeben hat und wir in Deutschland uns vor globale Wechselwirkungen gestellt sehen. Dennoch ist hierbei zu bedenken, dass je größer der Wirkungsraum für die Dreigliederung gewählt wird, gleichzeitig die dafür notwendige Tätigkeit drastisch steigt und dabei zunehmend auf weiße Flecke in der Dreigliederungsarbeit gestoßen wird (z.B. fremdsprachige Länder, in denen es erst wenige gibt, die sich mit der Dreigliederung befasst haben). Schlussendlich kann eine dreigliedrige Gesellschaft nur aus dem Verständnis jedes Einzelnen erwachsen und gerade für weltweite Ansätze ist es wesentlich, Beispielhaftes aus einer begrenzten Region bzw. eines Landes berichten zu können.

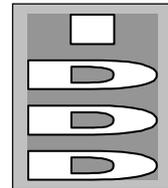
Für die Vorbereiter des Begegnungstreffens: Thomas Middelman, Alexander Käfer,
Moritz Christoph, Jonas Grätz.

PS. Vielleicht wird es in Zukunft alljährlich zu einem deutschlandweiten Begegnungstreffen „Dreigliederung“ kommen.

Initiative für Direkte Demokratie in Deutschland

Für ein bürgernah geregeltes Recht der dreistufigen Volksgesetzgebung

Aufruf zur Klärung durch eine Volksabstimmung am 22. September 2002



www.willensbekundung.de ☎ www.willensbekundung.de ☎ www.willensbekundung.de ☎

Vorbemerkung: Auf diesem Blatt geht es um eine sachliche Kurzinformation zur Urteilsbildung über ein wichtiges Projekt zur Weiterentwicklung der Demokratie in unserem Land.

Rot-Grün hat 1998 im Koalitionsvertrag (Kapitel IX) versprochen, man wolle nach jahrzehntelangem parlamentarischem Stillstand in diesem Punkt das *Grundrecht der Volksgesetzgebung* – nach der Idee einer Dreistufigkeit von *Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid* – regeln.

Nun kam endlich am 8. 2. 2002 die Meldung, die Koalition habe sich auf die Kriterien einer verfassungsrechtlichen Regelung geeinigt.

Freilich ist das Ergebnis dieser Einigung weit entfernt von den Forderungen, welche von der Bürgerbewegung für direkte Demokratie in Deutschland seit vielen Jahren für eine bürgernahe Ausgestaltung dieses fundamentalen Volksrechtes erhoben werden.

Nach den veröffentlichten Richtlinien wären vor allem große Organisationen und Verbände oder Initiativen mit viel Kapital in der Lage, Akteure im direkt-demokratischen Prozess zu sein; und sie würden die jeweiligen Entscheidungen leicht dominieren können. Auch wenn Rot-Grün dies nicht wollte: demnach wäre es unvermeidlich. Ganz abgesehen davon, dass die Koalition für die Realisierung des Vorhabens wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit auf die Mitwirkung der CDU/CSU angewiesen ist; dazu wäre diese aber bestenfalls nur bereit, wenn ihre Vorstellungen für die Ausgestaltung der Volksgesetzgebung aufgegriffen würden, was jedoch nach allem, was man darüber weiß, die Sache mit Sicherheit nicht besser machte.

II Damit zeichnet sich ab: Es wird überhaupt keinen Parlamentsbeschluss über dieses Vorhaben oder allenfalls einen wenig geeigneten geben.

So stellt sich die Frage: Gibt es einen Ausweg aus dieser Sackgasse? Ja! Freilich nur, wenn wir die Entscheidung über diese Grundfrage der Demokratie in die Hand des Souveräns, der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger selbst legen würden, damit sie in einer Volksabstimmung entscheiden können, ob und nach welchen »Spielregeln« sie künftig das direkt-demokratische Element in unserem Rechtsstaat betätigen wollen.

Dieser Vorschlag wurde dem Deutschen Bundestag aus der Zivilgesellschaft bereits mehrfach auf dem Petitionsweg unterbreitet, zuletzt am 13. Dezember 1998. Zu diesem Vorschlag gehörten auch die *Grundgedanken (Kriterien) für eine zeitgemäße und bürgernahe Ausgestaltung der dreistufigen Volksgesetzgebung*, deren Richtlinien allen gesellschaftlichen Kräften faire Bedingungen im plebiszitären Prozess gewährleisten würden.

Doch obwohl der Petitionsausschuss am 1. 7. 1999 diese Petition an die Bundesregierung und an die Fraktionen mit der Empfehlung weitergeleitet hat, man möge ihre Vorschläge »in die anstehenden gesetzgeberischen Überlegungen einbeziehen«, blieb diese unbeachtet.

Deshalb haben wir die Petition am 25. Februar 2002 erneuert, jetzt für das Ziel, **gleichzeitig mit der Bundestagswahl am 22. September dieses Jahres eine Volksabstimmung über die Regelung der Volksgesetzgebung zu ermöglichen.**

III Für diese Abstimmung, die sich verfassungsrechtlich auf den Artikel 20 Absatz 2 des Grundgesetzes zu stützen hätte, schlagen wir den folgenden Abstimmungstext vor:

»Der Deutsche Bundestag möge ein Gesetz zur Regelung der dreistufigen Volksgesetzgebung gemäß nachstehender Kriterien beschließen:

1. Mindestens 100 000 Stimmberechtigte können dem parlamentarischen Gesetzgeber einen mit Begründung versehenen Gesetzentwurf bzw. ein Verlangen zum Beschluss eines politischen Sachverhaltes vorlegen. Diese Vorlage ist innerhalb eines halben Jahres zu beraten. (Volksinitiative)

2. Wird die Initiative abgelehnt, kann sie ein Volksbegehren einleiten. Dieses wird durch eine freie Unterschriftensammlung durchgeführt; es kann sich über maximal 18 Monate erstrecken.

3. Ein Volksbegehren ist erfolgreich, wenn ihm mindestens eine Million Stimmberechtigte mit ihrer Unterschrift beigetreten sind. In diesem Fall kommt es frühestens sechs, spätestens zwölf Monate später zum Volksentscheid. Hierbei entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen (bei

verfassungsändernden Gesetzen die Zweidrittelmehrheit).

4. Um eine freie Urteilsbildung der Stimmberechtigten zu ermöglichen, ist von größter Wichtigkeit, dass zwischen Volksbegehren und Volksentscheid die Massenmedien gehalten (notfalls verpflichtet) sind, das Pro und Contra gleichberechtigt zu Wort kommen zu lassen. Ein Medienrat vermittelt und kontrolliert.

5. Die Kostenerstattung ist entsprechend der Wahlkostenpauschale zu regeln.«

Dieser Weg zur plebiszitären Klärung der Dinge erlaubt auch den im Parlament vertretenen Parteien, soweit sie den genannten Kriterien nicht zustimmen wollten, für die Volksabstimmung eigene Vorschläge zu unterbreiten. Beschlossen wäre der Vorschlag, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

IV Die Volksvertretung kann, wenn sie will, diesen Weg entweder durch ein einfaches oder ein Verfassungsgesetz eröffnen. Wird sie wollen?

Damit erfahrbar wird, ob die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands es wollen – und je mehr es wollen, desto besser! –, ist dieses Projekt gestartet worden. Wahrscheinlich wird aber nur eine nach Millionen zählende Willensbekundung zum Ziel führen. Deshalb rufen wir auf, möglichst viele Unterschriften zu sammeln, denn nur so bildet sich das erforderliche politische »Kapital«.

Große Liste bitte anfordern bei:

IDDD • 88147 Achberg • Panoramastr. 30 ☎
08380-335 • Fax 08380-675;
Kulturzentrum-Achberg@gmx.de Hier auch Unterschriftenlisten und weitere Infos anfordern. Spenden bitte an: AG Demokratie und Recht BLZ 731 500 00 Kto Nr. 161984 SPK MM-LI

W. Altmann, O. Becker, J.M.Büscher, B. Fischer, P. Frank, B. Hasen-Müller, W. Heidt, M. Hörburger, B. Irmer, M. Koch-Löbner, G. Meister, R. Schiek, U. Scheibelhut, H. Schliffka, St. Vey

Name:.....

Adresse:.....

Tel./Fax/Email:.....

Unterschrift:.....

Institut für soziale Gegenwartsfragen

„Dreigliederung ist nicht die materialistische Utopie der Verwirklichung irdischer Paradiese, sie will vielmehr Bedingungen herstellen, die es Menschen ermöglichen, sich und ihre sozialen Fähigkeiten zu entwickeln und ihre gesellschaftlichen Beziehungen miteinander als Mündige zu gestalten. Insofern sind Anthroposophie, als Bewusstsein des Menschentums des Menschen, und Dreigliederung untrennbar miteinander verbunden. Ich selbst bin über den Umweg des Engagements in der marxistischen Studentenbewegung in Anthroposophie und Dreigliederung hineingewachsen.“

Christoph Strawe

Das „Instituts für soziale Gegenwartsfragen“ in Stuttgart hat seit 1991 den Forschungsschwerpunkt, wo wir Ansatzpunkte zu einer humanen Gestaltung der Globalisierung finden können. Die Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ (zu beiden Initiativen mehr im Internet unter www.sozialimpulse.de), die ich 1989 in der Zeit des europäischen Umbruchs ins Leben gerufen habe, ist der Versuch, zur Zusammenarbeit möglichst vieler Menschen bei der Erschließung solcher Einstiege anzuregen.

Ein solcher Einstiegspunkt ist beispielsweise ein neuer Ansatz der Finanzierung der Sozialsysteme, der diese vom Druck der globalen Konkurrenz entlasten und für die Rechtsgemeinschaften, die Staaten, Auswege aus der viel beschworenen Globalisierungsfalle eröffnen würde. Zu Recht wird immer wieder über das GATS-Abkommen gesprochen. Auch hängt die Entwicklung, die durch GATS droht, mit den Fragen, die die europäische Situation im Moment aufwirft, in vielfacher Hinsicht zusammen. Wenn GATS Wirklichkeit wird, dann bedeutet das, dass alle Sektoren des sozialen Lebens einer bestimmten neoliberalen Form der Ökonomie untergeordnet werden. Die Kultur, das Rechtsleben, alles wird ein Teil der kommerziellen Sphäre. Das ist eine tiefe Bedrohung für die Möglichkeiten kultureller Kreativität, für ein freies geistiges Leben, das für die Gesellschaft so wichtig ist.

Was Europa angeht, so erreicht der Prozess seiner Integration im Augenblick ein neues qualitatives Niveau. In diesem Jahr wurde der Euro auch als Münzgeld eingeführt. Die Osterweiterung der Europäischen Union steht bevor. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage nach einem rechtlichen Fundament des neuen Europa gestellt, es wird von einer europäischen Verfassung nicht nur gesprochen, sondern es wird von maßgeblichen politischen Kräften darauf hingearbeitet, dass eine solche Konstitution oder ein Verfassungsvertrag entsteht.

Es ist klar, dass von dem Inhalt einer solchen Konstitution bzw. eines solchen Vertrages vieles abhängt. Wie viel Freiheit für die Kultur, wie viel Rechte, kulturell kreativ zu sein, werden die Bürgerinnen und Bürger haben? Gegenwärtig gibt es große Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern Europas in dieser Frage. So kennt z.B. Holland ein hohes Maß an Chancengleichheit für freie Schulen und auch in Deutschland werden solche Schulen zu einem gewissen Grade von der Allgemeinheit finanziert. In den romanischen Ländern dagegen ist die Freiheit im Bildungswesen sehr viel geringer. Es ist sehr wichtig, dass durch die europäische Integration Freiräume erhalten und erweitert werden und nicht etwa eine Vereinheitlichung auf niedrigem Niveau stattfindet. Doch GATS bedroht soziale Solidarität und Umwelt, da durch es der

Neoliberalismus in der Ökonomie auch für Europa rechtlich festgeschrieben würde.

Die europäische Charta ist im Auftrag des Europäischen Rates von einem Konvent unter Vorsitz des ehemaligen deutschen Präsidenten Roman Herzog ausgearbeitet worden. Der Konvent hat die jeweiligen Ergebnisse seiner Arbeit laufend im Internet veröffentlicht und die Zivilgesellschaft zur Beteiligung an der Debatte über die Charta aufgefordert - www.europarl.eu.int/charta.

Bereits im Oktober 2000 – vor dem Kongress von Nizza, auf dem eine europäische Charta verabschiedet wurde - hat sich die Initiativenetzwerk Dreigliederung zusammen mit einer Partnerorganisation, der IG-Eurovision, an einer Konferenz in Achberg bei Lindau am Bodensee beteiligt, zu der die Inter Citizens Conferences (ICC), ein Netzwerk von 35 Gruppierungen der europäischen Zivilgesellschaft, aufgerufen hatte. Bei diesem Zusammentreffen wurde ein Appell verabschiedet, der den Titel trägt „Projekt ‚EU 21‘ - für einen europäischen Verfassungsprozess von unten“ - www.ig-eurovision.org. Dieser Aufruf fordert, dass der Prozess der Entwicklung rechtlicher Grundlagen für das sich vereinigende Europa von den Kräften der Zivilgesellschaft entscheidend mitgestaltet werden und über sein Ergebnis von der Bürgerschaft direkt-demokratisch beschlossen werden kann. Für diesen Aufruf werden Unterschriften gesammelt und weitere Aktivitäten sollen dazukommen.

Für diese Aktivitäten wird Solidarität der Freunde in aller Welt erbeten. Es ist sehr wichtig, dass in der zivilgesellschaftlichen Szene in Europa der Zusammenhang des Kampfs gegen die WTO-Politik und speziell das GATS-Abkommen mit den Fragen der Grundrechte in Europa hergestellt wird. Denn beides gehört zusammen. Nur ein Europa, das seine eigenen freiheitlichen, demokratischen und sozialen Impulse ernst nimmt, wird den von der WTO ausgehenden Tendenzen einer „elitären“ Globalisierung entgegentreten und ein Partner aller Kräfte in der Welt sein, welche die Globalisierung in menschengerechter Weise gestalten möchten.

Wie weiter mit den Sozialsystemen?

Zukunftssicherung durch Umfinanzierung der Lohnnebenkosten

Erstveröffentlichung in: Die Drei, Heft 3/1999

Niedrige Lohnnebenkosten spielen eine wachsende Rolle als Konkurrenzfaktor in der globalen Wirtschaft. Damit geraten die sozialen Sicherungssysteme in ihrer bisherigen Art finanziell immer stärker unter Druck – mit gefährlichen Folgen für die demokratische Gesellschaft. Bei einer Pressekonferenz und einem Seminar in Bonn am 29. und 30. Januar 1999 haben anthroposophisch orientierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler lösungsorientierte praktische Vorschläge zu einer Umfinanzierung der Sozialsysteme vorgestellt.

Veranstalter waren das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, das Dornacher Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung und das Herbert-Hahn-Institut für Zusammenarbeit in Europa. Die Vorschläge, die von dem Dornacher Unternehmensberater Udo Herrmannstorfer, dem Trierer Ökonomieprofessor Harald Spehl und dem Autor im einzelnen begründet wurden, gehen von folgenden Überlegungen aus:

Die Globalisierung der Wirtschaft als Folge des Abbaus der nationalen Handelsschranken hat zu einer internationalen Vergleichbarkeit der Produkte geführt. Da die Transportverhältnisse die natürlichen Schranken ebenfalls schrumpfen ließen und gleichzeitig Kapitalverschiebungen, Know-how-Transfers und Investitionen durch die WTO-Abkommen geschützt werden, reduzieren sich die internationalen Preisunterschiede immer mehr auf die Differenzen zwischen Löhnen und Sozialabgaben.

Da Sozialabgaben in Deutschland in Form von Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu den Sozialversicherungen erhoben werden, gehen sie als Kosten voll in die Preise ein und verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Aus diesen Gründen fordert die Wirtschaft den Abbau von Sozialleistungen, da sonst eine weitere Arbeitsplatzverlagerung in Regionen mit niedrigeren Löhnen und Sozialkosten unvermeidlich sei.

Gleichzeitig führt die ständig steigende Arbeitsproduktivität dazu, dass immer mehr Menschen keine Beschäftigung mehr in der gewerblichen Wirtschaft finden. Wenn aber die Formel „Erwerbsarbeit = Einkommen“ für immer weniger Menschen gilt, bekommen Sozialeinkommen einen größeren Stellenwert als heute. Die Alternative würde darin bestehen, dass immer größere Teile der Bevölkerung aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden, was zum Zerfall des Gemeinwesens führen müsste. Wenn aber die gegenwärtige Form der Finanzierung der Sozialsysteme wegen der sich aus ihr ergebenden Wettbewerbsnachteile unhaltbar wird, hängt die Sicherung des Sozialstaats an der Frage, ob neue Wege in der Finanzierung gebahnt werden können, durch welche die Sozialkosten den Wettbewerb nicht länger belasten.

Verbrauchsorientierter Sozialausgleich

Ein solches Verfahren, das gesellschaftlichen Solidaritätswillen und internationale Konkurrenzfähigkeit in eins zusammenbringt, ist ein verbrauchsorientierter Sozialausgleich. Wenn die Produktion weltweit nach den „kostengünstigsten“ Standorten suchen darf, dann erweist sich die Bindung der Sozialkosten an die Einkommen als brüchig und nicht mehr leistungsfähig. Die Einkommen jenseits der Grenze entziehen sich dem staatlichen Zugriff. - Soll das Produkt jedoch verkauft werden, dann muss es sich auf den Weg zum Ort des Verbrauchs machen. Dieser ist im Gegensatz zur Produktionsseite relativ standortgebunden.

Daher lautet der Vorschlag, alle Produkte, die im Inland verkauft werden, mit einem Sozialausgleich zu belasten. Durch diese – technisch wie die Mehrwertsteuer funktionierende – Belastung des Verbrauchs mit den Sozialkosten werden die Unternehmen zunächst entlastet. Diese Entlastung können sie im Preis an den Verbraucher weitergeben. Der Verbrauch wiederum wird mit den gleichen Kosten belastet, um welche die Unternehmen entlastet wurden. Es ergeben sich daher keine entscheidenden Veränderungen des Preisniveaus im Inland.

Mit dem Sozialausgleich würden auch die Importe belastet, während er beim Export an der Grenze zurückerstattet würde. Die Exportwirtschaft wird entlastet – sie trägt nicht mehr die Sozialkosten des Inlands mit, sondern nur in ähnlicher Weise erhobene Sozialkosten des Exportlandes. Damit würden alle Produkte unabhängig vom tatsächlichen Produktionsort so behandelt, als wenn sie unter den sozialen Bedingungen desjenigen Landes hergestellt worden wären, in dem sie verbraucht werden. Jedes Land – also auch Entwicklungsländer –

kann auf diese Weise seine eigenen Sozialbedingungen schaffen. Denn die Sozialabgaben wären international wettbewerbsneutral.

Mit der Arbeitslosenversicherung beginnen

Mit der Umfinanzierung soll, so die Veranstalter, bei der Arbeitslosenversicherung begonnen werden. Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslosigkeit betragen im Jahr 1997 knapp 100 Mrd. DM. Die Beiträge der Versicherten in Höhe von rd. 43 Mrd. DM und der Arbeitgeber in Höhe von rd. 47 Mrd. DM, insgesamt 90 Mrd. DM, machten eine Zuweisung von öffentlichen Mitteln von rd. 10 Mrd. DM erforderlich. Die Abschaffung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in Höhe von 6,5 % und die Erhebung eines Sozialausgleichs in Höhe von 6,5 % ergibt ein Aufkommen von $6,5 \times 15 \text{ Mrd.} = 97,5 \text{ Mrd. DM}$. Damit können die Ausgaben gedeckt werden.

Durch diese Umfinanzierung sind positive Beschäftigungseffekte zu erwarten. Sie ergeben sich einmal aus einer relativen Entlastung der deutschen Exporte, aber auch aus einer Tendenz zur Substitution von Kapital- durch Arbeitseinsatz.

Bei entsprechender Ausgestaltung der Umfinanzierung dürften Struktureffekte in bezug auf die sektorale und regionale Produktionsstruktur keine wesentliche Rolle spielen. Entsprechendes gelte für Auswirkungen auf unterschiedliche Einkommensgruppen. Eine Entlastung der unteren Einkommensgruppen könne zudem bei der Lohn- und Einkommensteuer vorgesehen werden. Bei abnehmenden Ausgaben für Arbeitslosigkeit stünden dafür Mittel zur Verfügung.

Die positiven Effekte der Umfinanzierung würden sich, so wurde betont, allerdings nur einstellen, wenn alle beteiligten Akteure im Sinne der Reform handeln. Auf Grundlage der damit gesammelten Erfahrungen könne das Modell, das zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Sozialstaates beitrage, auf weitere Teile der Sozialversicherung ausgedehnt werden. In diesem Zusammenhang wurden auch Überlegungen zu einer Reform des Rentensystems angestellt, wobei Erfahrungen mit der „zweiten Säule“ in der Schweiz ausgewertet wurden.

Aktivierender Sozialstaat

Weiter wurde dargestellt, dass die durch Umfinanzierung gesicherte Handlungsfähigkeit dazu genutzt werden könne, das Konzept eines aktivierenden Sozialstaats zu verwirklichen, d.h. statt Arbeitslosigkeit bürokratisch zu verwalten, die selbstbestimmte Tätigkeit mündiger Menschen vor allem auch im heute unterversorgten Bereich der nichtgewerblichen gemeinnützigen Arbeit zu ermöglichen. Angesichts der auch in Zukunft steigenden Arbeitsproduktivität sei das Problem der Arbeitslosigkeit nicht primär durch Schaffung neuer Erwerbsarbeitsplätze zu lösen.

Das Echo in der politischen Öffentlichkeit – u.a. waren die Abgeordneten des Deutschen Bundestages angeschrieben worden – blieb enttäuschend. Immerhin forderten zwei Dutzend Parlamentarier die Seminarunterlagen an. Ob sich hieraus Gesprächskontakte und entsprechende politische Initiativen entwickeln werden, muss sich zeigen. Klar ist, dass das Thema für die absehbare Zukunft brandaktuell bleiben wird. Dass die

von der Bundesregierung geplante Senkung der Lohnnebenkosten um gut 2,3 Prozent in 4 Jahren – über den Einstieg in eine ökologische Steuerreform – nur ein Tropfen auf den heißen Stein darstellt, dürfte einleuchtend sein. Die Politik wird daher der Alternative: Abbau oder weitergehende Umfinanzierung der Sozialsysteme, nicht entkommen. An dieser Frage wird sich entscheiden, ob der Anspruch des Grundgesetzes, dass die Bundesrepublik nicht nur ein demokratischer, sondern auch ein sozialer Bundesstaat ist, auch in Zukunft umgesetzt werden kann.

Christoph Strawe

Porto Alegre

Vom 31. Januar bis zum 5. Februar fand im brasilianischen Porto Alegre das zweite „Weltsozialforum“ statt. Über 50.000 Menschen aus 132 Ländern hatten sich zusammengefunden, dreimal soviel wie vor einem Jahr. Unter ihnen waren 11000 Jugendliche, für die es ein eigenes Jugendlager gab. Von etwa 2000 vertretenen Organisationen und Initiativen wird gesprochen. Aus der Bundesrepublik hatten diesmal etwa 160 Teilnehmer den Weg über den Äquator auf den amerikanischen Kontinent gefunden, - letztes Jahr war es nur ein knappes Dutzend. Unter ihnen waren Gruppen wie ATTAC, Misereor und diverse Netzwerke, aber auch Vertreter des DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie Parlamentarier der SPD und der PDS. Im Goethe-Institut fanden diverse Veranstaltungen statt, darunter eine Pressekonferenz der deutschen Delegation. - Stark vertreten - auch mit einem eigenen Faltprospekt und zahlreichen Workshops: die „Stuttgart Delegation“ - bestehend aus ATTAC (Katrin Zöfel), dem Forum 3 (Ulrich und Gabi Morgenthaler), der Initiative „Netzwerk Dreigliederung“ (Christoph Strawe) und ihrem jüngeren Bruder „Glo-beNet3“ bzw. „GlobalSTAF“ (Johannes Lauterbach und Carol Bergin) sowie dem Netzwerk weltweiter Projekte NWWP (Suely Nunes-Loewe, Jens Loewe).

Wie geht es weiter?

Für mich ergeben sich zwei Handlungsrichtungen, die miteinander verbunden sind:

1. Die Welt ist keine Ware! - die WTO-Maschine anhalten!

Wir brauchen eine Bewegung, die die Maschinerie der WTO stoppt. Dabei geht es nicht um diese oder jene Einzelheit, die gefordert werden müsste. Es geht darum, dass nicht vollendete Tatsachen geschaffen werden dürfen, die eine Gestaltbarkeit der Verhältnisse nach menschlichem Maß und durch menschlichen Ratschluss und Übereinkommen nicht mehr zulassen. Denn die Realisierung der Werte kultureller Freiheit, demokratischer Gleichheit und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und Solidarität wäre dann in ihrem Kern bedroht, ja verunmöglicht.

Viele Entwicklungsländer haben dem Doha-Kompromiss und damit dem Eintritt in eine neue dreijährige große Liberalisierungsrunde des Welthandels nur zugestimmt, weil ihnen zugesichert wurde, dass auf der nächsten Ministerkonferenz 2003 zu-nächst Einigkeit über den Modus der Verhandlungen gefunden werden muss, ehe diese Runde tatsächlich eröffnet wird.

Und hier ist zu fordern: kein neue Runde, wenn nicht erst den WTO Abkommen und der WTO als Institution die Giftzähne gezogen worden sind. Und das würde heißen: TRIPS in der vorliegenden Form zu beseitigen, wenigstens Bildungs- und

Gesundheitswesen aus den GATS-Verhandlungen auszuklammern und eine eindeutige Priorität der individuellen, demokratischen und sozialen Menschenrechte vor allen Wettbewerbsrechten festzuschreiben.

Faktisch liefe das auf die Forderung nach einem Stopp des WTO-Prozesses in seinem gegenwärtigen Duktus und auf ein Moratorium hinaus, das erlaubt, über die Grundlagen der Gestaltung der Globalisierung neu nachzudenken.

Die Koalition, die dies durchsetzen kann, kann nur die breiteste mögliche sein: Sie muss Entwicklungsländer ebenso einschließen, wie z.B. die Gewerkschaftsbewegung in den Metropolen und alle Kräfte der Zivilgesellschaft überall in der Welt. Es gibt hier keine Vorbedingungen, außer der einen: der Gewaltfreiheit und der gegenseitigen Toleranz. Und es muss in Kauf genommen werden, dass die Zukunftskonzeptionen vieler beteiligter Kräfte noch gänzlich divergieren können. Ja diese Konstellation muss als Chance betrachtet werden, in der Zusammenarbeit jenes Vertrauens aufzubauen, ohne dass eine Verständigung im „Pro“, über das „Anti“ hinaus, nicht möglich sein wird.

2. Entwicklung der Konturen einer anderen Welt

Die Konturen einer anderen Welt müssen von immer mehr Menschen als Bild in sich belebt werden. Zugleich ist der Dialog zwischen allen, die um solche Bilder ringen, selbst ein Element des Entstehungsprozesses einer neuen Welt. Es ist ein sozialkünstlerischer Vorgang, ohne den die Erneuerung keine wäre. Das Wahre ist das Ganze, Resultat und Weg, der zu ihm führt, hat Hegel gesagt. Ein soziales Ziel, zu dem der Weg nicht ebenfalls ein sozialer ist, also ein zwischenmenschliches und mitmenschliches Zusammenwirken, wäre keines. Zugleich bedarf die Kunst des Handwerks, der Technik, als ihres Instruments. Im Hinblick auf das soziale Leben heißt das unter anderem auch: gründliche sachliche Untersuchung der jeweiligen Materie. Wie müsste ein Geldwesen, eine Eigentumsordnung, der Umgang mit den Ressourcen, mit der Bodennutzung, der Preisgestaltung, der Einkommensbildung, der Ausgestaltung der Demokratie, der Verfassung des Schulwesens, des Universitätslebens usw. aussehen, wenn ein Zustand erreicht werden soll, der menschlicher wäre als der bestehende? Um solche Fragen beantworten zu können, sind nicht nur große Visionen nötig und die Phantasie, sie umzusetzen, sondern auch die notwendige Unterlage an Sachkenntnis.

Schließlich und endlich geht es auch um die Kraft des Beispiels, die Kommunikation und die Reflexion praktischer Erfahrung, die im zivilgesellschaftlichen Engagement an den verschiedensten Stellen bereits gemacht worden sind. Es geht um die Anerkennung der vielen konzeptionellen Beiträge, die bereits geleistet worden sind. Es geht um konzeptionelle Weiterarbeit und Zusammenarbeit im weitesten Sinn.

Vertrauen wir diesem Prozess! - Nicht blind, sondern im Vertrauen auf die Partner, aber auch auf die eigene Kraft, aus bisher Erarbeitetem und neu zu Entwickelndem fruchtbare Beiträge in ihn einbringen zu können.

„Welcome Porto Alegre 2003“ „Welcome Porto Alegre 2003“ „Welcome Porto Alegre 2003“ „Welcome Porto Alegre 2003“
Der „Porto-Alegre-Prozess“ kann auch in Zukunft hier beitragen. Dazu am Schluss noch ein Wort: Mancher hat für eine radikale Dezentralisierung des Forums im kommenden Jahr plädiert. Nachvollziehbar: letztlich muss lokal und regional gehandelt

werden, wenn eine neue soziale Wirklichkeit entstehen soll. Dennoch hat man sich entschlossen, für ein drittes Forum 2003 wiederum nach Porto Alegre einzuladen.

Das ist wohl begründbar, auch wenn die Teilnahme an globalen Ereignissen dieser Art für die kleinen und finanzschwachen Organisationen ein Problem darstellt (Sponsoren, hört die Signale!). Denn die Begegnung auf globaler Ebene ist ein wesentliches Element der Identitätsfindung der Zivilgesellschaft und gibt Impulse, die auf die Selbstorganisation vor Ort zurückwirken. 2004 will man sich dann in Indien versammeln, einem Land, in dem die zerstörerischen Folgen neoliberaler Globalisierung so greifbar sind, in dem aber eine starke Zivilgesellschaft sich diesen Entwicklungen entgegenstemmt. Die Bildung lokaler Foren hat begonnen, regionale Foren entstehen ebenfalls. So soll es ein europäisches Sozialforum geben, das voraussichtlich Ende dieses Jahres in Italien und 2003 in Paris stattfindet. Die entscheidende Frage wird sein, ob es gelingt, den pluralen Ansatz des bzw. der Foren durchzuhalten. Das ist weniger eine Frage des Veranstaltungsortes als des Selbstverständnisses der Akteure.

Christoph Strawe



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der
Dreigliederung
des sozialen Organismus -
Fortbildungsseminare für
Tätige

Jahresprogramm 2002

Verantwortlich Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe.
Veranstalter: Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und
Sozialgestaltung Dornach // Institut für soziale Gegenwartsfragen
e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a

**Seminar, Sa, 27. – So, 28. April 2002, R. Steiner Haus
Stuttgart**

**Qualitätsentwicklung in anthroposophischen
Einrichtungen und Unternehmen:**

Rückschau - Rückblick - Rechenschaft:

Qualitätsentwicklung durch Reflexionskultur

**Samstag, 27. April 9:00 Uhr bis Sonntag, 28. April 12:45
Uhr.** Teilnahmegebühr € 100 (ohne Unterbr. und Verpflegung)

Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung

**Eine Einführung in Grundlagen und Praxis sozialer
Dreigliederung in fünf Blockseminaren. Beginn jeweils
10 Uhr, Ende 19 Uhr.**

Mit Udo Herrmannstorfer, Dr. Christoph Strawe und Dr.
Robert Zuegg. Empfohlen wird die Wahrnehmung des
gesamten Angebots. Die Seminare können jedoch auch
einzeln gebucht werden. **Teilnahmegebühr** pro Seminar €
50,- (ohne Verpflegung) / Pauschalpreis für alle Seminare
zusammen € 200,-

Tagesgliederung für alle Blockseminare: Die unten
genannten Themen werden in drei großen Gesprächsrunden, die
jeweils durch Impulsreferate eingeleitet werden, behandelt. Der
Ablauf ist dabei nicht im einzelnen vorgeplant, sondern soll sich

auch aus den Bedürfnissen, Fragen und Beiträgen der
TeilnehmerInnen ergeben.

Erste Runde:	10.00	-11.30	und	11.45	-13.00	Uhr
Zweite Runde:	14.30	-15.30	und	15.45	-	16.45
Dritte Runde:	17.00	-		19.00		Uhr

Eintreffen der TeilnehmerInnen ab 9.30 Uhr

Samstag, 19. Januar 2002

**Was ist soziale Dreigliederung?
Wie hängt sie mit den Forderungen der Zeit und den
Bedürfnissen
der Menschen zusammen?**

Themen: Welcher Veränderungsbedarf für das soziale
Zusammenleben der Menschen und damit
Gesellschaftsstrukturen im Großen und Kleinen ergibt sich
aus dem modernen Impuls der Freiheit und Mündigkeit?
+++ Mündigkeit und soziale Verantwortung +++ Die
menschheitliche Dimension der Verantwortung im Zeitalter
der Globalisierung ++++ Der Gedanke der sozialen
Dreigliederung und die erste, von Rudolf Steiner
inaugurierte Dreigliederungsbewegung 1917 - 1922 +++
Schilderung von Versuchen der Umsetzung des
Dreigliederungsgedankens bis heute +++ Dreigliederung
und gegenwärtige Welt-situation, Dreigliederung und Arbeit
in sozialen Aufgabengemeinschaften

Samstag, 2. März 2002

**Freiheit, Selbstverwaltung, Kreativität
Lebensbedingungen der Kultur im Großen und im
Kleinen**

Themen: Welche Rolle spielt die Kultur im Leben des Einzelnen
und der Gesellschaft? +++ Welche gesellschaftlichen
Rahmenbedingungen braucht die Kultur +++ Beispiele aus
einzelnen Bereichen (z.B. Schulwesen, Gesundheitssystem, Medien)
++++ Selbstverwaltung: gelebte Freiheit +++ Probleme der
Zusammenarbeit in selbstverwalteten oder teilautonomen
Einrichtungen (Aufgabenstellung und Leitbild,
Verantwortungsstrukturen und Delegation, Können und innere
Entwicklung, Beziehung der Tätigen in einer Einrichtung zu den
„Leistungsempfängern“ +++ Handlungsrichtungen im Kampf für
die Freiheit in der Gesellschaft +++ Welche Rolle kann die
Zivilgesellschaft: als Kulturkraft spielen?

Samstag, 6. April 2002

Wie werden wir in Wirtschaftsfragen handlungsfähig?

Themen: Wie entwickelt man ein Verständnis der moderner
arbeitsteiligen Wirtschaft? +++ Welche Alternativen zur
gegenwärtigen Form des Wirtschaftens gibt es? +++ Die
Notwendigkeit partnerschaftlicher Zusammenarbeit in
wirtschaftlichen Fragen +++ Gibt es neue, machtfreie Formen des
Umgangs mit Eigentum, Einkommen und Geld? +++ Formen
wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen und in Einrichtungen
+++ Preis- bzw. Beitragsfrage, Lohn bzw. Gehaltsfrage +++
Unternehmensformen und ihre Problematik +++ Finanzausgleich:
Budgetierung, Mittelverwendung usw.) +++ Die Zukunft der
Wirtschaft: Globalisierung zum Nutzen einer kleinen Elite oder
weltweite faire Zusammenarbeit?

Samstag, 11. Mai 2002

Die zwischenmenschlichen Beziehungen ordnen: Vom Wesen des Rechts

Themen: Was ist eigentlich Recht? - Welche Rolle spielt das Recht in der Gesellschaft und wie muss es sich in der heutigen Zeit weiterentwickeln? +++ Im Mittelpunkt modernen Rechts: die Menschenrechte +++ Individualität und Staat: die Notwendigkeit der Weiterentwicklung und Veränderung des Staates +++ Wie werden wir im Rechtsleben handlungsfähig? +++ Soziale Verhältnisse in Einrichtungen ordnen: Vertragsgestaltung, Satzungsfragen, Rechtsformen, Konfliktbewältigung +++ Wie können sich selbstverwaltete Einrichtungen gegenüber Staat und Kommunen verhalten?

Donnerstag, 30. Mai 2002 (Fronleichnam)

**Die Frage nach dem eigenen Handlungsraum
Oder: wie kann man heute für die soziale Dreigliederung arbeiten?**

Themen: Warum und inwieweit ist das Verständnis der sozialen Dreigliederung die Voraussetzung sinnvollen Handelns für soziale Erneuerung? +++ Wie arbeitet man methodisch an einem solchen Verständnis? +++ Biografieverständnis als Hilfe +++ Wie erkennt man den eigenen Handlungsraum? Wie wird man handlungsfähig? +++ Darstellung verschiedener Handlungsansätze im Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben (Qualitätsentwicklung, Verbund usw.) +++ Wie findet man Verbündete? +++ Die Herausbildung der Zivilgesellschaft und die Auseinandersetzung um ihre Rolle +++ Agenda 21 +++ Gegenwärtige soziale Bewegungen und ihre Ziele (Auseinandersetzung mit GATS, der europäischen Verfassungsentwicklung usw.) +++ Austausch über Erfahrungen der TeilnehmerInnen +++ Auf dem Weg zu einer globalen Dreigliederungsbewegung? +++ Dreigliederung als innere und äußere Frage: Die Überwindung des „gemischten Königs“

Tagesgliederung und Teilnahmebedingungen für alle Seminare siehe oben

4. - 6. Oktober 2002, Rütihubelbad,

Walkringen/Schweiz

**Anthroposophie und Dreigliederung
des sozialen Organismus – Eine Einführung**

Geistes-, Rechts- und Wirtschaftsleben im sozialen Organismus: Idee und Wirklichkeit von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit // Der Freiheitsimpuls in sozialen Gemeinschaften // Zusammenarbeit statt Konkurrenz // Rechtsfragen in selbstverwalteten Einrichtungen // Wesensglieder des Menschen und biografische Entwicklung // Individualität als Schulungsweg // Die Bedeutung von Wiederverkörperung und Schicksal für das soziale Leben // Mit U. Herrmannstorfer und C. Strawe. Eurythmie: Rachel Maeder // Detailprogramm und Anmeldeunterlagen bei: Stiftung Rütihubelbad, CH - 3512 Walkringen, Tel. (0041)+31-700 81 83, Fax 700 81 90, e-mail: bildung@ruettihubelbad.ch, Internet: www.ruettihubelbad.ch

**Arbeitstagung, Fr, 11. – So, 13. - Oktober 2002,
voraussichtlich Universität Trier**

**Vom Ganzen her denken:
Konzeptuelle Bausteine einer menschengerechten
Globalisierung**

**Freitag, 11. Oktober 20:00 Uhr bis Sonntag, 13. Oktober
13:00 Uhr. Teilnahme:** Für die Arbeitstagung wird kein Beitrag erhoben. Um die Kosten zu decken, wird jedoch um Spenden

gebeten, für die eine Spendenbescheinigung ausgestellt wird (Konto: siehe unten).

**Fr., 1. – So, 3. November 2002, R. Steiner Haus
Frankfurt /M**

**„Die Liebe herrscht nicht, aber sie bildet...“
Die soziale Frage und Goethes Märchen**

**Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft
Frankfurt/M, Goethe-Zweig**

**Freitag, 1. November 18:45 Uhr bis Sonntag, 3.
November 12:30 Uhr. Teilnahmegebühr € 130,- (ohne
Unterbringung und Verpflegung, Gemeinschaftsverpflegung € 17,-)**

Institut für soziale Dreigliederung

Hinter dem Institut für soziale Dreigliederung steckt eine idealistische Arbeitsgemeinschaft von Sylvain Coiplet und Rasmus Bjerregaard, ohne formalen Rechtscharakter und ohne personelle Abgrenzung nach außen - jeder ist willkommen mitzuarbeiten, und jede Mitarbeit würde unsere Arbeit potenzieren.

Es steht somit kein Trägerverein hinter dem Institut, und unsere Arbeit läßt sich, mit Ausnahme unseres Basisstudiums, (noch) nicht kommerzialisieren.

Sylvain Coiplet versucht so seit Jahren, den ökonomischen Spagat als beruflicher Dreigliederer, während Rasmus Bjerregaard Dreigliederungsarbeit neben seinem kaum ökonomisch fundierten Promotionsstudium betreibt.

Unsere vornehmste Visitenkarte ist unsere Website mit über 7.000 Besuchern und 20.000 pageviews im Monat. Sie ist somit wahrscheinlich die meistbesuchte Seite zum Thema soziale Dreigliederung. Und das Wichtige dabei: Sie wird vor allem von Menschen gelesen, die von sozialer Dreigliederung bisher nichts gehört haben.

Über die Website versuchen wir auch, in Skandinavien, Frankreich und der englischsprachigen Welt zu wirken, wir haben diese Seiten aber aus Resourcegründen noch nicht so weit ausgebaut, wie unsere sehr umfangreiche, deutschsprachige Version.

Mit unserem Institut wollen wir in die Realität eingreifen. Dazu brauchen wir Menschen, die sich mit der sozialen Dreigliederung gründlich auskennen und gleichzeitig um die Aktualität wissen. Diese Spannung zwischen Grundlagenforschung und Journalismus liegt seit Jahren unserer Arbeit zugrunde.

Mit der Grundlagenforschung setzten wir bei den Schriften und Vorträgen Rudolf Steiners an und tragen systematisch alle Textstücke, als Grundlage für eine soziales Urteil, thematisch zusammen.

Diese Arbeit mündet in unsere CD-Rom zur sozialen Dreigliederung, auf der bislang 7 Sammlungen zum Thema: "Sozialer und natürlicher Organismus", "Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit", "Korporation und Geistesleben", "Assoziation und Wirtschaftsleben", "Demokratie und Rechtsleben", "Nationalismus und Volksseelen", "Anarchismus und Anarchisten" vorhanden sind. Der CD-Rom ist ein Opus, das viele tausend Buchseiten enthält, alle Sammlungen sind aber auch als Printausgaben erhältlich.

Auf der CD-Rom, und seit neuestem auch auf unserer Homepage, befindet sich eine sehr umfassende Stichwortliste mit mehr als 3000 Begriffen und deren Platzierung in der GA-Reihe. Rasmus Bjerregaard arbeitet nun seit anderthalb Jahren an dänischen Übersetzungen, um zusammen mit Sören Groth eine skandinavische CD-Rom zur sozialen Dreigliederung zu machen. Die CD-Rom mit ihren Sammlungen bildet die Grundlage für unser "Basisstudium soziale Dreigliederung" (dieses Jahr in Basel und Hamburg), ist aber auch die ideale Basis, um sich die Grundlagen der sozialen Dreigliederung im Eigenstudium zu erarbeiten, oder um Arbeitsgruppen zu bilden.

Das Basisstudium erstreckt sich über ein Jahr. Die insgesamt 10 bis 12 Termine bauen stark aufeinander auf, so dass eine wirkliche Vertiefung möglich ist. Besonders ausführlich sind die Vorbereitungsmaterialien. Damit läßt sich die soziale Dreigliederung bis zu ihren Quellen zurückverfolgen. Nächstes Jahr soll das Basisstudium auch in Berlin, Bochum und Stuttgart zustandekommen.

Unsere Arbeit mit der Erschließung des Werks Rudolf Steiners wird durch den Vergleich von "Dreigliederungsschulen/-interpretieren" und die Bearbeitung der Geschichte der Dreigliederung ergänzt. Mit der "Agentur für Alternativen" haben wir einen Film über die Dreigliederungsbewegung 1919 in Planung.

Mit unserer Zeitschrift "Dreigliederung Aktuell" schreiben wir Monat für Monat etwa 12 Artikel zu aktuellen Nachrichten. Wir bleiben dabei nicht nur bei der Nachrichtenvermittlung stehen, sondern legen das Gewicht auf Kommentare und konstruktive Kritik im Sinne der Dreigliederung.

Dadurch heben wir die Dreigliederung von der rein theoretischen Vision hinauf zur praktischen Handlungsalternative in unserem heutigen Gesellschaftssystem.

Sowohl für Leser als auch für die Schreiber von "Dreigliederung Aktuell" ist die Zeitschrift eine dreigliederische Denkübung, schärft und vertieft das Verständnis von Dreigliederung.

Aber "Dreigliederung Aktuell" ist auch zugleich ein journalistisches Experimentierfeld, in dem wir uns um eine geistige Erneuerung des Journalismus bemühen, als Voraussetzung für ein wirklich freies Geistesleben.

Eigentlich verdient Dreigliederung eine Zeitung, und so ist auch "Dreigliederung Aktuell" als Zeitung angelegt, solange sie aber nur einmal im Monat erscheint, aufgrund der engen personellen, und kaum existenten ökonomischen Ressourcen unseres 2-Mann-Betriebs, müssen wir uns mit einer Zeitschrift begnügen. Wir werden aber nicht müde, andere Mitstreiter aufzufordern, mitzumachen und mit zu experimentieren. Wir besitzen hierfür einen umfassenden und spezialisierten Nachrichtenfluß, den wir jedermann zur Verfügung stellen würden. Es gibt auch viele journalistische Genres, wie Interviews oder Chroniken, die wir bislang nicht berücksichtigen, die aber eigentlich in "Dreigliederung Aktuell" einen Platz finden müßten.

Unsere Aufmerksamkeit richtet sich besonders auf das freie Geistesleben, weil wir der Meinung sind, dass hier die Voraussetzungen für Dreigliederung geschaffen werden müssen, und dass Dreigliederung gerade im Bereich des freien Geisteslebens eine Kernkompetenz unter den anderen Reformbewegungen besitzt, mit denen es gelingen müßte, in Bündnisform arbeitsteilig zusammenzuarbeiten.

Freier Journalismus ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber auch folgende Themenkomplexe liegen uns sehr am Herzen: freie Bildung und Minderheitenschutz, im Sinne der freien Entfaltung des geistigen Individuums, nach dem Motto: Jeder Mensch ist eine Minderheit.

Wir haben uns für die freie Bildung engagiert, indem wir im "European Forum for Freedom in Education" (EFFE) aktiv geworden sind und die Websitegestaltung des Vereins übernommen haben (www.education-freedom.org). Leider ist der Verein mehr oder weniger inaktiv geworden. Wir empfinden es deshalb umso mehr als eine wichtige Aufgabe für die Dreigliederung, die Arbeit für alle freien Schulen, egal welcher Reformschulbewegung oder Weltanschauung sie angehören, weiterzuführen. Dafür haben wir www.schulfreiheit.de reserviert, Inhalte kommen noch.

Wir haben im jetzen Jahr die Einwanderungsdebatte scharf verfolgt und mit "Faircard" versucht, die Debatte durch eine globale, ganzheitliche Betrachtung von (Zu-)Wanderung zu bereichern.

Wir betonen die Bereicherung Deutschlands mit Geisteskapital und die entwicklungspolitisch kontraproduktive Abschöpfung von Humankapital in Entwicklungsländern und verlangen mit Faircard eine Ausgleichszahlung, um dadurch eine Reproduktion von Humankapital in den Entwicklungsländern zu ermöglichen. Das ist Assoziation auf globaler Ebene gedacht.

Unter www.faircard.org haben wir den Grundstein für eine NGO-Tätigkeit gelegt und die direkte Kooperation zwischen Wirtschaftsleben und Geistesleben im Bereich Humankapital angebahnt. Wir müssen aber nüchtern feststellen, dass Faircard von engstirniger, parteiegoistischer und nationaler Agitation der Parteien überrollt worden ist und sich nicht zur Bewegung entwickeln konnte.

Das Jahr 2001 stand im Zeichen des Verbraucherschutzes. Die staatliche Regulierung ist momentan zwar wichtig, sollte aber von Aufklärung und Bewußtseinsbildung des Geisteslebens ergänzt und vertieft werden. Wir fokussieren deshalb die Regulierungskraft durch die Verbraucher, sprich die Boykott-Option. Wir haben jetzt die Verbraucherplattform www.boycot.de gesichert, jedoch noch nicht voll aktiviert, weil die Rechtslage noch nicht geklärt wurden. Die Seite hat jedoch einen Aufruf gegen den Boykott von Java (einer plattformübergreifenden Programmiersprache) durch Windows-XP.

Unsere Kompetenzen liegen im Bereich der Vermittlung von Dreigliederung, wobei unsere Stärke in der computergestützten Bearbeitung und Vermittlung liegt. Unsere Aufmerksamkeit wird sich deshalb auch in Zukunft auf das Internet richten, wo wir vorallem versuchen wollen, Dreigliederung in das ganze www hinaus zutragen. Dafür fehlt uns im Moment aber jemand mit einem sicheren und eloquenten Englisch.

Wir möchten gerne erreichen, dass sich so viele Menschen wie möglich intensiv mit Dreigliederung auseinandersetzen, am besten als berufliche Dreigliederer. Wir setzen daher große Hoffnung in eine zukünftige Dreigliederungszeitung, als eine sich selbst finanzierende Dreigliederungs-Produktionsstätte. Mit unserem internationalen Institut möchten wir auf längere Sicht auch mehrsprachige Auflagen von "Dreigliederung Aktuell" erstellen.

Sylvain Coiplet und Rasmus Bjerregaard

Unternehmen Bildung

Ein sozialer Widerspruch oder eine soziale Herausforderung?
- Bildungsfragen zu der Beziehung von Individuum und Geld -

Immer mehr Fragen zum Bildungsproblem

Dass ich als bildender Künstler etwas zur „Bildung“ sagen kann, werden mir viele Menschen einräumen, gerade auch weil der Begriff „Kreativität“ in der Bildung und in der Pädagogik immer häufiger auftaucht - ungeachtet der Frage: ob dieser Begriff dabei auch nur annähernd in seiner Wirklichkeit gegriffen wird. Aber, dass ich als bildender Künstler etwas Konstruktives zum Thema „Geld“ beisteuern kann, werden mir doch die meisten absprechen. Trotz dieses Misstrauens möchte ich im Folgenden einige Gedanken entwickeln, die darauf hinzielen, dass eine wirkliche Kreativität im Bildungsbereich heute nur durch ein radikales Umdenken des bis zur Unfassbarkeit abstrahierten gewohnten Geldbegriffes möglich ist. Ich berufe mich dabei vor allem auf die Forschungen von Rudolf Steiner, Wilhelm Schmundt und Joseph Beuys zu Grundlagen der sozialen Frage, die unmittelbar an den Menschen als Individuum anschließen. Was ich dabei mit „wirklicher Kreativität“ meine wird dann hoffentlich im Verlaufe meiner Ausführungen immer deutlicher werden. Zunächst möchte ich nun einige Fragen herausgreifen, die in der aktuellen Diskussion zum „Bildungsproblem“ immer häufiger auftauchen, aber gleichzeitig auch immer wieder schnell „wegtauchen“, weil deren Konsequenzen: sich aus gewohnten Gesellschafts- und Anschauungszusammenhängen herausdenken und -handeln zu wollen, viel zu viele Ängste auszulösen scheinen, eben weil sie, um wirklich greifen zu können, zutiefst radikal sein müssen.

Dass die Bildung, besonders als „Erziehung“ und Schulung der nachfolgenden Generation, das Grundelement einer sozialen Gemeinschaft ist, das ist wohl - jedenfalls theoretisch - heute unumstritten. Hieraus folgt auch die immer vehementer vertretene Forderung: gleiches Recht für alle, besonders in der Bildung. Und wer ist für das gleiche Recht zuständig? Natürlich der Staat. Also hat der Staat als Vertretungsorgan aller Bürger für die Bildung aller Bürger zu sorgen. Das klingt eigentlich sehr einleuchtend. Und immer wieder wurde mit unermüdlichen Anstrengungen versucht, gleiche Bildungschancen durch eine staatliche Verwaltung zu gewährleisten. Doch seit geraumer Zeit sprechen die Tatsachen immer deutlicher eine andere Sprache, die sich in solch einem für uns staatlich Verwöhnte „unerhörten“ Wortlaut ausdrücken kann, wie z.B. dem Folgenden: Der Staat kann das Bildungsproblem gar nicht mehr lösen, allein, weil dieses immer mehr zu einem finanziellen Problem geworden ist. Und die daraus folgende Konsequenz erscheint noch „unerhörter“: Also trennen wir die Bildung doch einfach restlos vom Staat. - Zu dem am häufigsten ausgesprochenen Einwand hierauf: „Aber dann werden rein wirtschaftliche Interessen die Bildung einkaufen“ - komme ich später.

Zunächst möchte ich einmal ganz naiv die Frage aufstellen: Was hat grundsätzlich überhaupt der Staat mit Bildung zu tun und umgekehrt? (Ich möchte meine LeserInnen bitten, nicht sofort in große Empörungsbekundungen hierüber einzustimmen, sondern möglichst unvoreingenommen, eben naiv, meinen diesbezüglichen Gedanken zu folgen.)

Was ist Bildung? Die Bildung versucht, die individuellen Anlagen jedes einzelnen Menschen zu fördern. Dieser kurzen Beschreibung werden mir viele zustimmen, ohne sich bewusst zu sein, welche weitreichenden Konsequenzen diese hat. Die Bildung

setzt also genau dort an, wo kein Mensch gleich dem anderen ist. Die Grundvoraussetzung der Bildung ist also: individuelle Freiheit für jeden einzelnen Menschen, ihre Aufgabe, diese zu schaffen.

Was ist die Aufgabe des Staats? Doch ganz eindeutig genau das Gegenteil: Gleiches Recht für alle Menschen zu gewährleisten:

Gegensätzlicher können die Aufgaben einerseits der Bildung und andererseits des Staates gar nicht sein. Und doch ist das Konsequente in-Frage-stellen des kurzschlüssigen Dogmas der staatlich verwalteten Bildung („gleiches Bildungsrecht für alle“), immer noch ein Tabu, dessen Brechen die größten Ängste hervorruft.

Was würde geschehen, wenn sich der Staat vollkommen von der Verwaltung und damit auch von der Finanzierung der Bildung lösen würde? Wäre damit nicht jeder Machtwillkür Tür und Tor geöffnet? Würde dann die Bildung nicht zu einem „Geschäft des Stärkeren“ verkommen? Gegen solche Ängste möchte ich zunächst einmal, ganz genau die heutigen Tatsachen betrachtend, die Fragen stellen: Wie sieht denn die heutige Bildung aus, bzw. wer schließt den heutigen Bildungsweg am besten ab, der „sensible Fragende“ oder der „grob-vorlaut Antwortende“? Wird „der Beste“ nach seinen individuellen Fähigkeiten beurteilt oder nach seinen intellektuellen Leistungen, die letztendlich nur dem Zweck dienen, besser zu sein als die anderen, aber nicht anders? Bleibt dabei nicht gerade oft genug der individuell willensstärkere Mensch „auf der Strecke“, während der Gruppen-angepasst willensschwache Mensch, der Mitläufer, „seinen Weg“ macht? Die Chancen für den unbequemen einzelnen Menschen den „Bildungswettbewerb zu gewinnen“ sind so doch aussichtslos, während die Chancen für die, die sich schnell anpassen können an allgemeine Anforderungen (als „Staatsdiener“) die aussichtsvollsten sind - denn der Staat stellt in der Bildung die Regeln auf, nicht der individuelle Mensch. (Auch zeigt der heutige Schulalltag oft genug, dass wirklich individuell handelnde LehrerInnen früher oder später aus der Schule herausgedrängt („mobbing“) werden.)

Immer mehr Menschen sehen zwar diese widersprüchliche Problematik unserer heutigen individualitätsfeindlichen Bildung im „Zeitalter der Individualität“ und die ausgefülltesten pädagogischen „Leitbilder“ suchen aller Orten ihren Weg zur „Qualitätssicherung“. Doch welche neue pädagogische Richtlinie geht wirklich konsequent bis an den Grund allen Übels: eine klare Trennung zu ziehen zwischen Bildungswesen und Staatswesen? Diese Trennung würde nämlich Folgemaßnahmen nach sich ziehen, die in ihrer gedanklichen Umgestaltung des gesamten „sozialen Organismus“ wahrlich „beängstigend“, weil so radikal sind, dass sie letztendlich bis an die Wurzeln gehen: an die in-Fragestellung des heutigen Geldbegriffes und damit des gesamten Geldkreislaufes. Und dies bedeutet: Gebe ich mich wirklich damit zufrieden, dass die Pulsierung unseres heutigen Geldkreislaufes sich immer mehr verselbstständigt und mich damit als gesteuertes Wesen verdinglicht (von einigen immer wieder erneut freizukämpfenden Nischen abgesehen), oder schaffe ich es zu fragen: Wie bilde ich einen Geldkreislauf, dessen Pulsierung ICH BIN als individuelles kreatives Wesen? Wenn ich nicht bereit bin, mich bis an diese heutige Wurzelfrage des Menschseins willentlich heranzutasten, gebe ich mich - provokant ausgedrückt - als kreatives menschliches Wesen auf.

Und wer dem entgegenhält, das wäre doch nur die „tollste Utopie“ und nie praktisch zu verwirklichen („die Tatsachen sprechen dagegen“), dem möchte ich entgegenhalten: dann wäre der Mensch als Gedankenwesen, als Geisteswesen selbst eine

Utopie, die niemals wirklich sein kann und somit wäre der Bildungsanspruch selbst eine Utopie.

Die Frage nach den „inneren Grenzen“ des Rechtsstaates

Nun habe ich die Bildungsfrage ganz nahe herangerückt an die Frage eines neuen Geldbegriffes. Daran entzündet sich sofort die Frage: Woher kommen denn diese Steuergelder eigentlich und welcher Wert liegt ihnen zu Grunde? Sind sie wirklich vom Wert her anders - vielleicht „gerechter“ - als die Gelder, die direkt aus der Privatwirtschaft - heute z.B. schon immer üblicher als Sponsoring - kommen? 100 Euro sind und bleiben doch 100 Euro von ihrem Tausch- bzw. Kaufwert aus betrachtet, ob wirtschaftlich gesponsert oder staatlich subventioniert. Die gesponserten Gelder kommen nur direkt aus der Privatwirtschaft, während die Steuergelder indirekt über eine Art Zwangsschenkung aus dieser abgezogen werden. Ihr Machtpotential ist völlig identisch, weil sie nicht wertneutral, sondern wertgebunden sind. Der Staat verwaltet nun diese im demokratischen Einvernehmen aller Staatsbürger abgezogenen Gelder, um sie möglichst sozial und gerecht nach dem Gleichheitsprinzip - wie es seine Aufgabe ist - wieder zurückzuteilen, insbesondere für Dienstleistungen, die alle Bürger gleichermaßen zu einer gewissen Zeit in Anspruch nehmen, wie u.a. für die Schulbildung. Auf diese Weise übertragen die Staatsbürger ihre Verantwortung (als Machtpotential) für die Schulbildung mittels der gezahlten Steuern auf den Staat, um sie hernach von ihm einzufordern. Dass der Staat diese Verantwortung übernimmt, indem er das Wie der Schulbildung bestimmt (also Macht ausübt), ist doch dann voll gerechtfertigt. Das Problem dabei ist nur - um es noch einmal zu wiederholen - , dass der Staat seiner Aufgabe nur gerecht wird, wenn er diese Bildung gleich macht. Staatsgelder für eine Chancengleichheit in der Bildung zu fordern und gleichzeitig eine individuelle Bildung zu fordern (wie es z.B. die „Aktion mündige Schule“ tut) ist so ganz offensichtlich ein Widerspruch in sich. Individuelle Freiheit und demokratische Gleichheit können doch nur jeweils auf ihren eigenen Funktionssystemen aufbauend ihr eigentliches Wesen entfalten, nicht aber in der Vermischung. Sie reagieren quasi wie Komplementärkontraste bei den Farben, die nebeneinanderstehend sich gegenseitig an Leuchtkraft steigern, aber in der Vermischung sich zu Unfarben verdunkeln.

Nun bleibt aber die Frage offen: Wie ist es möglich, ein Bildungswesen zu finanzieren, wenn alle Steuergelder als staatliche Subventionen wegfallen? Dann bliebe doch nur die Finanzierungskraft der Privatwirtschaft und der anfangs schon erwähnte Einwand macht sich Luft: „Aber dann werden rein egoistische Wirtschaftsinteressen die Bildung aufkaufen“. Wenn die Finanzierung der Schulen der heutigen „Marktwirtschaft“ überlassen werden würde, würde ich diesem Einwand voll zustimmen, denn eine privatkapitalistische Wirtschaft, wie wir sie heute in ihrer extremen Einseitigkeit erleben, kann aus ihrem Anspruch heraus nur privat elitäre Schulen finanzieren, aber keine im sozialmenschlichen Sinne freien Schulen. Es müssten also noch ganz andere Finanzierungsquellen geschaffen werden. Aber welche?

Die Frage nach einem freien Unternehmertum im Bildungswesen

Nun verdichtet sich immer mehr die Frage: Auf welchem Funktionssystem (auch als Finanzierungsquelle) könnte sich dann ein Bildungswesen aufbauen, welches am ehesten die individuelle Freiheit des Menschen ermöglicht. Im heutigen

sozialen Zusammenhang bleibt da nur das „freie Unternehmen“, wo ausschließlich aus der eigensten, individuellen Initiative heraus in die Gestaltung der sozialen Welt eingegriffen werden kann.

Um sofort Missverständnisse auszuschließen: Mit einem „freien Unternehmen“ meine ich nicht das Unternehmertum der heutigen „freien Marktwirtschaft“, weil dieses eben nicht frei ist, wenn es seine privatwirtschaftlichen Ziele einem abstrakten Machtbegriff des Geldes opfern muss (von einigen wenigen erkämpften Freiraum-Nischen abgesehen), und dabei seine innerlich erstrebten eigentlichen Ziele als die individuellen Gestaltungsinitiativen vernichtet. (Herzversagen ist heute schon fast zu einer „Unternehmer-Krankheit“ geworden).

Welche Voraussetzungen müssten aber für ein wirklich „freies Unternehmen“ gelten? Da kann ich eben so gut die Frage stellen: Wie beginnt ein/e Künstler/in seine/ihre Arbeit? Steht hier wirklich die Gewinnfrage an erster Stelle, oder nicht vielmehr der Drang zum Gestalten? Ist der/die Unternehmer/in wirklich dieser „böse Mensch“, der nur immer mehr in die eigene Tasche wirtschaften will, zu dem ihn vor allem die sogenannte „Linke“ einseitig vermoralisiert hat, oder ist er/sie nicht vielmehr genauso ein Opfer der Selbst-verschuldeten abstrakten Geldmacht wie der „kleine Proletarier“, dessen linkes „gewerkschaftliches Ziel“ sich mehr oder weniger ausschließlich in der Forderung nach mehr Lohn auslebt? Ist es nicht notwendigst erforderlich, all diese dualistische links-rechts Moral endlich fallen zu lassen, um an den wesentlichen Kern der Kapitalfrage, und damit auch der Unternehmensfrage, zu kommen? Es können noch so viele gute und große Moralforderungen gestellt werden. Solange wir die Maske der abstrakten Geldmacht - zunächst praktisch gedanklich - nicht uns selbst entreißen, wird der Kern aller sozialen Probleme auch und gerade des Bildungsproblems nicht angegangen werden können. Genauso sinnlos ist es moralisch das Geld zu verteufeln und sich in „geldlose Paradiese“ zurückzusehen (z.B. Tauschbörsen). Letztendlich geht es in der sozialen Frage darum, die kreativen Fähigkeiten der Menschen als *das* Wirtschaftsfeld zu begreifen - um es mit Worten von Rudolf Steiner auszudrücken: „Es hat sich unsere Volkswirtschaftswissenschaft so entwickelt, dass sie nicht mitgemacht hat in ihren Anschauungen dasjenige, was sich vollzogen hat von der Tauschwirtschaft zu der Geldwirtschaft und zu der Fähigkeitenwirtschaft.“¹

Was aber ist Fähigkeitenwirtschaft? Doch nichts anderes, als die Kunst aus ihrem isolierten Nischendasein zu befreien, um sie mitten ins Wirtschaftsfeld hineinzusetzen. Anders kann ich auch J. Beuys berühmten Ausspruch: „Jeder Mensch ist ein Künstler“ nicht verstehen. Damit ist nichts anderes gemeint, als dem Menschen als gestalterisches Wesen zu vertrauen und nicht als „Staatswesen“ oder „Profitwesen“.

Jeder Mensch ist ein individuelles Wesen mit individuellen Fähigkeiten. Das ist keine Utopie, sondern überall sichtbarste Tatsache in dem Leid der Menschen, die ihre Fähigkeiten eigenverantwortlich einsetzen wollen und nicht dürfen, weil es der allein staatlich oder privatwirtschaftlich gelenkte Arbeitsmarkt nicht zulässt. Als Ersatz sollen dann all diese nicht zugelassenen Fähigkeitenpotentiale in einem „Freizeit-, Hobby- und Kulturbereich“ entsorgt werden, damit der Leidensdruck sich nicht zu sehr in Krankheiten oder purer Aggressivität austobt. Es ist wirklich tieftraurig, wie hilflos das heutige Bildungswesen (an dem wir alle beteiligt sind) vor diesen wachsenden Problemen

¹ Rudolf Steiner, Nationalökonomischer Kurs, Vortrag vom 31. 7. 1922 in Dornach, GA 340, Dornach 1979, Seite 124

wankend steht, welche es selbst verantwortet, weil es wirkliche, individuelle Fähigkeiten durch das „Gleichheitsgesetz“ des Staates nicht zulässt.

J. Beuys hat seine Aussage „Jeder Mensch ist ein Künstler“ bzw. „Jeder Mensch ist ein Unternehmer“ nicht aus einer künstlerischen Laune heraus gesagt, sondern er hat darin den Kulturimpuls bzw. den „Wirtschaftskulturimpuls“ der heutigen Zeit zutiefst erkannt. Immer stärker - und dies ist besonders bei Kindern und Jugendlichen spürbar - bildet sich im Menschen der Willensimpuls aus, selbst gestaltend einzugreifen. Das sich dies im zunehmenden und erschreckenden Maße zwischen willkürlichster Aggressivität und tiefster Resignation auslebt - als Schattenseite dieses leuchtenden Willensimpulses - liegt auf der Hand. Wie schon oben erwähnt wird der junge Mensch im heutigen Schulsystem (und das schließe ich eine große Anzahl teilsubventionierter privater Schulen, so auch die Waldorfschulen nicht aus) nicht in seiner Individualität gefördert, worin einzig und allein seine Kräfte liegen, weil die Leistungsanforderungen angeglichen werden an eine abstrakte Gleichheitsnorm, die irgendwelche Menschen intellektuell aufstellen. Wenn aber so der/die Schüler/in als Individualität nicht ernst genommen wird, sein eigenster Willensimpuls sozusagen „ver- oder weggebildet“ wird, wie soll er dann später einen eigenen Beruf ergreifen wollen (im Sinne von „sich berufen fühlen“) oder gar ein eigenes Unternehmen gründen wollen?

Was wäre aber die erste und wichtigste Voraussetzung für ein wirklich frei wirtschaftendes Unternehmertum, welches sich auf den Willensimpuls der individuellen Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen aufbaut? Doch nur ein freies Bildungsunternehmen, in dem die Schulen statt staatliche Institutionen selbst freie Unternehmen sind, die LehrerInnen somit freie UnternehmerInnen.

(Um es nochmals zu betonen: Damit meine ich kein Privatunternehmen als Privatschule. Auch diese Schulart ist nicht tauglich für ein allgemeines Schulwesen, weil diese doch letztendlich auf Grund ihrer Abhängigkeit von der finanziellen Situation der Eltern oder anderer Sponsoren meist zur Eliteschule hintendiert. (siehe die Situation der Schulen in den USA) Als einzelne Schulen haben sie ihre volle Berechtigung, aber als allgemeines Schulwesen wäre dies im heutigen demokratisch, sozialen Sinne Erreichten ein Rückschritt.)

So komme ich wieder zu der Grundfrage: Wie soll ein freies Unternehmen Schule finanziert werden, wenn sowohl staatliche Subvention, als auch private Mittel und jede Form von privatwirtschaftlichem Sponsering wegfallen, weil eine Art von Sponsering aus seinem profitorientierten Hintergedanken heraus ebenfalls keine freien Menschen ausbilden will, sondern letztendlich funktionierende „Maschinen“ für seinen betriebsegoistischen Expansionswahn? Also kurz gefragt: Woher kommt das Kapital? Und jetzt sage ich ganz naiv als Künstler: das Kapital ist schon da in jedem Lehrer, jeder Lehrerin als Unternehmer/in, nämlich ihre Fähigkeiten. Und ich werde noch naiver und sage: diese Fähigkeiten sind das wertvollste (um einen Markt-begriff zu benutzen: die wertvollste Ressource), was es auf unserer Erde gibt, weil ohne diese es heute keine menschliche Kultur gäbe. Und trotzdem diese Fähigkeiten das wertvollste sind, gibt keine Bank allein auf diese Fähigkeiten einen Kredit, weil der heutige Geldbegriff - wie schon oben ausgeführt - seinen Wert ausschließlich auf Sachwerte als Tauschwerte bezieht. Nur wenn ich meine Fähigkeiten und zusätzlich materielle Sicherheiten (auch in Form von mehr oder weniger „garantierten“ Profiten) vorweisen kann, erhalte ich im heutigen Bankwesen einen Kredit. Somit hat ein rein fähigkeiten-

orientiertes Schulunternehmen heute keine Chance einen Kredit zu bekommen, weil es weder materielle Sicherheiten noch einen „garantierten“ Profit vorweisen kann.

Also ist im Bereich der „freien Marktwirtschaft“ als reine Tauschwirtschaft und Geldwirtschaft keine wirklich freie Schule möglich, weil die menschlichen Fähigkeiten an sich im heutigen Geldwesen keinen Wert haben. Für ein wirklich freies Bildungswesen und damit gleichzeitig auch für ein wirklich freies Unternehmertum ist es unabdingbar, den Begriff des Geldes neu zu denken, also den Schritt zu vollziehen von der Tauschwirtschaft zur Fähigkeitenwirtschaft (im Sinne von R. Steiner). Hier stellt sich also ganz eindringlich die Frage nach dem Wesen des Geldes.

Die Frage nach dem Wesen des Geldes

Wie schon oben angedeutet ist der durchgängige Wert unseres heutigen Geldes vollkommen abstrakt geworden. Mit seinem Kaufwert vernetzt es unser gesamtes gesellschaftliches Zusammenleben bis hinein in die letzten Winkel und Nischen. Denn eines steht fest: Das Geld hat seinen Wert als Kauf- bzw. Tauschwert, mal mehr mal weniger in seiner alleinigen Abhängigkeit von materiellen Werten. Und so hat inzwischen z.B. jeder Internet-Surfer die Möglichkeit, sich an dem großen „Spiel“ der Börsenspekulation zu beteiligen, also „Geld für sich arbeiten zu lassen“. Woher dieser Wert kommt ist hierbei völlig unerheblich. Er wird bestimmt von einer Größe, die von keinem Menschen mehr real gegriffen werden kann, eben weil er unwirklich, abstrakt ist. Und doch bestimmt dieser unwirkliche Wert fast durchgängig unsere Wirklichkeit.

Denn die Größe dieses Wertes kann heute weder die einzelne Arbeitsleistung sein, weil sie in der fast durchgängigen Arbeitsleistung zwischen unzähligen Unternehmen aller Weltorte nicht mehr bestimmbar ist. Noch ist diese Größe schon seit langem nicht mehr durch einen bestimmten Gegenwert (z.B. Edelmetallwerte oder eine konsequente Preisbindung) abgedeckt. Sie ist letztendlich durch nichts anderes mehr abgedeckt, als durch den fatalistischen Glauben an die Selbstregulierung des sogenannten „freien Marktes“. Diese Tausch- und Geldwirtschaft hat somit aber vollständig jeden Bezug zum Menschen verloren. Dieses zeigt sich besonders in der stetig steigenden Krise aller sozialen, kulturellen und bildenden Einrichtungen.

Geldwert = Tauschwert = Kaufwert - dieses Dogma blieb bis heute durch alle „sozialen Revolutionen“ hindurch unangetastet. Der Grund dafür liegt wohl letztendlich in der einseitigen Fixierung der heute alles beherrschenden Naturwissenschaft auf die „äußeren Werte“, während parallel dazu die Berührungsangst zu den „inneren Werten“ immer größer wurde. Das „Wesen Mensch“ als „Mensch mit seinen Fähigkeiten“ wurde immer mehr ausgeblendet und so blieben seine äußeren Leistungen bzw. die aus ihnen entstandenen Produkte allein übrig, für die die Tauschwirtschaft natürlich angemessen ist. Wenn ich aber nun diese Tauschwirtschaft hinterfrage, hinterfrage ich gleichzeitig eben auch die gesamte naturwissenschaftliche Vereinseitigung, dessen äußerer Fortschritt nicht genügend bewundert werden kann, dessen „laute“ Macht aber gleichzeitig die „leise“ radikale Frage nach der Selbsterkenntnis des individuellen Menschen als kreatives geistig-seelisches Wesen fast schon zum Verstummen gebracht hat. Doch ist dieses Wesen anscheinend in seiner unterdrückten Lage eher stärker als schwächer geworden. Dies zeigt u.a. die immer größer werdende Kluft zwischen Lehrer/in und Schüler/in. Dieses kreative Wesen will selbst gestaltend eingreifen und nicht gestaltet (verunstaltet), belehrt werden, mit all den Konsequenzen, die ein Aufwachen aus dem staatlich und

wirtschaftlich versorgten Schlafzustand bedeuten muss: Es geht hierbei wirklich um das Wesentliche: um die Existenz jedes einzelnen Menschen als schöpferisches Wesen, als der eigentlich „aktive Wert“ unserer menschlichen Kultur.

Zwar geht es im heutigen allein tauschwirtschaftlichen Geldkreislauf schattenhaft für viele und immer mehr Menschen auch ganz „knallhart“ um die Existenz, aber hier rein „äußerlich“ um die Existenzfrage des nicht-kaufen-Könnens, des Nicht-versorgt-werdens, wo nur die passive Seite des Menschseins angesprochen wird, also nur der „passive Wert“ des Menschen.

Die andere, die eigentlich menschliche (wo sich der Mensch vom Tier unterscheidet, das individuelle menschliche Ich vom tierischen Typus) als die „innere“ Existenzfrage des gestalterischen Eingreifen-wollens durch die Arbeit, tritt dabei gar nicht auf, weil sie im heutigen rein tauschwirtschaftlichen Geldkreislauf schlichtweg nicht existiert. Denn wo, an welchem Ort des heutigen Geldkreislaufes hat das Geld den Wert menschlicher, individueller Fähigkeiten als „aktiven Wert“? Die Frage habe ich bereits weiter oben beantwortet: an keinem - seinen Wert bestimmt durchgängig nicht der Akt des Produzieren-Wollens, sondern das fertige Produkt.

Die Frage nach dem Wesen des Geldes führt in die Vertrauensfrage

Um an den Grund der Geldfrage zu kommen, stellt sich schnell die anscheinend einfache Frage: Wie und wo entsteht das Geld? Wenn ich mit dieser Frage blindlings in die heutige abstrakte Geldsituation hineingehen würde, wäre ich aber wahrlich verrückt. Deshalb möchte ich sie gleich ganz konkret an die Instanz stellen, aus der diese Abstraktheit nur entstanden sein kann: die menschliche Gedankenwelt, die sich selbst im abstrakten Intellektualismus immer mehr zu verlieren scheint, wie sie gleichzeitig den Wert menschlicher Fähigkeiten in der abstrakten Geldwirtschaft verloren hat. (Diese „Grundfrage“ führt mich nun noch einmal vom direkten Thema „Geld“ weg, um mich aber hernach mitten in das Zentrum, an den Herzpunkt des Geldkreislaufes der Fähigkeitenwirtschaft zu führen.)

Die heute gewohnte intellektuelle Standpunktfixierung als das „Ich weiß es besser“, als „Die Kritik des reinen Verstandes“, ist ein weiteres tief eingefrorenes Dogma unserer Zeit, quasi als Umkehrung des folgenden Ausspruches J. W. von Goethes: „Dem tätigen Menschen kommt es darauf an, dass er das Rechte tue, ob das Rechte geschehe soll ihn nicht kümmern.“² Die Umkehrung lautet: „Dem intellektuellen Menschen kommt es darauf an, dass das Rechte geschehen soll, ob er das Rechte tue, soll ihn nicht kümmern.“ Hierauf beruht auch der einseitige Pragmatismus, der die menschliche Praxis auf ein Nützlichkeitschema reduziert (Die Schule ist *für* die Bildung da). Dass die meisten Menschen heute fähig sind (besonders all die SchülerInnen), direkt aus ihrem Geist heraus zu arbeiten, wird aus der dualistischen Gewohnheit heraus noch weitgehend übersehen. „Der Geist“ wird als der ideelle Überbau betrachtet, „die Arbeit“ hingegen als der pragmatisch reale Unterbau (das, was getan werden *muss*). Das dazwischen ein Mensch - der Mensch - steht, wird nicht be- und geachtet.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Mit „geistiger Arbeit“ meine ich eben genau das Gegenteil von heute benannten „Geistigen“ als Intellekt. Im Intellekt sind wiederum Theorie und Praxis, Idee und Wille, getrennt von einander, in der „geistigen Arbeit“ bilden sie eine Einheit. Hier sind die Gedanken nicht nur

„Kritik“, die ein praktisches Tun fordern, sondern die Gedanken führen mich selbst in die Krise des unmittelbaren Tuns als „gedankengetragener Wille“ (ein Ausspruch Rudolf Steiners³). Hier übe ich nicht Kritik, die nach außen geht, sondern ich „übe Krise“, die nach innen geht. J. W. von Goethe hat dies in seinen „Sprüchen in Prosa“ folgendermaßen ausgedrückt: „Unser ganzes Kunststück besteht darin, dass wir unsere Existenz aufgeben, um zu existieren.“⁴

Wie dies zu verwirklichen ist hat R. Steiner in seinem grundlegenden, erkenntnistheoretischen Werk „Die Philosophie der Freiheit“ eindeutig beschrieben. Was ist also das Kunststück oder die Kunst? Worin kann „jeder Mensch ein Künstler“ (Beuys) sein? Kann ich dem Denken als schaffenden, schöpfenden Geist „in mir“ vertrauen (die Anführungsstriche habe ich gesetzt, um zu verdeutlichen, dass ich mit diesem „in mir“ nicht „in meinem Gehirn“ meine), oder ist dieses Denken eben doch nur ein reflektierendes Spiegelbild der äußeren realen Tatsachenwelt, welches ich zwar im Denken immer wieder neu „kreativ“ variieren kann, ich dieser aber nichts wirklich neues hinzufügen kann? Bin ich also begrenzt mit meinen kreativen Möglichkeiten auf den begrenzten „Freiraum“ der Tatsachenwelt oder bin ich selbst aus mir heraus ein kreatives Wesen, bin ich ein Individuum?

All diese Fragen würden mich wiederum in ein abstraktes Nichts führen, wenn ich nicht ihnen zu Grunde legend die „Vertrauensfrage“ stellen würde, die Vertrauensfrage nach dem Denken.

Die Vertrauensfrage bewirkt den Gestaltungskredit

Ich kann das Denken nicht „beweisen“, weil es nirgendwo sichtbar auftritt, sondern immer „nur“ erscheint. Wohl aber kann ich dieses Erscheinen im eigenen Denkbemühen erfahren und in einem zweiten Denkschritt beleuchten (siehe „Die Philosophie der Freiheit“ von R. Steiner), um allein hieraus, aus meinem eigenen Denktun, Vertrauen und Glauben zu schöpfen. So kann ich dann sagen „Ich glaube mir“, aber genauso „Ich glaube Dir, Ihr oder Ihm“, weil ich das Denken nicht als mein Eigentum erlebe, sondern als den Quellpunkt aller menschlichen Gestaltungskraft, die sich im „freien Gespräch“ als die soziale Urkraft entfalten kann.

Wenn ich dieser Vertrauens- und Glaubensfrage weiter nachgehe bis an den Ort, wo die individuellen Fähigkeiten sich als Initiative an die Arbeit machen wollen, um das menschliche Kulturleben auf dieser Erde produktiv gestalten zu wollen, komme ich unmittelbar zum Kredit. (Kredit bedeutet wörtlich übersetzt: Er, sie, es glaubt.)

So kann das Geld, welches beim Kreditierungsvorgang herausgegeben wird, seinem Wesen - seiner Bestimmung für die produktiven Kräfte - gemäß nur aus dem „Nichts“, aus der Wertlosigkeit geschöpft sein, damit sein Wert ausschließlich durch die individuellen Fähigkeiten der initiativen Menschen bestimmt wird. So konsequent gedacht kann heute von „Kreditgeld“ kaum gesprochen werden, denn - wie oben schon erwähnt - stehen heute die menschlichen Fähigkeiten als Deckung eines Kredites an letzter Stelle, wobei der initiative Mensch das Wofür, also den Bedarf, immer in sein Handelnwollen einbeziehen wird. Die Grundlage eines fähigkeitenorientierten Kredites kann gar nicht irgendeine

³ siehe: Rudolf Steiner, Geistesleben, Rechtsordnung, Wirtschaft, in: Staatspolitik und Menschheitspolitik, Dornach 1988, Seite 157ff.

⁴ wie 2

² Johann Wolfgang Goethe, Sprüche in Prosa, in: Naturwissenschaftliche Schriften

„Deckung“ sein, sondern sie kann nur in einem gegenseitig beratenden Gespräch liegen, aus dessen Einsicht, Überblick und Vertrauen heraus ein Vertrag beschlossen werden kann. Der Vertrag beinhaltet eine festgelegte im rechtlichen Rahmen wieder zurückzahlbare Geldsumme (als Wechsel), die jeweilig „neugeschöpft“ ist. So verpflichtet sich die Arbeitsgemeinschaft des jeweiligen Unternehmens in diesem zurückzuzahlenden Wechsel ihr Produktionsziel zu erfüllen. Der Wert der kreditierten Geldsumme wird somit allein getragen von der Initiative als „Fähigkeitswert“. Im gesamten Produktionsbereich aller Unternehmen darf somit kein anderes Geld kursieren als das, welches seinen Wert erhält durch die Fähigkeiten der im Produktionsbereich arbeitenden Menschen, welches anders ausgedrückt die Fähigkeiten in das Produktionsfeld hineinholzt. Das somit als seines Rechtsmittel eingesetzte Geld erhält im späteren Verlauf seines Geldkreislaufes eine vollkommen andere Wertigkeit, wenn es im Einkommensgeben an alle Mitarbeiter/innen des Unternehmens das Produktionsfeld verlässt, um im Bedarfsfeld den Tauschwert zu erhalten, der heute gültig ist. Hier im Bedarfsfeld als Einkommen bestätigt es das Recht der im Produktionsfeld arbeitenden Menschen auf die Befriedigung des natürlichen und kulturellen menschlichen Bedarfs. Hier wird nicht die Arbeit bezahlt, sondern das Menschenrecht zu konsumieren wird durch die Geldsumme als Einkommen (nicht als Lohn) bestätigt, sowie im Produktionsfeld das Sich-Verpflichten der initiativen Menschen bestätigt wird. Damit aber die Gelder im Einkommensgeben ihren Tauschwert bzw. Kaufwert erhalten, müssen sie unbedingt auf all die Preise der Produkte, die im Produktionsfeld für das Bedarfsfeld entstehen, abgestimmt sein. Somit haben diese Gelder einen unmittelbaren Warenwert. Sowie das Tauschen auf „dem Markt“ aber vollzogen ist, verlieren die Gelder sofort wieder diesen Warenwert, um als wertlose Geldsumme allein die Aufgabe zu haben, die Kreditierungsverträge bei den Kreditbanken zu lösen. Sie fließen also am Ende des Geldkreislaufes als an sich wertloses Buchungsgeld zurück an den Ort, wo dann aus neuen Gesprächen wieder neue Kreditverträge geschlossen werden. Nur in solch einem direkten Kreditierungsimpuls steht am Anfangs- und Endpunkt wirkend, wirklich *der Mensch* als Individuum.

Dadurch, dass hier der Initiativegeist den grundlegenden Wert des Geldes festlegt, kann dieser Wert nie abstrakt werden. Im permanenten Gespräch der Initiativebereitschaft gibt es keine andere Möglichkeit als die der ununterbrochenen Zusammenarbeit im assoziierten Unternehmertum. Nicht die Preise der Produkte als Gewinn bestimmen das unternehmerische Handeln, sondern allein der Willensimpuls menschlicher Fähigkeiten.

Da es im assoziierten freien Unternehmertum keine „Einnahmen“ als Geld mit Wertbedeutung gibt, die zurückfließenden Gelder als reines Buchungsgeld nur zur Kreditlösung zurückfließen, ist ein Ausgleich zwischen Unternehmen, die für ihre Produkte höhere Preise erhalten und Unternehmen, wie z.B. Schulunternehmen, die ihr Produkt, die Schulbildung, eher sehr preisgünstig bis sogar kostenlos anbieten, unschwer möglich. Bei einer solchen Art von abgesprochener „Subvention“, die mittels wertloser, rücklaufender Gelder im Produktionsbereich im Rahmen der gegenseitigen Assoziierung erfolgt, sind wertbedingte Abhängigkeiten, wie sie heute bei jeder Art von Subventionierung entstehen, unmöglich und somit bleibt die volle Autonomie jedes Unternehmens im Produktionsfeld unberührt, welche eine allein Fähigkeiten-gebundene Gestaltungsfreiheit ermöglicht. Dies setzt natürlich eine das

gesamte Produktions- und Bedarfsfeld überblickende, ganzheitlich-künstlerische Preisgestaltung voraus, die nur aus einem andauernden Gesprächszusammenhang, der die verschiedensten Einblicke und Einsichten zusammenführt, möglich ist, und - um es noch einmal zu wiederholen - einen Geldkreislauf, dessen Bewertungsgrundlagen im Produktionsbereich als „Fähigkeitswert“ und im Konsumtionsbereich, Bedarfsfeld als Konsumtionswert bzw. Kaufwert streng unterschieden werden. So erhält der „Wechsel“ als Kreditform auch in diesem fließenden Wertewechsel eine zusätzliche Bedeutung, der in seinem Anfangswert (als Geldschöpfung aus dem „Nichts“) und in seinem Endwert (als ausgleichendes wertloses Buchungsgeld im assoziativen Unternehmenszusammenhang), seine Neutralität behält, als Quellpunkt immer wieder neuer individueller Initiativeimpulse. So müsste auch das gesamte Bankwesen im Unternehmenszusammenhang völlig neu begriffen und gegriffen werden. Damit solch ein Geldkreislauf nicht ins Stocken gerät, ist natürlich eine ständige, möglichst genaue Deckung der Summe aller Preise der „auf den Markt“ gebrachten Produkte mit der Summe aller herausgegebenen Einnahmen als Konsumentenberechtigungen erforderlich und im assoziativen Gesprächszusammenhang auch möglich. Diese Gesprächsorgane bilden als „beratende Kuratorien“ (W. Schmundt) das alles vernetzende Geistesleben des sozialen Organismus.

Leicht und schwer ist es einzusehen, welche ein radikales (von der Wurzel her) Umdenken eine konsequente Individualisierung beinhaltet. Die wirkliche Individualisierung des Menschen ist weder im einseitigen Staatskapitalismus, noch im Privatkapitalismus, noch in seinem Mischwesen unserer heutigen „sozialen Marktwirtschaft“ (die den Staatskapitalismus vor allem im Bildungs- und Kulturwesen in sich einverleibt hat) möglich, sondern nur im „assozierten Fähigkeiten-orientierten Kapitalismus“ als vertragliche, freie Gemeinschaft aller im arbeitsteiligen Produktionsfeld beteiligten Unternehmen.

Dies klingt für heutige Ohren sehr abstrakt, utopisch und wohl auch unpraktikabel. Und doch ist es - klar durchdacht - aus der individuellen Forderung der heutigen Zeit die einzig praktikable Möglichkeit, dessen erster möglicher Schritt die Einrichtung „beratender Gesprächsgremien“ ist, die W. Schmundt schon in seinem um 1950 ausgearbeiteten Beitrag: „Stichworte zur Diskussion über die Notwendigkeit, in der Landesverfassung eine zweite Kammer vorzusehen“⁵ klar erkannt hat. Solche rein im Geistesleben aus der Kraft „aktiver Neutralität“ (J. Beuys) sich ernährenden Gremien könnten alle weiteren Schritte bewegen. Die freie Initiative des Menschen als sein kreatives Potential bildet sich nicht in demokratisch abzustimmenden Gemeinrechten, sondern nur im sich gegenseitig absprechenden Selbstverpflichteten als Individualrecht.

Die Bildungsfrage beantwortet sich als initiative Schenkung

Was ist also Initiative? Im Duden steht u.a. : „erster tätiger Anstoß zu einer Handlung“. Als dieser erste Anstoß als Initialzündung einer freien Handlung kann sie doch nur Schenkung sein, denn wenn ich ohne jeden äußeren Anlass, nur aus dem individuellen Willen heraus, handle, etwas in die Welt gebe, schenke ich doch. Eine Initiative kann demnach nie staatlich subventioniert sein und kann nie privatwirtschaftlich aus Eigentumsinteressen gesponsert sein, sondern nur im freien Zusammenwirken *entstehen*. Eine freie Schulinitiative z.B. als

⁵ siehe Wilhelm Schmundt, Denkschritte/Auf dem Weg zur Idee des sozialen Organismus, Wangen 1999, Seite 35ff.

freies Unternehmen kann sich nur aufbauen auf der assoziativen Kraft des Zusammenwirkens vieler Unternehmen, die nicht das Produkt fördern - als Eigentumsrecht und damit den Gewinn - sondern die Produktion als Initiative, den produktiven Menschen als initiativen Menschen, der sich nicht auszeichnet durch seine von „außen“ anerkannte Ausbildung, sondern nur durch seine aus eigenem Willen sich ausgebildeten Fähigkeiten. (Ein/e Lehrer/in ist kein/e Lehrer/in weil er/sie eine pädagogische Ausbildung hat, sondern weil er/sie Kinder unterrichten, erziehen will und kann, weil er/sie liebt.)

Ein Schulunternehmen als freie Initiative fordert nie die bestmögliche Bildung als Bedingung - dann wäre es nur wieder rein Produkt- (Eigentums-) orientiert - sondern es schafft die besten Bedingungen um sich selbst als Schulgemeinschaft bestmöglich bilden zu können. Und nur eine vertragliche Gemeinschaft als assoziiertes, freies Unternehmertum kann diesen Initiativgeist schützen, der *im Gespräch* seine Wurzeln hat. Im vertrauensvollen, glaubenden Kreditierungsprozess entsteht so eine Kapitalbildung, die wirklich eine freie Bildung ermöglicht, weil ihr Ausgangspunkt ausschließlich in der freien Initiative eines freien Individuums liegt.

Solch eine Erkenntnis ist der praktischste erste Schritt für den Aufbau eines zeitgemäßen Bildungswesens, weil er unmittelbar bei der Initiative, als freier Schenkung beginnt. Und die 1. Initiative als der erste Anstoß zu jeder neuen Handlung ist das Denken aus Menschen(er)kenntnis.

Die Frage der Willenskraft

Es ist ein Trugschluss, der heute noch sehr verbreitet ist: die Freiheit aus der Demokratie heraus entstehen zu lassen. Genauso kann eine freie Schule nicht aus der gerechtesten Gleichheit aller Menschen entstehen. Die wahre Demokratie wird wie alles Menschliche aus der Freiheit des denkenden Individuums gebildet. Und so muss der Raum, in dem sich freie Initiativen - auch eine freie Schule - bilden können, als Fundament getragen sein von der freiheitlichen Gestalt beratender Gespräche, sowohl in wirtschaftlich assoziativen, als auch in demokratisch staatlichen Zusammenhängen. Wer dagegen heutige „Gespräche“ wie Konferenzen, Teamsitzungen, Kolloquien u.s.w. als allein aus ihren Einsichten und Erkenntnissen beratende Gremien hinterfragt, der wird schnell einsehen, dass hier hinter dem „beratenden“ fast überall ein Zweck mehr oder weniger deutlich dahintersteht und letztendlich immer der Zweck des Kaufgeldes.

Trotzdem ist die praktische Einrichtung wirklich frei beratender Gesprächsgremien keine Utopie, sondern jederzeit und überall möglich. Aber natürlich nur, wenn der Mensch sie will und damit konsequenterweise auch bereit ist, das Dogma des einseitig wuchernden Kaufgeldes bis an seine schon längst abgestorbenen Wurzeln zu hinterfragen. Die Bildungsfrage liegt letztendlich in der von den menschlichen Fähigkeiten getragenen Willenskraft des freien Individuums als freie Unternehmensinitiative in der Fähigkeitenwirtschaft.

„In dem Augenblick, wo das reine Denken als Wille erlebt wird, ist der Mensch in künstlerischer Verfassung.“⁶
(Rudolf Steiner)

„Es kommt alles auf den Wärmecharakter im Denken an, das ist die neue Qualität des Willens.“⁷ (Joseph Beuys)

⁶ Rudolf Steiner, Geistige Wirkungskräfte im Zusammenleben von alter und junger Generation (Päd. Jugendkurs), Vortrag vom 12. Okt. 1922 / Stuttgart, Dornach 1990, R.St.TB 675, Seite 148ff.

„Blickt man auf das [...] Phänomen der Be-geisterung, das ganz und gar im Wärmeelement wurzelt, so findet man, wie es dann auftritt, wenn der Wille das Denken ergreift und das Wesen der Dinge im intuitiven Erfahren berührt.“

(Wilhelm Schmundt)

Diese Schrift „Unternehmen Bildung“ soll keinen allgemeinen Lösungsansatz zum heutigen Bildungsproblem darstellen - weil es diesen „allgemeinen“ gar nicht geben kann - sondern sie soll ein Beitrag zu einem umfassenden freien Gespräch rein aus der individuellen Intuition heraus sein, ohne Rück-sicht auf irgendwelche äußere fachliche Ausbildungen oder Titel.

Das Bildungsproblem ist kein fachliches, sondern ein rein menschliches Problem.

Albrecht Walter, Bremen



Unsere Netzseiten:

www.kulturbahnhof.net

www.buecher-kannenberg.de

Zur gfl. Beachtung:

Zwei noch immer aktuelle Worte von **Otto Schily** zur inneren und äußeren Weltlage

1. (1986): (Bei seinem Abschied aus dem Bundestag)... Neutralisierung der Kapitalmacht von Großunternehmen wird auf die Dauer jedoch nur gelingen, wenn wir uns auf eine grundsätzliche Neubestimmung des Eigentumsrechts im Sinne einer funktionellen Ausdifferenzierung verständigen (Beifall des Abgeordneten Dr. Müller (Bremen, GRÜNE)). Wir sollten uns schließlich auch nicht scheuen, über grundlegende Veränderungen in unserer Gesellschaftsstruktur nachzudenken. Die Einsicht in die demokratiezerstörenderen Auswirkungen gesellschaftlicher Entscheidungen in den staatlichen Korporationen und die bestehenden Abhängigkeiten könnten den Weg dafür ebnen, auch über Möglichkeiten einer Weiterentwicklung der Gesellschaft nachzudenken, die den herrschenden Konventionen und Denkgewohnheiten fremd und unrealistisch erscheinen. Wer sich diesem Nachdenken verschließt, wird vielleicht eines Tages unsanft erwachen und feststellen, dass die gegenwärtigen Gesellschaftsstrukturen äußerst brüchig sind.

Die vor rund 70 Jahren von Rudolf Steiner vorgestellte Idee einer funktionalen Gliederung der Gesellschaft in die drei Bereiche der Kultur, des Staates und der Wirtschaft könnte ein Entwurf für die Gesellschaft der Zukunft sein, für die Menschen, die sich nicht auf ihren Denkbequemlichkeiten ausruhen wollen und sich der existentiellen Gefahren für die Menschheit bewusst sind (Beifall bei den GRÜNEN). Rudolf Steiner hat bereits in den 20er Jahren auf Grund vertiefter Naturerkenntnis die biologisch - dynamische Landwirtschaftsmethode entwickelt, deren Bedeutung erst nach mehr als einem halben Jahrhundert in den Umrissen erkannt wird. Intellektueller Hochmut, schulwissenschaftliche Verbohrtheit und Machtdünkel, aber auch sektiererisches

⁷ Joseph Beuys, in: documenta Arbeit, Museum Fridericianum 1993, Seite 230

Verhalten von Anthroposophen haben über Jahrzehnte eine produktive Aufnahme der Gedanken Rudolf Steiners in die Gesellschaft verhindert. Heute könnte unbefangener und vorurteilsfreier darüber gesprochen werden. Eine konstruktive Aufnahme solcher Ideen in den gesellschaftlichen Dialog bereits in den 20er Jahren hätte jedenfalls - diese Behauptung kann in der historischen Rückschau gewagt werden - die Katastrophe der Terrorherrschaft der Nazis und des Zweiten Weltkriegs vermeiden helfen (Zustimmung bei den GRÜNEN). Die schwere Schuld, die frühere Generationen mit ihrer Blindheit auf sich geladen haben, sollte uns mahnen, eine freie, ökologische, soziale, demokratische und friedliche Gesellschaft für unsere Kinder und mit unseren Kindern aufzubauen. (Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)"

2. (2001) "Es ist an der Zeit, dass wir ein geistiges Zeichen für den interkulturellen Dialog, für Aufklärung, für Verständnisbereitschaft und geistige Offenheit setzen. Religiöser, hasserfüllter Fanatismus hat in der Menschheitsgeschichte zu den schlimmsten Verbrechen geführt. Diese Verbrechen waren zugleich immer die Verleugnung der vermeintlich eigenen religiösen Überzeugungen, auf die sich die Fanatiker berufen haben.

Mit "geistiger Offenheit" meine ich sehr viel mehr als bloße Toleranz im Sinne von Ertragen unterschiedlicher religiöser und weltanschaulicher Auffassungen. **Geistige Offenheit heißt, die eigenen Überzeugungen infrage zu stellen, infrage stellen zu lassen und infrage stellen zu können, anstelle des Verharrens in starren Dogmen der Gedankenfreiheit Raum zu geben und niemanden zu verdammen, der fortschreitende Erkenntnis sucht.**

Wir müssen uns heute und morgen in einer **geistig-kulturellen Offensive vereinen, die die Erkenntnisfähigkeit der Menschen in einer mitunter geistvergessenen Welt erweitert**, ihre moralischen Willensimpulse stärkt und ihre seelisch-geistigen Fähigkeiten gesunden lässt. Niemand kann sich der Einsicht entziehen: Die Verbrechen beginnen im Geist und in der Seele von Menschen, derer sich das Böse bemächtigt. Der Kampf gegen das Böse ist ein realer Kampf. Das Böse ist eine geistige, eine gesellschaftliche Realität. Wir werden und wir müssen diesen Kampf furchtlos aufnehmen. Wir werden ihn gewinnen, wenn wir in uns und in den anderen den Frieden suchen und finden." Aus der [Rede des Bundesinnenministers Otto Schily](http://www.bmi.bund.de/top/dokumente/Rede/ix_56598.htm) zu den Terroranschlägen in den USA und den Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen sowie der Nato vor dem Deutschen Bundestag am 19. September 2001 in Berlin (http://www.bmi.bund.de/top/dokumente/Rede/ix_56598.htm)

Der 9. Jour Fix am Freitag, 25. Januar 2002, 19:30 h in der Bücherei

mit [Rüdiger Blankertz](#)

Was sollen wir eigentlich noch alles glauben?

Vom **Terror der Information**. (Rüdiger Blankertz)

Vorbemerkung

Da im Jour Fix die Teilnehmer das Thema und den Verlauf mitbestimmen, nehmen diese Abende manchmal überraschende Wendungen. So auch diesmal. Als Thema war vorgesehen: Deutschland - eine ungeschriebene Geschichte. Von der vergessenen Schuld der Deutschen. In der Einladung hatte ich geschrieben:

... Die Geschichte des 20. Jahrhunderts verbirgt uns in der allgemein geübten Betrachtungsweise etwas: ihre Ursachen. Nur wer dies zur Kenntnis nimmt, kann von einer Verantwortung und

damit einer Schuld sprechen. Ursachen können nur gedanklich bestimmt werden. Die Gedanken, die im Werden der Tatsachen der jüngsten Geschichte entstanden sind, zeigen sich jedoch diesen Tatsachen nicht gewachsen. Die Tatsachen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens der Gegenwart fordern das Eingeständnis, «daß man lebensfremd denkt» (Rudolf Steiner). – Haben die Deutschen nicht Gelegenheit genug gehabt, dieses Eingeständnis zu erbringen?...

Aber erstens kommt es anders, und zweitens stimmt's auch so...

Denn: WAS SOLLEN WIR EIGENTLICH NOCH ALLES GLAUBEN?

Vom Terror der Information

Inhalt: Was heißt eigentlich «Jour Fix»? 3

Das Mondschat 4

Das Gespräch im 9. Jour Fix 6

Information – die organisierte Lüge? 7

Interview mit Andreas von Bülow: «Da sind Spuren wie von einer trampelnden Elefantenherde» 9

Der Terror der «Information» 17

«Verschwörungstheorien» 18

Der Info-Schock oder «die unmögliche Tatsache» 20

Das Mondschat (II) 22

Nachbemerkung 22

ANHANG:

Andreas von Bülow: Interview mit KONKRET 23

Falsche Fuffzger: Verschwörungsthesen, Zahlenmystik und Außerirdische 31

40 S. A5

In der Bücherei ab 8. 2. gegen eine Schutzgebühr von 3 € gedruckt erhältlich.

VORSCHAU: 13. Jour Fix:

Der Terror der Ökonomie (III) - eine unbegriffene Erziehungsfrage mit Karl Huober

Vortrag mit Aussprache

«Zu diesem dritten Jour Fix Beitrag von Karl Huober sind alle eingeladen, die sich fragen, was Sie heute selbst zur Überwindung der Vernutzergesellschaft, ihrer Schemen und Zwangsabläufe beitragen können oder wollen. Noch stärker als bisher geht der Vortragende von seinen alltäglichen, praktischen Erfahrungen als Unternehmer und Geschäftsführer aus. Damit wird das bisher von ihm entwickelte Bild unserer Wirtschaftsgesellschaft als einer «ungelösten geistigen Frage» auf die Probe gestellt: Wieviel Selbsterkenntnis erlauben uns herrschende Denkgewohnheiten?» Karl Huober

ZU GAST IN DER BÜCHEREI: KAREN SWASSJAN

1. am Freitag, 26 April 2002, 19:30 in der Bücherei: Thema: (Amerika) Genauerer wird noch bekannt gegeben.

2. Hinweis: Am 25. und 26. April 2002 wird Herr Swassjan im Rudolf-Steiner-Haus, Berlin ein Seminar abhalten mit dem Thema: «Wie wird das Denken christlich gemacht?»

Hinweis auf unsere Netzseiten:

Materialien zum Thema "Der S-Bahnhof Mexikoplatz - eine Hieroglyphe der deutschen Geschichte"

- **Übersicht**

- **Autoreferate** der Vorträge von Rüdiger Blankertz

- **Materialien** zum 9. November ([Schily-Rede von 1986](#), [Steiners Memoranden](#) zur US-Politik von 1917 (höchst aktuell!), [Beuys zur Deutschlandfrage](#) u.a.mehr. (Alles erreichbar unter: www.buecher-kannenberg.de/buecherei/texte/jourfix.html)

Kulturbahnhof:

Die [aktuelle Berichterstattung](http://www.kulturbahnhof.net/bahnhof/index.html) (<http://www.kulturbahnhof.net/bahnhof/index.html>) um den Skandal des Verkaufs des S-Bahnhofs an private Investoren seitens der "BRD".

Mit freundlichen Grüßen:
[Webmaster Kulturbahnhof](mailto:Webmaster.Kulturbahnhof)

Schon probiert?

Bücher suchen und bestellen bei uns im [Internet](http://www.buecherkannenberg.de/buecherei/kno/index.html) (www.buecherkannenberg.de/buecherei/kno/index.html)

Machen Sie mit und sichern Sie durch Ihre Bestellungen die **korrekte** Abwicklung des Buchladens und den Erhalt unsererer Dienstleistung in einer **künftigen neuen Gestalt**.

Pisa und das Leben



(15.12.2001) - Nun rufen sie also wieder,

unsere Politiker/innen: Reformen im Bildungswesen werden angemahnt, Versäumnisse der Vergangenheit eingeräumt, guter, parteiübergreifender Wille waltet, wohin man sieht. Dank des Bundestagswahlkampfes wird sich die ganze Aufregung aber wieder legen - zumindest, bis die nächste Studie kommt.

Dabei wäre es gar nicht so schwer, Bewegung in das deutsche Schulwesen zu bringen, wenn der Blick über den Gartenzaun nicht immer wieder von der urdeutschen Voraussetzung getrübt würde, dass es der Staat sei, welcher die Schulen betreiben und reformieren müsse: Schon der Blick zu unseren dänischen und niederländischen Nachbarn könnte zeigen, dass die Entstaatlichung der Schulen nicht nur zu besseren schulischen Leistungen, sondern auch zu einer wesentlich lebendigeren, weil wandlungsfähigeren pädagogischen Landschaft führt.

Die Idee, dass der Staat der Betreiber der Schulen sein müsse, stammt noch aus der Zeit des aufgeklärten Absolutismus, der das gesamte öffentliche Leben unter die Aufsicht des Staates stellte - damals ein Befreiungsakt gegen die Vorherrschaft der Kirchen, heute aber ein Anachronismus, der nicht mit einer mündigen Bürgergesellschaft rechnet, die das öffentliche Leben dezentral regeln kann.

Es wird keine wirklich substanziellen Reformen im Bildungswesen geben, solange es der Willkür der wechselnden Parlamentsmehrheiten mit ihren jeweiligen Steckenpferden ausgesetzt ist. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn zwischen den Schulen ein fruchtbarer Wettbewerb entsteht, wenn also die Eltern und Schüler/innen eine wirklich freie Wahl der Schule haben. Das setzt aber voraus, dass alle Schulen - gleich, ob sie kommunale oder freie Träger haben - nach gleichen Maßstäben finanziert werden. Warum sollen nicht die Eltern und die Schüler/innen selbst entscheiden, an welche Schule ihre Steuergelder fließen? Mit einem intelligenten System der Mittelzuweisung, wie beispielsweise dem immer wieder diskutierten Bildungsgutschein, ließen sich sowohl der Wettbewerb als auch ein dynamisches System der Evaluation unter den Schulen fördern.

Der Pisa-Schock mag heilsam sein, aber nur, wenn er nicht neue pädagogische Patentrezepte, sondern ein lebendiges Schulwesen fördert. Dazu gehört der Abschied vom staatlichen Bildungsmonopol, das ja auch heute nur noch aufrecht erhalten werden kann, weil die freien gegenüber den staatlichen Schulen durch immer neue Erlasse und Gesetze massiv benachteiligt und in eine private Ecke gedrängt werden.

Dank sei Pisa, so fragwürdig diese modern gewordenen Ratings unter pädagogischen Gesichtspunkten auch sein mögen, wenn Pisa uns lehrt, dass Chancengleichheit in Wahrheit Chancenvielfalt bedeutet - eine Einsicht übrigens, welche alle pädagogischen Spatzen schon immer von den Dächern gepfiffen haben!

[Henning Kullak-Ublick hkullak@freie-schule.de](mailto:Henning.Kullak-Ublick@freie-schule.de)

Schule in einer Gesellschaft mündiger Menschen

Idee und Wirklichkeit eines pluralistischen Schulwesens in Deutschland

"Öffentliche Erziehung scheint mir ganz außerhalb der Schranken zu liegen, in welchen der Staat seine Wirksamkeit entfalten muss." - Mit diesen Worten bezog vor mehr als zweihundert Jahren *Wilhelm von Humboldt* Stellung in einer Auseinandersetzung, die bis heute andauert und noch keineswegs entschieden ist: Es geht um die Frage, wer für die Erziehung und die Bildung der Jugend verantwortlich ist?

Kleiner Rückblick in die Geschichte

1794 wurde unter *Friedrich II von Preußen* (dem "Großen"), das "Allgemeine Preußische Landrecht" verkündet. In diesem bedeutenden Gesetzeswerk fand sich ein für die Entwicklung des deutschen Schulwesens folgenschwerer Satz: "Die Schule ist eine Veranstaltung des Staates".

Der Staat des so genannten „aufgeklärten Absolutismus“ machte mit diesem Gesetz - insbesondere gegenüber den Kirchen - deutlich, dass fortan er der Hüter allen öffentlichen Lebens war: Was öffentlich war, war staatlich, und was nicht staatlich war, das war privat. Die Säkularisierung der Welt war amtlich geworden.

Deutschland hat seit jenen Tagen viele Umwälzungen, Umstürze und Katastrophen erlebt: Allein im 20. Jahrhundert wurde es von nicht weniger als fünf Staatssystemen regiert, die von der Monarchie über die Weimarer Republik bis zur Nazi-Herrschaft, später zur Spaltung in eine westlich orientierte parlamentarische Demokratie und in eine kommunistische Diktatur im Osten reichten, bis sich schließlich nach der Wiedervereinigung eine föderalistische Demokratie für ganz Deutschland durchsetzte.

Bemerkenswerterweise konnte sich die eingangs zitierte „Schule als Veranstaltung des Staates“ über all diese Systemwechsel hinweg retten – oder, was wahrscheinlicher ist, gerade *wegen* dieser Systemwechsel bestehen bleiben. Denn jedes Mal, wenn die Deutschen grundlegende Fragen zum wechselseitigen Verhältnis von Schule und Staat zu stellen begannen, wurden sie von der nächsten Katastrophe so sehr in Anspruch genommen, dass sie kaum noch den Atem für kulturelle Fragen hatten. Die neuen Machthaber wiederum handelten durchaus in ihrem eigenen Interesse, wenn sie die bestehenden Schulstrukturen einfach von ihren Vorgängern übernahmen. Zwar gab es nach dem ersten Weltkrieg einen Wandel zu größerer Freiheit im Schulwesen – dieser wurde aber von den Nationalsozialisten gründlich zerstört.

Eine neue Entwicklung wurde nach dem zweiten Weltkrieg eingeleitet. Bevor ich diese skizziere, möchte ich jedoch einen Blick auf eine pädagogische Untergrundströmung werfen, die vor hundert Jahren ihren Anfang nahm und heute eine Renaissance erlebt.

Die Reformpädagogen

Lenin wird der Ausspruch nachgesagt, man könne in Deutschland keine Revolution machen, da sich die Deutschen, wenn sie einen Bahnhof stürmen wollten, zuerst alle am Fahrkartenschalter anstellen und eine Bahnsteigkarte kaufen würden. Und dennoch erlebte Deutschland 1989 eine Revolution, als die Bevölkerung des Ostens das jahrzehntelang währende Joch des kommunistischen Zentralstaates abschüttelte.

Eine ähnlich starke, wenn auch verborgene Kraft entwickelte sich am Ende des neunzehnten und zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts: Damals gab es in Deutschland eine waschechte Hippiebewegung, die *Wandervögel*. Sie suchten mitten in dem völlig verspießerten und von militärischem Säbelrasseln geprägten „Wilhelminischen Zeitalter“ nach neuen Lebensformen, suchten den Weg „zurück zur Natur“ und hin zu individuellen Lebensstilen.

In dieser Zeit rief die Engländerin *Ellen Key* das „Jahrhundert des Kindes“ aus. Kurze Zeit später schuf die italienische Ärztin *Maria Montessori* ihre Pädagogik. Auch in Deutschland blühten Ideen auf, wie das Schulwesen umgestaltet werden könnte und wie in den Schulen die Interessen der Kinder an die Stelle der staatlichen Interessen treten könnten. Damals entstanden auf Initiative einzelner, bedeutender Pädagogen Kinderrepubliken, Landerziehungsheime und zahlreiche andere alternative Schulmodelle. Die nachhaltigste, auch heute noch stetig wachsende pädagogische Strömung wurde von *Rudolf Steiner* begründet, der zugleich am entschiedensten für die Trennung von Schule und Staat eintrat.

Diese pädagogische Revolution wurde durch die Nazi-Herrschaft nachhaltig beschädigt, da alle freien Schulinitiativen verboten wurden. Die Lehrer hatten sich als Diener der herrschenden Ideologie zu verstehen. Wer abweichende Auffassungen vertrat, riskierte sein Leben.

Wie unten zu zeigen sein wird, knüpfen heute wieder verschiedene pädagogische Bewegungen in veränderter Gestalt an den reformpädagogischen Impuls der Wandervogelzeit an.

Das deutsche Schulwesen von heute: Idee ...

Nachdem die Deutschen in den dreißiger und vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts das dunkelste Kapitel ihrer Geschichte durchschritten hatten, gaben sie sich 1949 – zunächst im Westen – eine Verfassung, die etwas Ähnliches für immer verhindern sollte. Diese Verfassung, die mit den Worten „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ beginnt, wird von weiteren neunzehn Artikeln eingeleitet, die fast ausschließlich den Schutz des Individuums vor der Willkür des Staates zum Inhalt haben.

Auch das Schulwesen sollte so gestaltet werden, dass es von keiner staatlichen Zentralgewalt mehr kontrolliert werden könnte. Im Zuge der Aufteilung Deutschlands in (mittlerweile 16) Bundesländer wurde festgelegt, dass das Schulwesen in die Kompetenz der einzelnen Bundesländer fällt. Die staatliche Schulaufsicht wurde zwar nicht gänzlich abgeschafft, sondern lediglich von der Bundes- auf die Länderebene verlagert, aber dies geschah mit dem erklärten Ziel, den schulischen Pluralismus zu garantieren, indem der zentralen Bundesregierung die Aufsicht über das Schulwesen entzogen wurde.

Die „Mütter und Väter des Grundgesetzes“ schrieben aber noch mehr in die Verfassung: In Artikel 7 garantiert die Verfassung das Recht zur Errichtung freier, also nichtstaatlicher Schulen. Später wurde dieser Artikel vom Bundesverfassungsgericht in einem Grundsatzurteil präzisiert, indem es aus seinem Wortlaut die Pflicht des Staates ableitete, freie Schulen so zu fördern, dass sie im Wettbewerb gegen die staatlichen Schulen bestehen können.

Dem Grundsatz des **Pluralismus durch Föderalismus** war also der viel weiter gehende Grundsatz eines **Pluralismus durch Individualismus** zur Seite gestellt.

... und Wirklichkeit

Der Föderalismus funktioniert – so viel vorweg: Wir haben in Deutschland mittlerweile sechzehn verschiedene Bundesländer mit sechzehn verschiedenen Schulgesetzen, sechzehn Kultusministerinnen und –ministern und unzähligen Verwaltungsbeamten in sechzehn Kultusministerien. Aus der alten Tradition der Staatsschule sind ganze Bibliotheken von Erlassen und Verordnungen hervorgegangen, die eigentlich nur den einen Vorteil haben, dass sie so zahlreich geworden sind, dass sie niemand mehr liest.

Die Lehrerinnen und Lehrer sind fast alle Beamte, die Schule somit auch heute noch immer staatliches Hoheitsgebiet. Nun sind die westlichen Demokratien in ihrer gegenwärtigen Form bekanntlich fast überall *Parteiendemokratien*. Man mag dazu stehen, wie man will – eines ist jedoch sicher: Die staatliche Schulverwaltung gehorcht den Gesetzen der wechselnden Mehrheiten in den Parlamenten. Mit jedem Regierungswechsel werden teilweise tief greifende Änderungen in der Schulpolitik der Bundesländer vorgenommen – Änderungen, die häufiger den Ideologien der regierenden Parteien als den tatsächlichen Bedürfnissen der Betroffenen folgen.

Daraus ist ein sehr verwaltetes, unbewegliches, langweiliges Schulwesen geworden, bei dem auch gute Ansätze oft ersticken, bevor sie umgesetzt werden konnten. Das Ziel eines pluralistischen Schulwesens konnte in Deutschland bisher nur sehr eingeschränkt erreicht werden, was sicher auch daran liegt, dass die Schulpolitik hierzulande nicht von Pädagogen, sondern von Parteistrategen beherrscht wird. Nicht ohne Grund nannte Helmut Kohl die Kultusministerkonferenz die „reaktionärste Einrichtung Deutschlands“. Da auch die Koordination der landesspezifischen Regelungen der Bildungsbürokratie obliegt, ist an die Stelle eines lebendigen Wettbewerbs um pädagogische Ideen eine Kombination aus Unbeweglichkeit und Chaos getreten.

Während ich diese Zeilen schreibe, herrscht in Deutschland eine große Aufregung, weil unsere Schulen in der kürzlich abgeschlossenen internationalen PISA-Studie schlecht abgeschnitten haben. Bezeichnenderweise werden jetzt über die Medien unzählige Statements von eben den Bildungspolitikern verbreitet, die durch ihre phantasielose Politik überhaupt erst die Strukturen geschaffen haben, unter denen das deutsche Schulwesen leidet. Es geht noch immer nicht um die Lebensbedingungen einer entwicklungsfähigen Pädagogik, sondern einzig darum, beim nächsten Ranking weiter oben auf der Liste zu stehen ...

Schule in Freiheit

Seit den siebziger Jahren haben die freien Schulen einen enormen Zulauf erfahren, obwohl sie im Vergleich mit anderen europäischen Ländern noch immer eine marginale Rolle spielen: Nur 6% der deutschen Schülerinnen und Schüler besuchen freie

Schulen, was aber keineswegs an mangelnder Nachfrage, sondern an den finanziellen Restriktionen liegt, die ihnen durch die Bildungspolitik fast aller Bundesländer auferlegt wird.

Gerade wegen dieser durchaus bewussten Wettbewerbsverzerrung durch die staatlichen Organe ist es bemerkenswert, dass die Nachfrage nach den unterschiedlichen Schulen in freier Trägerschaft in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen ist. So wuchs alleine die Zahl der Waldorfschulen seit den siebziger Jahren auf 170 an, was insofern als Indikator gelten kann, als diese Schulen immer durch die Eigeninitiative von Elterngruppen entstehen und vollkommen autonom arbeiten. Seit einigen Jahren haben sie Gesellschaft von den freien Alternativschulen bekommen, einer Schulbewegung, die aus der antiautoritären Bewegung hervorgegangen ist und sich kontinuierlich weiter entwickelt.

Aber auch an den staatlichen Schulen wird der Ruf nach mehr Autonomie immer wieder einmal zaghaft vorgetragen. Leider scheitern fast alle Versuche in dieser Richtung an dem Umstand, dass diese Schulen keinem echten Wettbewerb ausgesetzt sind. Sie sind gegenüber den freien Initiativen so privilegiert, dass sie die Konkurrenz nicht zu fürchten brauchen.

Neue Wege

Dennoch wächst die Zahl der Stimmen, die sich öffentlich für einen freien Wettbewerb der Schulen aussprechen – einen Wettbewerb, der nicht mehr die staatlichen Schulen bevorzugt, sondern allen Schulen die gleichen Chancen einräumt. Dahinter steckt die Überzeugung, dass nur Chancenvielfalt eine echte Chancengleichheit ermöglichen kann.

Als ein Beispiel für diese neuen Impulse sei hier die „Aktion mündige Schule“ genannt: Die Volksinitiative sammelte 1997 in Schleswig-Holstein mehr als 37.000 Unterschriften, die sich für die Gleichberechtigung freier und staatlicher Schulen aussprachen. Sie wurde weit über das nördlichste deutsche Bundesland hinaus wahrgenommen. Das Landesparlament erklärte schließlich unter einem formalen Vorwand die Unzulässigkeit der Volksinitiative und löste damit eine Koalitionskrise aus. Die inhaltliche Auseinandersetzung um eine wirksame Freiheit in der Wahl der Schule konnte dadurch zwar verschoben, aber nicht verhindert werden: Die Notwendigkeit, neue Ideen in unserem Schulwesen wirksam werden zu lassen, wird den Wechsel von der angebotsorientierten zur nachfrageorientierten Schule von selbst wieder auf die Tagesordnung setzen.

Fazit

Unterricht ist ein Menschenrecht, das in der UNO-Menschenrechtscharta verankert ist. Historisch sorgte der Staat dafür, dass es ein flächendeckendes Angebot für alle „Untertanen“ gab. Das war ein Fortschritt, weil Bildung damit zu einem Allgemeingut wurde. Heute ist das staatliche Schulwesen zu einem Hemmschuh für die Entwicklung geworden ist, weil es zu bürokratisch, zu unflexibel und rein angebotsorientiert arbeitet. Auch der Staatsbegriff hat sich grundlegend gewandelt: Nicht mehr der Staat ist der Träger des öffentlichen Lebens, sondern die Bürgerinnen und Bürger sind es selbst. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, optimale Bedingungen für die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Menschen bereit zu stellen und über die Einhaltung der Menschenrechte zu wachen. Schule kann, wenn sie sich lebendig entwickeln soll, nicht mehr zentral angeboten werden. Es kommt vielmehr darauf an, dass die Nachfrage von Eltern und Kindern das Angebot bestimmt.

Dann kann auch Europa zusammenwachsen, ohne dass es seine kulturelle Vielfalt und seine Wurzeln, die ja gerade in dieser Vielfalt liegen, verliert. Man denke nur einmal versuchsweise darüber nach, wie viele ethnische Konflikte uns im letzten Jahrhundert erspart geblieben wären, wenn nicht mit der Machtfrage auch immer die Frage nach der kulturellen Herrschaft verbunden gewesen wäre.

Europa hat über Jahrhunderte eine kulturelle Vielfalt entwickelt, die zugleich Grundlage für ein Zusammenleben im Geiste eines ethischen Individualismus sein kann. Eine köstliche Frucht dieses dornenreichen Weges könnte ein europäisches Bildungswesen in Freiheit und Vielfalt sein – wir müssen es nur wollen.

Henning Kullak-Ublick

Internet: www.freie-schule.de

eMail: hkullak@freie-schule.de

Wie geht es weiter mit der Volksabstimmung?

Vor zwanzig Jahren war das Wort „Volksabstimmung“ in Deutschland noch fast völlig unbekannt. Inzwischen gibt es in allen Bundesländern und in allen Gemeinden Regelungen für Volksbegehren und Volksentscheide. Das ist ein großer Fortschritt.

Doch diese Regelungen sind meistens mit so hohen Hürden versehen, daß es kaum zu Bürgerentscheiden kommt. Die Direkte Demokratie steht nur auf dem Papier, wird aber kaum gelebt. Viele Versuche, diese Hürden zu senken, wurden in den letzten Jahren durch Verfassungsgerichtsurteile ausgebremst. Man kann starken Widerstand bei Politik und Verwaltung feststellen, gleichzeitig läßt die Bevölkerung auch gefügig so mit sich umgehen.

Im September 2001 erklärte das Erfurter Verfassungsgericht das von 380.000 Bürgerinnen und Bürgern unterschriebene Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“ für unzulässig. Zuviel Direkte Demokratie würde das repräsentative Regierungssystem schwächen. (Jetzt geht es im Landtag weiter. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens wurde angepaßt und ist im Landtag eingebracht.)

Mit diesem Urteil ist die Entwicklung der Volksabstimmung in Deutschland gebremst. Denn der Thüringer Gesetzentwurf war – nach negativen Urteilen in Bremen, Berlin und Bayern – ein Kompromiß.

Auch für die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung wird es die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag in absehbarer Zeit nicht geben. Die CDU/CSU ist dagegen. Der Vorschlag der SPD sieht allzu hohe Hürden vor.

Unsere Strategie

Für uns heißt das: Ruhig und beständig weiterarbeiten und weitere Substanz bilden. Wenn genügend Substanz wirkt und der Zeitpunkt stimmt, dann wird die Volksabstimmung in Deutschland einen weiteren Realisierungsschritt machen.

Projekte der Omnibus gGmbH in 2002

Konkret ergibt sich daraus folgendes Arbeitsprogramm für die Omnibus gGmbH:

·OMNIBUS: Der OMNIBUS soll durchgängig fahren. Denn im direkten Gespräch von Mensch zu Mensch bildet sich die Substanz der Demokratie. Im März werden wir unsere Freunde

vom Volksbegehren "Mehr Demokratie in Thüringen" unterstützen und danach wieder die Aktion "Menschen für Volksabstimmung" transportieren. Vermutlich wird im Bundestag im Sommer ein Gesetzentwurf zur Einführung der bundesweiten Volksabstimmung behandelt. Zu diesem Anlaß sollen die Unterschriften präsentiert werden.

Wahlaktion: Zur Bundestagswahl 2002 werden wir eine Aktion "Haben wir eine Wahl?" (Arbeitstitel) starten. Wer nicht wählen will, aber für die Volksabstimmung ist, soll uns seine Wahlbenachrichtigungskarte schicken. Wer wählen will, soll von seiner Partei eine Verpflichtungserklärung einholen, daß sie die Einführung der Volksabstimmung tatkräftig unterstützt.

Volksbegehren: Wir benützen die bestehenden Regelungen auf Länderebene und initiieren und unterstützen innovative Volksbegehren. Zur Zeit sind wir an der Vorbereitung folgender Initiativen beteiligt. Wann was starten wird, ist jedoch noch unklar.

- Volksbegehren "Menschenwürde Ja - Menschenklonen niemals!" in Bayern (Verbot von Klonen am Menschen in der Bayerischen Verfassung)
- Volksbegehren zur Wahlrechtsreform in Hamburg (Bürger sollen die Politiker direkter wählen und damit der Einfluß der Parteien zurückgedrängt werden, z.B. durch Kumulieren und Panaschieren, Direktwahl des Hamburger Ministerpräsidenten, etc.)
- Volksbegehren für Freie Schule in Schleswig-Holstein (Gleichberechtigung von freien und staatlichen Schulen. Autonomie für alle Schulen.)
- Volksbegehren Mehr Demokratie in Südtirol (Einführung von landesweiten Volksentscheiden, Verbesserung der Regelung des kommunalen Bürgerentscheids)
- Veranstaltungen: Zu den Themen Demokratie, Geld und erweiterter Kunstbegriff finden laufend Vorträge und Seminare mit Johannes Stüttgen, Thomas Mayer und anderen statt. An vier Wochenenden im Jahr trifft sich im Schloß Freudenberg Wiesbaden der Arbeitskreis "Geld".
- Pressearbeit: Wir bedienen Presseorgane mit Artikeln und Radiosender mit Beiträgen. Über fast jeden Omnibusbesuch berichten die lokalen Medien.
- Beratung von Bürgerbegehren: Initiativen, die einen kommunalen Bürgerentscheid starten wollen, werden von Thomas Mayer beraten.
- Komplementäre Geldsysteme / regionale Wirtschaft: Von 1998 bis 2001 führten wir ein Forschungsprojekt hinsichtlich der Frage durch, wie in größerem Stil ein komplementäres Geldsystem gestartet werden kann, in dem andere Spielregeln gelten (z.B. Stärkung der regionalen Wirtschaft, minimierter Zins, etc.) Die vorläufigen Ergebnisse sind in 1kg Forschungsberichten zusammengefaßt. Aus dieser Arbeit kamen wir in Kontakt mit Initiativen und Unternehmen im Münchner Großraum. Es entstand eine Kooperationsgemeinschaft mit dem Ziel, ein Modellprojekt zur Stärkung der „Anreize für die regionale Wirtschaft“ durchzuführen. Die Vorbereitungen laufen weiter ...

Omnibus - gemeinnützige GmbH für Direkte Demokratie
Thomas Mayer, Öschstr. 24, D-87437 Kempten, Tel 0831-57 07
689, Fax 0831-5859202, email info@omnibus.org,
www.omnibus.org

Agentur für Alternativen

Annette Ochs und Sebastian Schöck

Agentur für Alternativen

Sredzkistr. 42, D-10435 Berlin

Tel.+Fax: 030 / 4458137

agenturfueralternativen@freenet.de

www.afa-berlin.com

Information zu den Filmen und zur Agentur für Alternativen:

"People Have The Power ..."

Über Selbstverwaltung durch Runde Tische in Kultur, Recht und Wirtschaft, Dokumentation, 53 Min., VHS-Video

Interviews mit:

Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger, Dr. Lex Bos, Dr. Friedrich Glasl, Gerald Häfner, Manfred Kannenberg, Ingo Krampen, Prof. Dr. Margrit Kennedy, Brigitte Krenkers, Thomas Mayer, Heidjer Reetz, Dr. Konrad Schilly, Dr. Christoph Strawe, Dr. Heinz-Hartmut Vogel, Dr. Wolfgang Ullmann, Uwe Urbschat, Siegfried Woitinas, u.a.

"Stumm oder Stimmen"

Über die Volksabstimmung auf Bundesebene, Dokumentation, 12 Min., VHS-Video

Interviews mit:

Dr. Wolfgang Ullmann, Claudine Nierth, Stefan von Raumer, Tim Weber, Brigitte Krenkers, Marika Haase u.a.

Filmproduktion

In der Nachwendezeit gründete Sebastian Schöck in Berlin, Prenzlauer Berg, die Agentur für Alternativen und reiste durch Deutschland, Österreich, Schweiz und Holland um Experten der Selbstverwaltung zu interviewen. Mit einem Redaktionsteam zeigte er den entstehenden Film "People Have The Power..." rund vier Jahre lang ganz unterschiedlichen Menschen, deren Vorschläge in das Redaktionskonzept einfließen. 1996 wurden erste Ausschnitte bei einem Berliner Lokal-Sender mit Live-Interviewpartnern diskutiert. Die Ihnen angebotene Fassung finden die meisten Zuschauer seit über einem Jahr gut und verständlich, deshalb wird sie von Sebastian Schöck und dem Redaktionsteam mit Annette Ochs und Diederik van Bemmelen, guten Gewissens der Öffentlichkeit empfohlen. Im Moment bearbeitet Sebastian Schöck die englische Fassung von "People Have The Power..." und sucht Unterstützung für die Übersetzungen in möglichst viele Sprachen. Er hat viele Folgefilme bereits angedacht und vorbereitet. Hierfür hat er ein Archiv angelegt, in dem sich über 70 Stunden Interviewmaterial mit 45 Experten aus Kultur, Politik und Wirtschaft in TV-Qualität befinden.

Annette Ochs hat mit seiner Unterstützung den Kurzfilm "Stumm oder Stimmen" über die Startaktion zur Einführung der Volksabstimmung auf Bundesebene gemacht. Zur Zeit arbeitet sie an einer ausführlichen Reportage über direkte Demokratie in deren Mittelpunkt Johannes Stüttgen, Brigitte Krenkers und Claudine Nierth stehen. Sie sucht nach Menschen, die die öffentliche Diskussion dieses Themas so wichtig finden, dass sie die Entstehung dieses Films mitfinanzieren.

Filminhalte

In "People Have The Power ..." werden Wirtschaft, Rechtliches und Kultur in drei getrennten Kapiteln behandelt. Diese Bereiche

werden so dargestellt, dass in ihnen jeweils ein Prinzip oder Code wirkt. Es ist aus dieser Sicht verwirrend und lähmend, wenn sich ein Bereich in die anderen ausbreitet oder die Prinzipien sich vermischen.

Im Film werden Begriffe, wie zum Beispiel 'Nationalstaat' und 'Selbstbestimmungsrecht der Völker' (Woodrow Wilson), als gefährlich dargestellt. In ihnen vermischen sich die rechtlich-politischen Grenzen mit den wirtschaftlichen und den kulturell-ethnischen Grenzen. So wirkt das 'Selbstbestimmungsrecht der Völker' explosiv auf die heute ethnisch durchmischten Vielvölkerstaaten, besonders deutlich in den Balkanstaaten, Israel ...

Einerseits wird das staatenbildende Recht behandelt, vor dem alle gleich sind - und das aus den Vereinbarungen zwischen Menschen besteht. Auf der anderen Seite wird die Volkszugehörigkeit als Angelegenheit jedes einzelnen Menschen angesprochen, der in Kulturfragen frei sein und sich selbstbestimmen will (z.B. Freiheit der Meinung, Presse, Bildung, Sprache, Religion). Und drittens wird das Prinzip der Solidarität in der Wirtschaft z.B. in der gegenseitigen Arbeitsteilung nachgewiesen und mit Runden Tischen der Beteiligten weitergedacht.

Weitere Themen von "People Have The Power..." sind Arbeitslosigkeit, und Zusammenarbeit in der Wirtschaft, Eigentum von Grund und Boden und Geld(schöpfung), sozialere umweltverträgliche Steuern und Grundeinkommen, kulturelle Selbstbestimmung und freie Bildung. Auch direkte Demokratie wird vorgestellt und im Kurzfilm "Stumm oder Stimmen" wird der Start der Kampagne "Menschen für Volksabstimmung" dokumentiert, die eine dreistufige Volksgesetzgebung vorschlägt.

Öffentliche Diskussion

Der Menschheit stehen dringende Fragen ins Haus: Wie wollen wir in Zukunft unsere Erde und unser Zusammenleben gestalten? Die Mitarbeiter der Agentur für Alternativen gehen davon aus, dass unabhängige, Filme über Selbstorganisation eine öffentliche Diskussion auslösen können. An der Entstehung dieser Filme sollten die Konsumenten, die Zuschauer beteiligt sein. Es könnten Themen wie die Ökologiefrage und die Frage nach einem würdevollen Leben aller Menschen, in Ost, West, Nord, Süd behandelt werden. In unabhängigen Filmen könnten Anbieter auch aus der dritten Welt sich vorstellen und von selbstverwalteten Agenturen nach dem Runden-Tisch-System mit Nachfragern vernetzt werden. Hierzu wollen wir ein Warensiegel gründen, das Prüfung auf nachhaltig erzeugte biologische Qualität, hohe soziale Standards und eine Abgabe an das freie Geistesleben garantiert. Letzteres stellt durch Bildung und Forschung die Produktionsmittel und das Gesundheitswesen bereit. Die Agentur für Alternativen möchte über folgende Fragen eine öffentliche Diskussion anregen:

Welcher Begriff von Unternehmen müsste entwickelt werden, um selbstbestimmte Arbeit finanziell zu ermöglichen? Wie könnten die hierzu benötigten Geldflüsse demokratisch gelenkt werden? Welche neuen Arbeitsplätze würden entstehen und welche müssten umgewandelt werden? Wie können die Bedürfnisse jedes Menschen befriedigt werden? Wie kann die Entwicklung der Fähigkeiten jedes Menschen unterstützt werden, ausgehend von der Frage: "Was will ich wirklich, wirklich?". Was würde geschehen, wenn diese Fähigkeiten als das Kapital der Menschheit verstanden werden würden? Würde dies eine Infragestellung des kapitalistischen Geldbegriffs und all der anderen Begriffe wie Demokratie, Freiheit, Menschheit usw. bewirken?

Wie können öffentlich die innovativsten Ideen zu Sachfragen eingebracht und von den jeweils Betroffenen besprochen, eingesehen und entschieden werden?

Agentur für Alternativen

Sie können an der Agentur für Alternativen mitgestalten - als Anbieter und Nachfrager, Ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechend. Die Agentur könnte über Internet und andere Medien als zukünftiger Unternehmer selbständige Agenten koordinieren und vernetzen. Dadurch könnten bestehende Machtverhältnisse mehr und mehr ignoriert werden. Dazu können unsere Filme als Werkzeuge oder Fahrzeuge eingesetzt werden. Mit deren Anregung können Sie Ihre ganz konkrete Situation aus drei Gesichtspunkten heraus analysieren, am besten in kleinen Gruppen, in Schul- und Erwachsenenbildung oder Unternehmen. Zu empfehlen ist, nach jedem Kapitel von "People Have The Power..." innezuhalten und ins Gespräch zu kommen. Dabei kann eine neue Perspektive der Verhältnisse, die der Entwicklung Ihrer Fähigkeiten und der Befriedigung Ihrer Bedürfnisse im Wege stehen, gefunden und selbstgesetzte, mit anderen vernetzte Handlungsaspekte entwickelt werden. Die Agenten für Alternativen vermitteln Ihnen gerne kompetente Gesprächspartner in Ihrer Nähe und senden auf Anfrage Literaturlisten zu. Sie sind sehr an einem Austausch über die Filme und über die zur Diskussion gestellten Fragen interessiert.

Möchten Sie durch Ihre Spende zum Mitproduzenten der Filme werden und/oder Ihre Ideen und Vorschläge dazu einbringen? Möchten Sie den Aufbau der Agentur oder des Warensiegels unterstützen? Auch hierfür laden wir Sie ein, sich an der Ideenfindung zu beteiligen. Die Agentur verfolgt gemeinnützige Zwecke; die Zielgruppe ist die Menschheit; Sie können Ihren Beitrag zur Selbstorganisation von den Steuern absetzen.

..... Exemplar(e) von:
"People Have The Power..." à 25,50 €

..... Exemplar(e) von:
"Stumm oder Stimmen" à 10 €

Ihre Spende für:

- die Fertigstellung der Übersetzungen €
- die Weiterentwicklung der Agentur für Alternativen €
- die Gründung des Warensiegels €
- weitere Filme, zu denen Sie folgendes Thema / Interviewpartner, Sich selbst vorschlagen

..... €

Ihr Beitrag:

- zu den Filmen, der Diskussion, der Agentur für Alternativen
- als Anbieter von Fähigkeiten
- als Nachfrager aus Bedürfnis/Interesse.

.....

Bankverbindung: an Agentur f. A., Berliner Spk., Kto.nr. 240243889, BLZ 10050000
Für gem. Spenden: an Gemeinnützige Treuhandstelle in Ostdeutschland e.V. GLS Gemeinschaftsbank e.G., Kontonr. 22968110, BLZ 43060967 mit Verwendungszweck: Filmprojekt Dreigliederung, Agentur für Alternativen

Das

Initiativkonto

*für selbstbestimmtes Handeln durch
Gegenseitigkeit*

ist ein künstlerisch-sozialer Versuch auf dem Weg der Herausbildung des dreigliedrigen sozialen Organismus. Die z. Zt. etwa 30 Mitglieder haben sich zur überregionalen Initiativkonto-Gemeinschaft zusammen gefunden, die ein gemeinsames Konto bei der GLS-Bank führt (KtoNr. 14 281 800 / BLZ 430 609 67).

Vierteljährlich bietet ein Stichtag die Möglichkeit, Projekte vorzustellen und wahrzunehmen; jedes Mitglied erhält die beim Treuhänder eingereichten Projektdarstellungen per Post zugeschickt; neben der konkreten finanziellen Unterstützung können so vielfältigste Anregungen, menschliche Bezüge und Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit entstehen. Jedes Mitglied kann in freier Initiative zu Initiativkonto-Treffen einladen. Ein unregelmäßig erscheinender I.K.-Rundbrief bietet ein weiteres Forum zur Kommunikation.

Jedes Mitglied verfügt über den gleichen Anteil am Gesamt-Kontostand. Über die eingebrachten Initiativen werden also keine Mehrheitsentscheidungen getroffen, sondern jedes Mitglied entscheidet (im Laufe eines Monats) über die Verwendung des eigenen Anteils: Der Förderbetrag für die einzelne Initiative ergibt sich jeweils daraus, wieviel Geld ihr aus den Anteilen zugewiesen wird. Nicht vergebene Anteile fallen dem Konto und damit dem nächsten Stichtag zu.

Für die Mitglieder heißt diese Vorgehensweise, daß die in heutigen Parlamenten übliche Übergehung von Minderheiten durch oftmals fragwürdige Mehrheitsentscheidungen wegfällt. Auch ist durch die stets gleichen anteiligen Verfügungsrechte jeder Vetternwirtschaft der Boden entzogen. Nur die Rechtsrahmen-Bedingungen werden mit demokratischer Mehrheit ermittelt. Auch ist die von der Gemeinschaft beauftragte Treuhandschaft jederzeit abrufbar. Alle das Initiativkonto betreffenden Informationen stehen allen Mitgliedern in gleicherweise transparent zur Verfügung. Grundsätzlich ist die Gemeinschaft für jeden Menschen offen. Dass es nur 15 Euro monatl. Mindestbeitrag sind, kann als bewußter Akt der Offenheit und als Motivation angesehen werden, die Gemeinschaft beweglich zu erhalten; wobei es jedem Mitglied selbst überlassen bleibt, seine eigene Möglichkeit und Beteiligungsbereitschaft einzuschätzen. So fließen auch über den Mitgliedsbeitrag hinaus gehende Spenden in's Initiativkonto, die jedoch unmittelbar in die anteilige Verfügung aller Mitglieder übergehen.

Damit ist die Funktion des Initiativkontos skizziert. Es ist ein Versuch, einen lebendigen, selbstverwalteten und freiheitlichen Initiativ-Zusammenhang zu bilden, um sich immer mehr auch konkret wirtschaftlich-assoziativen Prozessen zu nähern; was nichts anderes heißt, als die Geldströme der Gesellschaft durch die Bildung von "Herzorganen" in die Wahrnehmung zu rufen - um ihnen eine bewusst-menschliche Dynamik zu verleihen.

Näheres:

www.initiativkonto.net

Thomas Brunner
Britzweg 51
24111 Kiel
Fon/Fax: 0431-690073
votiv@web.de

Aufruf zur Förderung eines wahrhaft freien Geisteslebens

Thomas Brunner, 26. Dezember 2001

„Du räumst dem Staate denn doch zu viel Gewalt ein. Er darf nicht fordern, was er nicht erzwingen kann. Was aber die Liebe gibt und der Geist, das lässt sich nicht erzwingen. Das lass er unangetastet, oder man nehme sein Gesetz und schlag es an den Pranger! Beim Himmel! Der weiß nicht, was er sündigt, der den Staat zur Sittenschule machen will. Immerhin hat das den Staat zur Hölle gemacht, dass ihn der Mensch zu seinem Himmel machen wollte.“ Friedrich Hölderlin / Hyperion

„Die Dreigliederung ist etwas, das ja einfach aus dem natürlichen Zusammenleben der Menschen folgt. Man kann dieses natürliche Zusammenleben der Menschen fälschen, indem man, wie es zum Beispiel in der neueren Geschichte der Fall gewesen ist, die Eigentümlichkeiten des einen Gliedes, des rechtlich-staatlichen Gliedes, auf die beiden anderen ausdehnt. Dann werden einfach diese beiden anderen Glieder korrumpiert, weil sie nicht gedeihen können, so wie jemand nicht gedeihen kann, wenn man ihm ein ungenügendes Gewand anzieht, das ihm zu schwer ist oder dergleichen.“ Rudolf Steiner

Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre sprechen eine deutliche Sprache: durch die mit den neuen Medien einhergehende Globalisierungstendenz der Wirtschaft, sind alle Lebensbereiche weitreichenden Wandlungen unterworfen. Nicht nur das Verhältnis des einzelnen Menschen zur Gesellschaft, sondern auch die Aufgabe des Staates hat sich verändert: viele Bereiche ehemals staatlicher Verwaltung gehen notwendiger Weise in die Verantwortung der BürgerInnen über. Diese Notwendigkeit zeigt sich insbesondere in der enormen Staatsverschuldung und den ihr gegenüberstehenden, nie in dieser Dimension dagewesenen, Privatvermögensbildungen. Da aber immer noch Politik-Vorstellungen des 19. Jahrhunderts herrschen und mit tauschwirtschaftlichen Begriffen umgegangen wird, die längst der Komplexität der modernen arbeitsteiligen Weltwirtschaft nicht mehr gerecht werden, ist eine schwerwiegende soziale Schieflage entstanden („Laut dem Armutsbericht hat sich die Kluft zwischen Reich und Arm vor allem bei den Einkommen weiter vergrößert. Insgesamt wird das Privatvermögen [in der BRD] auf 8,2 Billionen DM beziffert. Dabei konzentrierten sich im Westen 42 Prozent und im Osten sogar 48 Prozent des Privatvermögens auf zehn Prozent der reichsten Haushalte. Umgekehrt mussten sich die untere Hälfte der Haushalte mit 4,5 Prozent des Vermögens bescheiden.“ Kieler Nachrichten, 26. April 2001).

Doch diese Schieflage ist eben im Grunde nur die logische Konsequenz der modernen Geldwirtschaft, die den einzelnen Menschen in ein anonymes und abstraktes Verhältnis zum sozialen Leben führt, selbst aber kein „Gerechtigkeitsregulativ“ in sich trägt. Dass diese „Liberalisierungs-Tendenz“ der High-

Tech-Wirtschaft (in ihrer systemimmanent-gewinnorientierten Kombinatorik) so verheerend und verelendend zu Tage tritt, ist wiederum nur die Folge davon, dass die latent vorhandene soziale Frage zu lange fast ausschließlich als politisches Struktur Problem behandelt wurde (so als ginge es nur um die noch zu entdeckenden „richtigen Spielregeln“ fürs „gesellschaftliche Monopoly“).

Obwohl mittlerweile z.B. das moderne „Phänomen Arbeitslosigkeit“ längst wissenschaftlich in seinem Zusammenhang mit Produktivitätssteigerung und wirtschaftlicher Globalisierung dargelegt ist (siehe z.B. Jeremy Rifkin, „Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“, Frankfurt/M. 1995; Hans Peter Martin, „Die Globalisierungsfalle“, Reinbek 1996; Viviane Forrester, „Der Terror der Ökonomie“, Wien 1997), wird immer noch so getan, als handle es sich hierbei nur um ein (partei-)politisch in ein paar Jahren eindämmbares Problem. So wird auf der einen Seite von politisch zu beseitigender „Arbeitslosigkeit“ geredet (als ob es Arbeitsmangel gäbe), wobei andererseits viele gesellschaftliche Bereiche (Erziehung, Gesundheitswesen, Landwirtschaft etc.) faktisch unterversorgt bleiben. Solche Überbewertungen der politischen Möglichkeiten kaschieren nur, dass die Güte der sozialen Kultur nicht von irgendwelchen Mechanismen abhängt, sondern davon, ob überhaupt in lebendigen Zusammenhängen gedacht und empfunden wird - die gegenwärtige Krise also vor allem auf einen Bildungsnotstand und eine Schwächung sozialer Verbundenheit hinweist. Immer deutlicher zeigt sich, dass der Staat als „Bildungs- und Kultur-Veranstalter“ diese Aufgabe nicht leisten kann, „Schulbildung“ immer mehr zur ausschließlichen Vermittlung von Fachwissen verengt wird (unter zunehmendem Einfluss der Wirtschaft) und Kultur immer mehr zum Massenspektakel oder elitären Firlefanz verkommt.

„Spezialwissenschaften, nur für sich genommen, sind Todes und Vernichtungsarten, ja sogar Todes und Mordarten.“ Dieser dramatische Satz des Philosophen Immanuel Hermann Fichte, gibt die katastrophale Auswirkung des heutigen (staatlichen, verbeamteten oder sonst wie institutionalisierten) Wissenschaftsbetriebes für das soziale Leben wieder. Viele bedeutende Denker, Künstler und Wissenschaftler haben diese Zusammenhänge zu thematisieren versucht, alles Persönlichkeiten, die heute zumeist in ihren Aussagen verharmlost, an den Rand gedrängt, verketzert oder verleumdet werden: Friedrich Schiller, Wilhelm von Humboldt, Max Stirner, Friedrich Nietzsche, Rudolf Steiner, Heinrich Böll, Joseph Beuys etc.

Das Kultur- und Bildungsleben selbst scheint noch selbstbegrügt zu schlafen. Zwar spürt man nun langsam auch hier, dass sich die Lage zuspitzt, doch wagt man noch kaum den Schritt in echte Selbstverwaltung und -Verantwortung, sondern erliegt zumeist nach wie vor der anachronistischen Denkgewohnheit: „Papa Staat“ habe die Aufgabe, das Bildungswesen zu finanzieren. Obwohl die staatliche Subventionspolitik gerade erst wieder durch die BSE-Krise in ihrem - das soziale und natürliche Leben manipulierenden - Charakter zu Tage getreten ist, will man noch kaum erkennen, dass die Bildungsfrage keine „bildungspolitische“, sondern die zentrale Aufgabe der *Zivilgesellschaft* ist. So wenig heute schon die allgemeinbildenden Schulen (gleichwie die scheinautonomen Schulen in „freier Trägerschaft“) von wirklich freien Initiativ-Schulen abgelöst werden können, so ist es doch schon möglich in individuellen (institutionsübergreifenden) Bezügen und offenen Gemeinschaftsbildungen dem Rein-Menschlichen das notwendige Interesse zukommen zu lassen. Im Rahmen der

internationalen Menschenrechtsbewegungen ist mittlerweile ein Bewusstsein für die Gefahren einer „elitären Globalisierung“ (Nicanor Perlas) erwacht und der Begriff der „Zivilgesellschaft“ als neuer selbstverwalteter „Verantwortungsträger“ gewinnt an Boden, nur wird auch hier zumeist noch zu einseitig auf eine politische Behebung der Missstände gehofft. Das aber, was der Mensch unmittelbar aus sich hervorbringt, aus seiner Kultur, aus seinen geistigen Quellen, das kann sich in seiner Klarheit und Tiefe nur äußern, wenn es nicht durch staatliche oder wirtschaftliche Interessen deformiert wird. Ein neues Aufblühen nationalstaatlicher Kulturambitionen (wie sie seit neuerer Zeit von rechter und linker Seite wiederum zu hören sind) machen erschreckend die gegenwärtige politische Bewusstseinslage deutlich. Nicht die Stärkung nationalstaatlicher Egoismen kann die Antwort auf die Globalisierung sein, sondern nur ein freies Kultur und Bildungsleben, dass aus seinen eigenen Impulsen den globalen sozialen Ausgleich anstreben wird; denn es geht nicht nur um irgendwelche Wohltätigkeitsgesten, die doch sehr häufig nur das Alibi für mangelndes Menschen-Interesse sind.

Es ist an der Zeit zu erkennen, dass es eines Geisteslebens bedarf, das sich nicht in Argumenten für parteipolitische oder wirtschaftliche Lösungen der sozialen Probleme erschöpft, sondern eine wirkliche Erkenntnis der Ursachen anstrebt, d.h.. eine Erkenntnis des menschlichen Wesens im weitesten Sinne. Ein *wahrhaft freies* Geistesleben besagt gerade, dass es keine programmatisch festzuschreibende „eine Wahrheit“ für das soziale Leben geben kann, sondern nur in der permanenten - individuellen - Bemühung um die Voraussetzungslosigkeit des Erkenntnisprozesses seinen Ausdruck finden kann, um sich immer wieder neu im Gespräch den Aufgaben des sozialen Lebens widmen zu können. Diese Voraussetzungslosigkeit wird aber kaum erreicht, wenn z.B. die neuzeitliche These von der angeborenen Egoität des Menschen dogmatisch als wissenschaftliche Tatsache angenommen wird, und somit nicht der individuelle Mensch in seiner Erkenntnisfähigkeit gefördert, sondern Gruppeninteressen und Nationalismen geradezu hervor gerufen werden.

Es ist nicht unrealistisch davon auszugehen, dass ein von staatlichen und wirtschaftlichen Interessen befreites und - bis in die Finanzierung hinein - von freier Initiative und Kooperation

getragenes Geistesleben der Gesellschaft belebende und gestaltende, Demokratie fördernde und wirtschaftlich-sozial ausgleichende Impulse geben wird; - anstrengend wird es allerdings sein, im Rahmen der gegebenen Zivilisationsgewohnheiten, ein solches Geistesleben zu realisieren. Diese Anstrengung wird mit diesem Aufruf gewollt!

Jeder Mensch, der die Kernaussage dieses Aufrufes unterstützt ist zur Zusammenarbeit eingeladen. Die Möglichkeiten der Mitwirkung sind vielfältig:

- *Mitunterzeichnung* des Aufrufs
- *Verbreitung* des Aufrufs
- Jede Form wahrhaft freier *Initiative*
- *Kapitalbildungskonferenz* (das Vermögen sind die *Erkenntnisse und Fähigkeiten* der Menschen)
- *Transparenz und Netzwerkbildung*
- *Spenden* zur Veröffentlichung des Aufrufs in den Medien, zur Durchführung freier Vorträge, Seminare, Runder Tische, Forschungsprojekten, Organisation von Kommunikation in allen Feldern etc.
- *Ethischer Individualismus* - statt „ethischem Investment“! Die Gelder sollen möglichst nicht anonym „ethischen Zwecken“ zugeführt, sondern in individuellen Bezügen anvertraut werden. (Geld als Veranlasser von Initiative anzusehen widerspricht dem Selbstverwaltungsprinzip des Geisteslebens, wohingegen das Gemeinnützigkeitsprinzip als das eigentliche Wirtschaftsprinzip erkannt werden kann. Der Bedarf freien Geisteslebens kann also nicht erkaufte oder programmatisch in seinem Inhalt festgelegt werden, sondern nur durch transparente Zusammenschau individueller Impulse und daraus folgender individueller Freistellung befriedigt werden. Freie Initiative bedarf also grundsätzlich der Schenkung. In der konkreten Zusammenarbeit werden rechtliche Vereinbarungen zur Verwaltung und Investition des Schenkungsgeldes getroffen werden können).
- Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten, Produktionsmittel, wirtschaftliche Assoziation, etc.

„Nicht das in einem bestimmten Zeitpunkte geborene < Ich > soll zu uns sprechen, sondern die Ichheit, auf deren Grund sich < die Besonderheit der Individualität > erst entwickelt.“ Rudolf Steiner

Für Ende April ist eine größere Tagung in Kiel geplant:
„Goethes ‘Märchen von der grünen Schlange und der schönen Lilie’ und die Gegenwart“
(Näheres über T. Brunner)

Thomas Brunner, Britzweg 51, 24111 Kiel, Fon/Fax 0431-690073, votiv@web.de, www.Initiativkonto.net, www.Atelier-Theater.de

Ulrike Novatschkova, Kurzestr. 1, 14473 Potsdam, 0331-2006633

Marina Prüfer Rohner, Kyffhäuserstr. 16, 10781 Berlin, Fon/Fax 030-2167597, mpruefer@snafu.de, www.mehrrart.de, www.roterteppich.de

Diana Maria Sagvosdkina, Schwarenbergstr. 71, Fon/Fax 70188 Stuttgart, 0711-282338, www.bewegungsChiffren.de

Albrecht Walter, Vorkampsweg 168, 28359 Bremen, Fon/Fax 0421-235742, www.casilia.de

Thomas Keil, Scheidenbachstr. 23, 02689 Sohland, 0359/3637786

Phillip Tock,

Steuerrecht und Gesellschaftsordnung Zum Reformprozess im Steuerwesen (Auszug aus die Drei 2/2001)

Unser Steuerwesen kommt gegenwärtig aus dem Tritt. Dass es sich hierbei nicht um ein zufälliges Unglück handelt, sondern um einen Webfehler im System, wird an aktuellen Problemstellungen in Deutschland deutlich gemacht, die zugleich weitgehend typisch für die Lage in Europa und darüber hinaus sind. Es geht dabei um die Frage, welches Steuersystem den gesellschaftlichen Entwicklungsaufgaben am gerechtesten wird: die gegenwärtig überwiegende Einkommensbesteuerung oder eine konsequente Ausgabenbesteuerung?

Misstände und Missgriffe

Die Steuereinnahmen auf dem Gebiet der Ertragssteuern sind in den letzten Jahren in erheblichem Umfang weggebrochen; mit nur schlecht als solchen getarnten Ersatzsteuern - sie werden derzeit der besseren politischen Akzeptanz halber oft als »Ökosteuern« offeriert - wird u.a. staatlicherseits der Ausgleich gesucht (- sonst müsste man ja tatsächlich sparen!) . Man möchte darüber hinaus, um wenigstens scheinbar ein Stück des Alten zu retten, die im internationalen Geld- und Kapitalverkehr schwer fassbaren Erträge aus allen möglichen Geld- oder Finanzanlagen für die Besteuerung erhalten. Dies soll durch einen allgemeinen Quellensteuerabzug oder durch Meldepflichten der Steuerverwaltungen der Staaten untereinander für derartige Einkünfte jeweiliger Ausländer geschehen. Viel Glück dabei; es wird eine würdige Aufgabe für Sisyphus! Was man eigentlich tun sollte, unterbleibt dagegen. Man fragt sich nämlich kaum, ob das Auftreten der beklagten »Misstände« nicht vielmehr einen Systemfehler anzeigt, der eben diese Misstände immer aufs Neue erzeugen wird, wenn man das Problem nicht an der Wurzel - »radikal« - angeht.

Wer trägt denn die Steuerlast?

Für die Sachverhaltslage sollte man sich ganz klar vor Augen stellen: Steuern werden heute entweder im (privaten) Konsumbereich durch Abschöpfung von Kaufkraft (Lohnsteuer, Einkommensteuer etc.) erhoben oder im Wertschöpfungsstrom (Unternehmenssteuern von Ertrag, Gewinn, Vermögen etc.) selbst. Bei des wirkt letztlich auf den Konsumpunkt, d.h. auf den Vorgang des Übergangs geschaffener Werte in die gesellschaftliche Konsumsphäre - letztere identifiziert durch die an diesem Punkt bezahlten Preis- oder Wertgrößen. Die Mehrwertsteuer wartet dabei mit ihrem Besteuerungszugriff bis eine Leistung tatsächlich zustande gekommen, die gesellschaftliche Wertschöpfung beendet, der Konsumpunkt erreicht ist. Werden Steuern dagegen schon im Wertschöpfungsstrom - während der Produktion in der »Unternehmenskette« - erhoben, d.h.: von den Unternehmen, die an der gesellschaftlichen Wertschöpfung teilnehmen, gefordert und gezahlt, so sind (werden) diese Unternehmen gezwungen, alle Kosten, die ihnen entstanden sind oder entstehen (also auch die Steuern), in die Preise ihrer Produkte zu verrechnen. Wenn Steuern nicht mehr so verrechnet werden können, sind die Unternehmen am Ende. Sie wälzen Steuern also grundsätzlich weiter (ab) - und sie müssen dies tun. Zu Ende gedacht macht uns dies deutlich, dass alle Steuern letztlich vom Konsumenten getragen werden. Dieser kann sich eigentlich nur dafür

entscheiden, ob er diesen Tatbestand wissen oder ob er ihn nicht wissen will, ob er ihn sieht oder ob er ihn nicht sieht; die Tatsache selbst lässt sich nicht ändern. Bei allen Steuern, die als Kostenbestandteil der gesellschaftlichen Wertschöpfung von Unternehmen zu Unternehmen weitergewälzt werden, sieht er dies in der Regel kaum; nur bei der Mehrwertsteuer, die am gesellschaftlichen Konsumpunkt - und nach seinem Maße (Bemessungsgrundlage) - erhoben wird, sieht er die Last oder kann sie sehen. Sie wird hier auch am ehesten gesellschaftlich beurteilbar, weil man den »Nettowert« der Ware (oder Leistung) und die darauf anfallende Steuer leicht erkennen kann.

Deshalb: Konsumbesteuerung

Macht man sich dies einmal klar, so bemerkt man, dass je Besteuerung gesellschaftlich das Verhältnis von privatem Konsum einerseits zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben andererseits definiert, d.h., dass jede Besteuerung im Ergebnis den privaten Konsum zugunsten der öffentlichen Aufgaben einschränken muss. Besteuerung ist (war) wirtschaftlich der Sache nach - immer schon - Konsumbesteuerung. Sie wird nur zumeist nicht als solche verstanden und infolgedessen nicht als solche gestaltet und erlebt. Die Tatsache, dass die im Wertschöpfungsprozess anfallende Steuerlast immer an den (jeweiligen) Endkonsumenten weiterbelastet (verrechnet) wird, bedeutet - und das ist im Zeitalter der Globalisierung von Bedeutung - zugleich, dass die so erhobenen Steuern auch in allen grenzüberschreitenden Wertschöpfungsprozessen (Leistungen) über diese Grenzen - d.h.: in andere soziale Systeme, an andere fremde Träger - weitergewälzt werden. Dies hat unter weltwirtschaftlichen Bedingungen zur Folge, dass die inländische Steuerlast zunehmend dem ausländischen Abnehmer (oder beim Import die ausländische Steuerlast dem inländischen Endabnehmer) weiterbelastet und von ihm letztlich getragen wird. Früher blieben Steuerlasten, weil die grenzüberschreitende Wertschöpfung gering war, fast ausschließlich im eigenen Sozialsystem. Im Gegensatz dazu finanziert paradoxerweise der ausländische Abnehmer heute zunehmend die inländische Infrastruktur, d.h. er trägt unsere im Inland (nicht von ihm!) definierten öffentlichen Aufgaben und die dafür erhobene Steuerfinanzierung. Das bedeutet, wenn man - gleichsam »rückwärts« - diese Folge ins Auge fasst, dass dadurch die Position des Landes, das dies in hohem Maße tut, im internationalen Wettbewerb im Verhältnis zur Wirtschaft der Länder, die dies nicht im gleichen Maße so machen, die ihren Export also von (ihrer) inländischer Steuerlast möglichst freihalten, entsprechend geschwächt wird, dass das eigene Land also im Vergleich zu anderen Ländern Wettbewerbsnachteile hat, die es durch diese Regelung selbst erzeugt und selbst erleidet.

Im System der Mehrwertsteuer ist dagegen eine sinnvolle und systemimmanente Freistellung des Exportes (und entsprechend die Belastung des Importes) schon von vornherein angelegt. Diese Steuer greift nämlich erst beim inländischen Endkonsum einer Ware oder Leistung zu - ganz gleich, ob die jeweilige Leistung im Inland oder im Ausland (oder »teils - teils«) zustande gekommen ist. Für den internationalen Leistungswettbewerb ist diese Steuer ihrer Eigenart nach wettbewerbsmäßig immer neutral. - Zugleich lässt die Mehrwertsteuer alle inländischen Investitionen im Bereich des Wertschöpfungsgeschehens unbelastet, weil sie im Wertschöpfungsbereich grundsätzlich nicht anfällt, sondern erst am Ende des Wertschöpfungsgeschehens beim Verbrauch erhoben wird. Die Mehrwertsteuer fragt also einzig: Ist eine Leistung weltwirtschaftlich zustande gekommen und hat sie den

Übergang in den Konsum gefunden? - dann Besteuerung; hat sie diesen Übergang dagegen noch nicht gefunden, geht die Wertschöpfung weiter - keine Besteuerung (Technik: Vorsteuerabzug). Sie ist damit die erste Steuerart, die auf einen weltwirtschaftlich definierten Steuertatbestand abhebt und ausschließlich auf diesem beruht. Sie fragt nach individuellem Verbrauch, nicht nach geldlicher Verfügbarkeit.

Besteuerung als Teilungsvorgang begreifen

Wir haben uns mit Vorstehendem zwei grundsätzliche Einsichten vergegenwärtigt. Zum Ersten: Besteuern bedeutet immer, den privaten Konsum zugunsten der öffentlichen Hand einschränken. Zum Zweiten - das Gleiche positiv gewendet - Besteuern heißt immer: Die gesellschaftliche Wertschöpfung zwischen den Bürgern und den von ihnen selbst festgesetzten öffentlichen Aufgaben (ausgeführt durch die staatliche Verwaltung), die durch Steuern auch zu finanzieren sind, zu teilen. Jede Besteuerung teilt also - von ihrer Wirkung her gesehen - die gesellschaftliche Wertschöpfung der staatlichen Verwaltung zu oder belässt sie in der zivilen Verfügungsgewalt ihrer Bürger. Sie sollte in Zukunft daher auch als Teilungsvorgang, der sie ist, verstanden werden. Dann können die Bürger an diesem Teilungsvorgang mitwirken und werden an dem, woran sie selbst mitgewirkt haben - die Bestimmung des Umfangs der öffentlichen Aufgaben - auch zur Lastentragung bereit sein. Nur so wird bewusst, dass wir mit Hilfe der Steuererhebung die von uns selbst gestellten Aufgaben gemeinsam umsetzen. Wir lassen also, um es grundsätzlich zu sagen, mit der Umsetzung unseres verfahrensmäßig ausgestalteten Gemeinschaftswillens den Geist des sozialen Ganzen real unter uns leben - und begreifen dies jetzt auch. Die alte Besteuerung machte dies für die Beteiligten nicht deutlich genug, verhüllte es womöglich noch und führt bewusstseinsmäßig dahin, dass sich der Einzelne immer mehr isoliert empfindet und sich infolgedessen der ihm fremden Steuerlast - zulasten seiner Mitbürger - entziehen will. Er empfindet sich noch nicht mehr? - als Glied des Ganzen.

Dieser sich dadurch vom Leben des sozialen Ganzen sich zunehmend isolierende Wille des Einzelnen wird dabei als selbstbezogene »Steuerlenkungsmasse« von fiskalisch denkenden Behörden und Parlamenten ergriffen und entsprechend als Lenkungsmittel »genutzt«. So entstehen - am Gängelband angeblicher »Steuervorteile« zum Beispiel - die vom Gesetzgeber bewusst geschaffenen Steuerschlupflöcher« aller Art. Sie sollen - ihrem Sinne nach dazu dienen, die wirtschaftlichen Aktivitäten des Einzelnen in eine staatlich erwünschte Richtung zu lenken. Der - geförderte - Egoismus des Einzelnen macht ihn in seinen Intentionen für den Staat lenkbar. - In ähnlicher Art wird die ganze kaufmännische Rechnungslegung dadurch, dass die Jahresabschlussergebnisse der Unternehmen aus dem geschilderten Denkansatz (»Was hast du verdient? Wie hoch ist dein Gewinn?«) zugleich als Steuerbemessungsgrundlage dienen, verfälscht. Es wird bei der Bilanzierung in den Unternehmen in großem Umfang nicht mehr richtig bewertet, weil jede solche Bewertung »Steuern kostet«; nur zu rasch und nur zu leicht steht einer sinnvollen Bewertung eine »steuersparende« Unterbewertung gegenüber, die die eigentlich fälligen Steuerfolgen vermeidet oder (wenigstens) hinausschiebt. Daraus folgt, dass der steuerauslösende »Gewinn« zwar gemacht, aber dennoch (zu- nächst) nicht gezeigt werden soll; daraus folgt weiter, dass die Ertragsteilung (lat.: dividere = teilen) im Unternehmen nicht als ein vernünftiger Vorgang der Konsensbildung für diese Teilung des verfügbaren Ertrages (»Dividende«) unter den beteiligten Gesellschaftern erlebt und

gestaltet wird. Das Bilanzsteuerrecht degeneriert zum Leitfaden (legaler) Steuerverkürzung. Ein Gewinn (-anteil) wird von den Unternehmen nur noch »ausgeschüttet« (wie an einen Fremden), nicht wie unter Beteiligten, wie unter »Anteilseignern« »geteilt«. Das auf Konsens angelegte Gesellschaftsrecht leidet unter solcher steuerlichen Verfälschung der Rechnungslegung. Dagegen zieht - aus Unternehmenssicht - das fremdorientierte »Shareholder-Value«-Denken in Unternehmen und in das Sozialverhalten ein und verdrängt das unternehmensbezogene »Anteilnehmen« der Gesellschafter am Schicksal ihres Unternehmens. Das eigentlich erforderliche Weltbild einer menschlich-sozialen Gesellschaft - das Unternehmen ist ja ein »soziales System« - verdünnt sich zunehmend zu einer rein ökonomischen »Geldflussrechnung«.

Wie sieht der Weg der Umgestaltung aus?

Wir haben im Vorangehenden Richtung und tragende Gründe für die erforderliche Umgestaltung und für das notwendige Umdenken im Bereich unseres Steuerwesens aufgezeigt. Der gegenwärtige Wettbewerb (»Wettlauf«) der Steuersysteme und der ihn begleitende Abbau der Ertragsbesteuerung zeigt, dass der aufgezeigte Weg de facto bereits beschränkt wird - auch wenn dies systematisch nicht zielorientiert genug geschieht und das Ganze noch nicht von zureichendem Verständnis begleitet ist. Die erzwungene oder einsichtsvolle Rücknahme der Besteuerung auf dem Gebiet der Ertragsbesteuerung - beginnend mit der Senkung der (Spitzen-) Steuersätze der Einkommen- und Körperschaftssteuer etc. regt, wenn sie zuverlässig gestaltet wird, zu Investitionen im Inland an, weil die aus ihnen folgende Wertschöpfung nicht in kontraproduktiver Weise mit vermeidbaren steuerlichen Kosten belastet wird und dadurch effektiver sein kann (nicht unnützlich preislich »aufgebläht« wird). Da jede Besteuerung am Ende sowieso nur das Ausmaß (Verhältnis) der Teilung des Wertschöpfungsergebnisses zwischen Staat und Bürgern regelt, bedeutet dies Klarheit für die Leistungsentfaltung im Wertschöpfungsgeschehen. - An den Orten, an denen Investitionshindernisse abgebaut werden, wird folglich auch investiert und Beschäftigung (im Inland) gehalten und/oder geschaffen. Wo solche Beschäftigung im Inland gefördert wird, leben Menschen - und dort wird infolgedessen auch konsumiert. Konsum hat aber zusätzliches Steueraufkommen zur Folge; denn durch die Schwerpunktverlagerung der Bemessungsgrundlage wird dieses Steueraufkommen breiter und fundierter (Prinzip des »flat tax«-Gedankens). Damit schließt sich der Kreis: Der scheinbaren Steuerzurücknahme steht ein wachsendes Steueraufkommen an anderer Stelle gegenüber. Die Umstellung des Steuerwesens führt also nicht dazu, dass die inländische Steuerquote insgesamt schrumpft, sondern sie führt vielmehr dazu, dass das Steuerwesen mehr und mehr als gesellschaftliches Teilungssystem, das der Beurteilung der Menschen im Inland unterliegt und von ihnen getragen werden muss, verstanden werden kann. Das Steuerwesen wird demokratisch gestaltbar und assoziativen Gestaltungsansätzen zugänglich. Es lohnt sich also, das Ruder herumzuwerfen!

»Umwertung aller Werte«, Umsteuern im Recht

Der von den Tatsachen geforderte - und von uns nur langsam verstandene, aber real bereits im Gang befindliche - Umgestaltungsprozess unseres Steuerwesens führt somit zugleich zu einer Neuaufdeckung des Sinngehaltes menschlichen (sozialen) Lebens. Das zeigt sich an ganz simplen Sachverhalten wie z.B. an der sozialen Bewertung und Behandlung der »Schwarzarbeit«. Diese Schwarzarbeit gibt es im

angesprochenen Sinne nur in Geldeinnahme- oder Geldeinkünfte-Besteuerungs-Systemen, da in diesen das nominelle Geldeinkommen als steuerliche Bemessungsgrundlage für diesen Besteuerungszugriff dient. Solche Systeme müssen die Schwarzarbeit folglich zunehmend kriminalisieren (ohne sie im Zeitalter virtueller Kommunikationsverfahren verhindern zu können!). Im reinen Konsumsteuersystem gibt es dagegen gar keine Schwarzarbeit mehr, weil die Leistungsentfaltung überhaupt nicht besteuert werden wird. Jeder soll durch seine Leistungen so viel Geld verdienen, wie er kann oder will (genauer: wie andere ihn »honorieren«) - damit ist zunächst eben noch gar nichts darüber ausgemacht, wie er später auf die gesellschaftliche Realität durch Geldausgaben Einfluss nehmen wird. Investiert er sein (»sauer verdientes«) Geld, so bleibt er zunächst - sinnvollerweise unbesteuert; verbraucht er, gibt er sein Geld aus, so wird er zur anteiligen Finanzierung des gesellschaftlichen Ganzen herangezogen (Konsumsteuer) und leistet seinen erforderlichen Steuerbeitrag - wie alle anderen aus diesem Anlass. Die Leistung für andere - letztlich: das Leisten füreinander - wird zum geförderten und verstandenen Normalfall. Die gesellschaftliche Illusion einer Einkommenserzielung durch bloßes Geldverdienen (Nominaleinkommen) löst sich auf; sie führte durch ihre Folgewirkungen (Lohnsteuerabzug, Einkommensteuer etc.) - nur zu Belastungen, zur sozialen »Vergiftung« des Wertschöpfungsstromes durch weitergewälzte, die Relationen des Füreinandertätigseins »vernebelnde«, verdeckte Steuerkosten im Preisausdruck der Wertschöpfung; das wirtschaftliche Füreinandertätigsein wird durch die preisliche Aufblähung der Wertschöpfung für das gesellschaftliche Bewusstsein »unanschaulich« und assoziativ daher schwer gestaltbar.

Im Konsumsteuersystem dagegen schauen wir auch bewusst an, dass wir im wirtschaftlichen Leben immer füreinander tätig sind, dass Wirtschaften nicht »Geldverdienen« heißt, sondern vielmehr: das Füreinandertätigsein der Menschen zu organisieren, ihm geordnete Gestalt zu geben. Letzteres ist aber der wirkliche Inhalt alles Wirtschaftens; das Abheben auf die Motive der Menschen - egoistisch oder altruistisch - ist dabei zweitrangig; besser: entwicklungsfähig. Auch ein egoistischer Gauner, der für andere leistet, leistet eben für andere. Er kann im Laufe der Zeit seine Motive verbessern- und er leistet immer noch für andere. Nicht die Motive seines Handelns machen seine Leistung (jedenfalls nicht allein) wertvoll, sondern das, was bei seinem Tätigsein als Ergebnis (Leistung oder Ware) für andere herauskommt. Zu diesem Ergebnis kann natürlich auch die moralische Verfassung der Leistenden gehören oder dabei zumindest eine Rolle spielen! Wir lernen also durch diese neue Aufmerksamkeit die soziale Realität wirklichkeitsgerechter anzuschauen, nicht: in Illusionen eines einzelindividuellen »Robinson-Crusoe-Bewusstseins« fortwährend zu schweben. Denn mit Letzterem treten wir uns, sachlich gesehen, lediglich selbst auf die Füße. Wir produzieren Wohlstandsverluste und lassen die volle Leistungskraft der Menschen, die ihrer eigenen Entwicklung gut tut, nicht zur Entfaltung - und damit zu eigenem Wachstum - kommen.

Wer steuert um?

Die entscheidende Frage, die wir uns jetzt stellen müssen, ist die Gleiche, die sich Politiker jeden Tag stellen: Können wir die Menschen von unserem Ansatz überzeugen? Werden sie verstehen, dass dieser Umgestaltungsprozess für das Ganze sinnvoll und damit auch für den Einzelnen wohlwollend ist? Wie bilden wir unser aller Bewusstsein für die Sozialität so aus, dass

wir die Dinge richtig sehen lernen? Anders formuliert: »Wie erlangen wir Erkenntnisse der sozialen Welten?« Als Politiker fragt man oft genug auch: Wie entwickle ich das Verstehen der Menschen so rasch, dass ich bei der nächsten Wahl wiedergewählt werde? Diese Frage erklärt allerdings zugleich, warum der ganze Prozess so langsam voranschreitet. Aber er läuft gegenwärtig wenigstens in die richtige Richtung und nicht rückwärts. Wie also lernen wir, die Menschen zu überzeugen, dass das Ruder im Steuerwesen so rasch wie möglich herumgeworfen werden muss?

Wer auf diesem Prozess in der erforderlichen Richtung voranschreitet und ihn damit zugleich entwickeln hilft, der fördert nicht nur die soziale Entwicklung der Gesellschaft, er fördert auch die Entwicklung des Einzelnen. Denn unser Ich braucht Aufgaben zum Tätigwerden, die ihm zugleich als Entwicklungsfeld - oder Entwicklungsweg - dienen. Es geht also bei der Umstellung des Steuerwesens um eine zentrale menschliche Aufgabe: die Bewusstseinsentwicklung für die Sachverhalte der sozialen Welt. Deren Sachverhalte gehören eben nicht der sinnlich-physischen Welt allein an, wenn sie auch in diese hereinragen und sich in ihr verwirklichen müssen. Es sind Sachverhalte des Verhältnisses von geistigen Wesen - von Menschen - zueinander. Für diese geistigrealen Strukturen in den sozialen Verhältnissen haben wir oft zu wenig Bewusstsein entwickelt. Und um die insoweit heute nötige Bewusstseinsentwicklung (Aufmerksamkeitsschulung) - um ein Aufwachen dem anderen Menschen und für ihn - handelt es sich, wenn Entwicklungsrichtung und Entwicklungsziele des Steuerwesens verständlich gemacht und gesellschaftlich »neu justiert« werden sollen. Wie muss man die soziale Welt verstehen, wie muss man an den Verständniskräften seiner Seele arbeiten, um dies leisten zu können? Das sind die zentralen anthroposophischen Fragestellungen des Steuerwesens der Gegenwart. Es sind zugleich Menschheitsfragen der Gegenwart.

Benediktus Hardorp

Gesamtgesellschaftliche Dreigliederungsprojekte als Antwort auf Herausforderungen aus dem Zeitgeschehen

Aktuelles aus der Arbeit des Internationalen Kulturzentrums Achberg

Liebe Freunde der Dreigliederungsbewegung!

Wir möchten euch recht herzlich bitten, die nachstehenden Informationen möglichst bald und aufmerksam zu lesen. Diejenigen, denen es richtig und wichtig genug erscheint zu antworten, bitten wir, uns mitzuteilen, ob wir mit ihrer Unterstützung rechnen können. Es geht dabei um einen Ausschnitt aus demjenigen, was die gegenwärtig von uns beackerten Gebiete im sozialen Gelände der Menschheit sind – immer aus dem Bemühen, den Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus in Verbindung zu bringen mit dem Puls des Zeitgeschehens an den sich politisch und spirituell anbietenden Anknüpfungspunkten.

Am 8. 2. 2002 hat es in Deutschland vonseiten der rot-grünen I.Koalition die öffentliche Mitteilung gegeben, dass das nach ihrem Wahlsieg 1998 im Koalitionsvertrag Ziff. IX. genannte Vorhaben, in der laufenden Legislaturperiode die *dreistufige*

Volksgesetzgebung grundgesetzlich regeln, also jenes demokratiepolitische Ziel verwirklichen zu wollen, das wesentlich seit den achtziger Jahren in Achberg erforscht, konzeptionell ausgearbeitet und mit mehreren Initiativen bis zu einer letzten Petition vom 13. Dezember 1998 projektiv verfolgt worden ist, doch noch bis zur Sommerpause in die parlamentarische Beratung kommen soll (Presseberichte und weitere Infos dazu anbei).

1. Schaut man sich nun an, auf welche *Kriterien* sich die Koalitionäre verständigt haben und wie sie vorgehen wollen, so ist klar zu erkennen, dass der Sache dergestalt nicht gedient, ja das Ziel auf diese Weise gewiss nicht erreichbar ist.

Vor allem zeigt sich, dass in den rot-grünen Vorstellungen nur das Allgemeine von dem enthalten ist, was wir schon immer und auch in unserer letzten Petition als *Ensemble unabdingbarer Kriterien einer zeit- und wesensgemäßen Ausgestaltung der Volksgesetzgebung* dargestellt haben – obwohl der Petitionsausschuss am 1. 7. 99 die Petition vom 13. 12. 98 sowohl an die Bundesregierung mit der Empfehlung weitergeleitet hatte, sie in die »anstehenden gesetzgeberischen Überlegungen einzubeziehen«, an die Fraktionen war hinzugefügt, die Petition erscheine im übrigen auch »geeignet für eine parlamentarische Initiative« (wir haben an anderer Stelle genauer darüber berichtet).

Danach war Sendepause – bis jetzt am 8. Februar die Information verbreitet wurde (s. Presseberichte anbei), man wolle doch noch vor Toresschluss tätig werden. Aber, wie gesagt, nach Vorstellungen, die nichts von den von uns benannten *konkreten* Kriterien aufgenommen haben. Im übrigen ist der Koalition nur zu gut bekannt, dass die CDU/CSU, die man für den parlamentarischen Beschluss der geforderten Zweidrittelmehrheit wegen braucht, ohnehin nicht geneigt ist, sich anzuschließen, es sei denn, man käme ihren Vorstellungen weitgehend entgegen. Damit aber wäre dem Projekt noch weniger gedient.

Dies voraussehend, haben wir schon 98 in unserer Petition verlangt, man solle diese Materie *nicht parlamentarisch beschließen*, sondern sie vom Souverän selbst in einer Volksabstimmung entscheiden lassen. Dafür hatte unsere Petition einen Abstimmungstext vorgeschlagen. Die Parteien hätten danach die Möglichkeit gehabt, ihre Alternativen in Konkurrenz zu unserem Vorschlag ebenfalls zur Abstimmung zu bringen; entschieden worden wäre nach der Mehrheit der Stimmen.

Insbesondere auch dieses Anliegen wurde in der Mitteilung vom 8. Februar nicht erwähnt.

Deshalb haben wir uns entschlossen, erneut den Versuch zu einem großen Anlauf zu machen und *eine nochmalige Unterschriftenkampagne* zu starten für das Ziel, gleichzeitig mit der Bundestagswahl im September einen Volksentscheid über die Einführung der dreistufigen Volksgesetzgebung zu ermöglichen (s. den Text »Initiative IDDD – Für ein bürgernah geregeltes Recht der dreistufigen Volksgesetzgebung« mit Unterschriftenliste). Denn es ist sonnenklar: Nur wenn in noch viel größerer Zahl als je zuvor *Willensbekundungen* von Stimmberechtigten auf den Tisch gepackt werden können, wird sich der Parteienstaat beugen. Wir haben in diesem Sinne an den Bundestag nochmals eine Petition gerichtet (s. den Text »Petition der Initiative für Direkte Demokratie an den Deutschen Bundestag«), und wir wollen die Unterschriftensammlung möglichst bald mit *Presseanzeigen* und mit *Werbung* in

elektronischen Medien anstoßen. Was zusammenkommt wird man sehen; Prognosen zu machen ist sinnlos; es geht darum, das Notwendige zu benennen.

2. Dazu erbitten wir nun eure tatkräftige Mithilfe – am besten durch Spenden im Maße des jeweils Möglichen.

Die meisten werden ja wissen, dass wir unsere Achberger Arbeitsstätte, das Humboldt-Haus, seit Bestehen des Kulturzentrums ohne staatliche Zuschüsse oder Unterstützung durch andere Organisationen betreiben und bisher alles, was den Bestand der Immobilie und den laufenden Veranstaltungsbetrieb betrifft aus den erzielten Einnahmen erhalten konnten. Doch ist es diesem vergleichsweise kleinen Unternehmen nicht möglich, darüber hinaus die Mittel zur Finanzierung seiner gesellschaftlichen *Innovationsprojekte* zu erwirtschaften; sie konnten in der Vergangenheit und können in der Zukunft nur durch *Spenden* realisiert werden.

So auch jetzt. Wir wollen wieder mit einer ersten *Anzeige in der Wochenzeitung »Die Zeit«* beginnen (Entwurf mit ergänzender Liste auf der Rückseite dieses Heftes); mit der »Zeit« haben wir in den achtziger Jahren recht gute Erfahrungen gemacht. Nicht nur kamen auf Anhieb viele Tausend Zustimmungserklärungen zurück, sondern es flossen auch Spenden, die immerhin einen gewissen Teil der aus unseren Reihen gekommenen Mittel ausglich, so dass wir in anderen Blättern weitere Anzeigen veröffentlichen konnten. Doch schon die Startanzeige zu finanzieren ist ein großer Happen; wir werden natürlich wieder versuchen, einen Rabatt eingeräumt zu bekommen, doch ca. 5.000.-- bis 7.500.-- Euro werden es trotzdem werden.

Mit Darlehen arbeiten wir weniger gern, weil wir ja nicht garantieren können, wie die Spendenbereitschaft in der Öffentlichkeit sein wird. Natürlich würden wir Rückzahlungsverpflichtungen einhalten, wenn die Mittel entsprechend zurückfließen; aber das ist nicht sicher zu garantieren. Kurzum: Wer uns *Spenden* zur Verfügung stellen kann, damit wir die wahrscheinlich wieder für Jahre letzte günstige Gelegenheit, die dreistufige Volksgesetzgebung voranzubringen, *auf die richtige Art und Weise nutzen können*, den bitten wir herzlich, entsprechende Beträge auf eines der Konten des Internationalen Kulturzentrums zu überweisen (aus D: Volksbank Wangen BLZ 650 920 10 Konto 34 425 004, aus CH: Migrosbank Winterthur zugunsten 16 815158505 8404 Konto 84-704-3, aus A: Sparkasse Bregenz BLZ 20601 Konto 0000-047563).

3. Da in unserem Freundeskreis auch Verbindungen zu dem Verein Mehr Demokratie bestehen und dieser Verein in den letzten Jahren, Achberger Arbeitsergebnisse aufgreifend, in Sachen direkte Demokratie (mit unterschiedlicher Qualität) viele Aktivitäten entfaltet und auch jetzt wieder zu den Mitteilungen vom 8. 2. 2002 seine Stimme erhoben hat, möchten wir wenigstens kurz dazu bemerken, dass wir, insofern es die Bundesebene betrifft, die Arbeitsweisen dieses Vereins und seine die Idee der dreistufigen Volksgesetzgebung in wesentlicher Hinsicht verkürzenden Vorstellungen nicht vorbehaltlos gutheißen können. Wir haben die Freunde immer eingeladen, die geistig konsequenteren und für die Bundesebene auch strategisch realistischeren Achberger Projekte zu unterstützen, doch das

blieb bisher leider ohne Erfolg. Wir würden uns aber sehr freuen, wenn es jetzt für das September-Projekt zu einer Zusammenarbeit käme.

Zum Abschluss dieser Zwischeninformation über eine aktuelle II.Herausforderung für unsere Arbeit wollen wir noch auf jenen Zusammenhang der Aktualität hinweisen, der sich zeigt, wenn man sich den Achberger Forschungen zuwendet, welche hauptsächlich seit der Mitte der neunziger Jahre im Zentrum unserer Erkenntnisbemühungen standen und durch die es möglich wurde, bewußt mit dem Zeitenstrom zu leben und aus der Aufmerksamkeit der ihn tragenden Gesetze (Rhythmen) zu handeln, denn sie hängen ja mit dem allerhöchsten, "heiligsten", kosmisch-irdischen Geschehen zusammen (hier ist konkret das von der Geisteswissenschaft entdeckte »Gesetz der Umlaufzeit geschichtlicher Ereignisse« gemeint; s. den Basler Vortrag *Rudolf Steiners* von 23. Dezember 1917 »Et incarnatus est ...«).

1. Vor diesem Hintergrund ist es dann zwar immer wieder erstaunlich, aber nicht wirklich überraschend, wenn sich im Zeitgeschehen Situationen einstellen, welche diese Gesetze eindrucksvoll bestätigen. So auch jetzt wieder in den Dingen, die zum Wiederergreifen unseres Projektes zur Verwirklichung der dreistufigen Volksgesetzgebung geführt haben. Dieses Projekt hat ja, wie manches andere aus den Anfängen der uns schließlich nach Achberg führenden Aktivitäten, wie z. B. auch die dann in Wangen angesiedelte Waldorfschule, seinen Ausgangspunkt im Jahr 1969, also vor 33 Jahren.

Denn: Am 23. Januar 1969 hatte die Frankfurter Rundschau unser erstes Projekt, in welchem wir den Impuls der direkten Demokratie in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext zur Sprache brachten (siehe faksimilierte Dokumentation) auszugsweise einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Was ist seither auf diesem Gebiet nicht alles erreicht worden an Vertiefung und Erweiterung des Erkennens und Handelns!

Auch wenn dies erst von vergleichsweise wenigen wahrgenommen ist und selbst im engeren Freundeskreis nicht immer so gegenwärtig sein mag, dass aus dem entsprechenden Bewusstsein objektive geistige Kräfte am irdischen Geschehen mitwirken könnten (über dasjenige hinaus, was aus den individuellen Seelenlagen kommt), so ist doch klar, dass es, sozusagen aus dem Weltall betrachtet, ohne diese Arbeit um unseren Planeten noch viel viel düsterer bestellt wäre, als es in dieser Zeit der materialistischen Verdunkelung so sehr der Fall ist.

Kurzum: Durch die Mitteilungen aus dem rot-grünen Koalitionslager in Berlin vom 8. Februar stehen wir im Sinne dieses Zusammenhanges jetzt vor der Herausforderung jenes *Auferstehungsimpulses*, dessen *Geburtsstunde* in den Anfangswochen des Jahres 1969 lag. Man sieht jetzt vielleicht deutlicher, warum vor einiger Zeit noch gesagt werden musste, es fehle der Anlass, den wir brauchen, um in größerem Stile nochmals einen Anlauf für das Ziel der dreistufigen Volksgesetzgebung zu unternehmen. Jetzt ist des Pudels Kern dieser Verborgenheit, ihr »Zeitenstern«, erneut am geschichtlichen Firmament zum Vorschein gekommen um den Weg zu weisen!

Das heißt praktisch und ganz unabhängig von Ergebniserwartungen: Wir müssen jetzt nochmals den Versuch unternehmen, so stark es uns möglich ist für dieses Ziel alle Register zu ziehen.

2. Auch der andere Projektzusammenhang, von welchem drei weiteren Texte zur europäischen Verfassungsfrage handeln, erfährt seine besondere historische Beleuchtung aus der Tatsache, dass wir ebenfalls vor 33 Jahren mit unserer damaligen Dreigliederungsarbeit an einem *ersten Verfassungsprojekt* (anlässlich der Volksabstimmung über die Wiedererrichtung eines Bundeslandes Baden im Jahr 1970) beteiligt waren (was wir leider nicht dokumentieren können). Jetzt stellt sich diese Aufgabe in großer historischer Dimension auf europäischer Ebene. Wir laden alle sehr herzlich zur Mitarbeit ein.

Achberg, 10. März 2002

Wilfried Heidt

Grundgedanken und Grundfragen zum Projekt einer Verfassung für den sozialen Organismus der Europäischen Union

Thesen für ein Arbeitstreffen der Sektion für Sozialwissenschaft
am Goetheanum (16. 3. 02)

1. Mit der *Verfassungsgebung* kommt der *Geburtsprozess eines neuen sozialen Organismus* zu einem vorläufigen Abschluss, bzw. es führt dieser Akt an den Ausgangspunkt einer neuen Etappe der Entwicklung des sozialen Lebens auf der Grundlage einer legitimierten Rechtsordnung. Sie bildet fortan den (veränderbaren) Rahmen innerhalb dessen alle sozialen Lebensprozesse sich als rechtlich legitimierte vollziehen können.

2. In der Moderne (grosso modo ab 1789) liegt die *Quelle der Legitimation* bei der jeweiligen Rechtsgemeinschaft (im Falle eines Staatswesens beim Staatsvolk = *Volkssouveränität*), und das Verfahren der Verfassungsgebung muss dem Prinzip der Demokratie entsprechen. Eine erste Vereinbarung, die für die Verfassungsgebung elementar konstitutiv ist, muss daher ein Grundkonsens sein hinsichtlich der Antwort auf die Fragen: *a) wer gehört zur Aktivbürgerschaft einer Rechtsgemeinschaft* und *b) wie übt diese bei der Verfassungsgebung ihr Souveränitätsrecht aus?* (Hier angewandt auf den Fall der Europäischen Union: Was ist die derzeitige Ausgangslage? Entspricht diese der Natur der Sache? Falls ja: Inwiefern; falls nein: Was müsste eingerichtet werden, wollte man in dieser Hinsicht der Natur der Sache entsprechen?)

3. Wenn man den historischen Weg der europäischen Integration seit 1946 (Churchills Züricher Rede mit dem Stichwort »Vereinigte Staaten von Europa«) verfolgt, begegnet man den folgenden Entwicklungsschritten:

3.1 Gründung des **Europarates** (1949) mit der Aufgabe, alle europäischen Nationen auf der Basis bestimmter Normen und Grundwerte (sog. »Konventionen«) zu vereinen und sie aufzufordern, ihre staatlich-gesellschaftlichen Verhältnisse so einzurichten, dass diese Normen und Werte in ihrem Gemeinwesen beachtet sind. Man könnte darin einen ersten Versuch erkennen, Europa jenseits aller Ideologien auf **ein gemeinsames geistiges Fundament** zu stellen, auf welchem

auch und gerade seine *Vielfalt* – und damit letztlich die Würde des Menschen insofern er Individualität ist – sich manifestieren kann. (*Tendenz: Selbstbestimmung der kulturellen Identität*) In den folgenden Jahrzehnten ist die Arbeit des Europarates, dem heute nahezu alle europäischen Länder als Mitglieder verbunden sind, gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Dominanzen im Hintergrund geblieben trotz vieler wichtiger Errungenschaften, denen er in seinen Konventionen Ausdruck gegeben hat.

3.2 Eine zweite Entwicklungsphase war diejenige, in welcher sich (ab 1951) stufenweise die **wirtschaftliche Integration jenseits nationalstaatlicher Begrenzungen** (bis zum Ende des europäischen Kommunismus 1989/91 ausschließlich privatkapitalistisch-parlamentarisch geprägte west-, süd- und mitteleuropäische Staaten umfassend) hin zur **EWG und EG** in ihren verschiedenen Etappen vollzog. (*Tendenz: Selbstverantwortung der wirtschaftlichen Akteure*)

3.3 Währenddessen wurden immer wieder Anläufe in Richtung der Bildung einer auch **politischen Union** unternommen. Dieses Ziel – die **Europäische Union (EU)** mit dann 15 Mitgliedsländern – wurde 1992 mit dem *Vertrag von Maastricht* erreicht und (1996) mit dem *Vertrag von Amsterdam* konsolidiert. In dieser Phase wurde im Prinzip bereits die sog. »Osterweiterung« vereinbart, d. h. es sollten nach Erreichen eines bestimmten Standards auch die ehemaligen kommunistischen Staaten Osteuropas an der europäischen Integration teilnehmen können. (*Tendenz: Demokratischer Rechtsstaat*)

3.4 Ein viertes Element, welches auch bereits seit den späten siebziger Jahren ins Auge gefasst war, rückte nach 1992 ins Zentrum des Integrationsprozesses: Das Projekt einer gemeinsamen europäischen Währung. Mit der Gründung der *Europäischen Zentralbank (EZB)* erhielt die EU, darin wie kulminierend, **ein gemeinsames monetäres System**, das mit zunächst 12 Mitgliedsländern, welche die vereinbarten Kriterien erreichen konnten, 1999 beschlossen wurde; seit 2002 ist in dieser Währungsunion der **Euro** einziges gesetzliches Zahlungsmittel. (*Tendenz: Dienende Geldordnung*)

4. Diesen historischen Prozess *zusammenfassend* und ihn mit seiner Zukunftsperspektive verbindend, könnte man sagen: Die Europäische Union stellt die Frage nach der Verfassung ihres sozialen Organismus am Anfang des 21. Jahrhunderts aus einer Entwicklungsstufe, auf welcher dieser sich als *ein nach geistig-kulturellen, wirtschaftlichen, politisch-rechtlichen und monetären Prozessen gegliedertes System* darstellt, denen jeweils bereits eine bestimmte, noch widersprüchlich in Erscheinung tretende Entwicklungstendenz innewohnt, bisher jedoch weitgehend noch traditionelle, dem einheitsstaatlichen Muster entnommene Organe des Vereinbaren und Entscheidens (Erzeugen von Verbindlichkeit) zugeordnet sind. Das Bild des gegenwärtigen Bestandes der entsprechenden Institutionen und die ihnen zugewiesenen Kompetenzen wäre als ein Ausgangspunkt für eine verfassungsrechtliche Neuordnung (= Aufgabe der »Vertiefung« der EU) zu beschreiben. Außerdem wäre herauszuarbeiten, welches

das der bisherigen Entwicklung zugrunde liegende (und in den Verträgen thematisierte) Menschenbild ist und welches die bisher wirkenden systemischen Leitbegriffe in den vier genannten Sektoren (3.1 – 3.4) waren.

5. Die Europäische Union ist eine gesellschaftliche Handlungsebene, deren Kompetenzen hinsichtlich der bezeichneten vier Funktionen verfassungsrechtlich gegenüber denjenigen beschrieben und festgestellt werden müssen, die auf der Ebene der Verfassungsordnung (Souveränität) der Mitgliedsländer bleiben sollen und welches künftig der Weg ist, um dieses Verhältnis gegebenenfalls zu ändern.

6. Unter dem Gesichtspunkt des Impulses bzw. der Beschreibung der sozialen Wirklichkeit im Lichte der Idee der Dreigliederung (des sozialen Organismus), wie es zuerst von Rudolf Steiner als Ergebnis seiner anthroposophisch-sozial- und -geschichtswissenschaftlichen Grundlagenforschung vorgestellt wurde, stellen sich in Anknüpfung an die faktisch vollzogene Entwicklung der europäischen Integration in verfassungsrechtlicher Hinsicht zwei Grundfragen:

6.1 Wie können – entsprechend dem Gedanken, den Rudolf Steiner in seinen Memoranden vom Jahr 1917 vorschlug – die vier gesellschaftlichen Handlungssysteme (s. 3.1 – 3.4) ihrer jeweiligen Zentralaufgabe gemäß einerseits dergestalt *autonomisiert* und im *Radius ihrer Kompetenz bestimmt*, andererseits durch entsprechende *Organe der Kommunikation* so miteinander *vernetzt* werden, dass sie als soziales Ganzes der Entwicklung aller dem Organismus zugehörigen Individuen, letztlich der ganzen Menschheit in der bestmöglichen Weise dienen können? Das ist *eine der grundlegenden Strukturfragen* der jetzt anstehenden Aufgabe, eine Verfassung für die EU zu erarbeiten.

6.2 Welches sind zum einen die *Grundbegriffe* (s. 4.), die in *funktionaler* Hinsicht den sozialen Prozessen dieser gegliederten Gesamtordnung zugrundeliegen und die wir zu bilden hätten, wenn wir ihrer in der Wirklichkeit (*ideenwissenschaftlich*) gewahr würden? An welchen *Menschheitsidealen* unserer Epoche können/wollen wir zum ändern die Entwicklung orientieren (und sie dementsprechend verfassungsrechtlich aufgreifen)? Darin könnte man im umfassenden Sinn die Antwort auf die *grundlegenden Wertefragen* (einer »Charta der Grundrechte« auf der Höhe der Zeit) des Verfassungsprojektes sehen [(das *neue Paradigma* hinsichtlich eines gewandelten Kulturbegriffs (Kreativität, Kommunikation: Freiheit), Wirtschaftsbegriffs (Kapital: Bedarf, Produktion; Einkommen, Arbeit, Eigentum, Kreditieren, Kaufen, Investieren, Subventionieren: Brüderlichkeit), Staatsbegriffs (Demokratie, Rechtsstaat: Gleichheit) und Geldbegriffs (Zirkulation, Verpflichten und Berechtigten: Altruismus)].

7. Realistisch betrachtet muss es unmöglich erscheinen, etwas Wesentliches – oder gar das Ganze – von dem oben (unter 4, 5 und 6) Gekennzeichneten aktuell durchsetzen zu können. Dazu wäre nötig gewesen, schon seit Mitte der neunziger Jahre, seit bemerkbar war, dass mit dem Beginn des ersten Jahrzehntes des neuen Jahrhunderts die Verfassungsfrage für die Europäische

Union gestellt sein und alsbald danach entschieden werden würde, energisch eine *vorbereitende Arbeit* mit allen dafür zur Verfügung stehenden Fähigkeiten zu leisten und damit *eine europäische Verfassungsbewegung zu impulsieren und zu inspirieren*. Das wurde wie so vieles im 20. Jahrhundert versäumt. Jetzt hat man die Dinge – wie bei den Entwicklungen 1989/90 (aus den Interessen der Herrschenden verständlich) – wieder unter Zeitdruck gestellt; d. h. man will schon bis Mitte 2003 durch einen (rein parlamentarisch gebildeten) »Konvent« einen Verfassungsentwurf erstellen und diesen sicher bald danach, wahrscheinlich während 2004 – möglicherweise auch durch einen EU-weiten Bürgerentscheid – »feierlich« beschließen.

Es ist nicht zu erkennen, wie wir auf diesen Prozess noch einen maßgeblichen Einfluss sollten ausüben können. Es sei denn, wir versuchten – in Gemeinschaft mit allen daran interessierten Kräften der Zivilgesellschaft – aus der kleinen Spalte, die man dafür geöffnet hat (s. auch »Forum der Zivilgesellschaft«: sg-forum-convention@cec.eu.int), nach der oben angedeuteten Perspektive die **Konzeption einer integrierten Komplementär-Verfassung** – nach der Idee einer alternativ geltenden Rechtsordnung (Typus B) – ins Spiel zu bringen, für welche sich, in entsprechender Verknüpfung mit der konventionellen und ihrem System (Typus A), die Menschen frei entscheiden und insbesondere ihre Arbeitsprozesse gesellschaftlich danach organisieren könnten. Das wäre nicht mit einem Spielraum für »private« Alternativen zu verwechseln, sondern gehörte ebenso zum *öffentlichen Rechtssystem* wie die konventionelle Ordnung (Beispiele: Gleichberechtigtes Stiftungsrecht neben Privateigentum mit den entsprechenden steuerrechtlichen Konsequenzen, Ähnliches im Gesundheitswesen, Schulwesen, Hochschulwesen, Medienwesen usw. usf.).

In dieser Idee könnte eine strategische Chance liegen, *das Neue neben dem Alten zur freien Entscheidung zu veranlassen und ihm verfassungsrechtlich denselben Rang wie dem Alten einzuräumen*. Es dürfte den herrschenden Kräften nicht leicht sein, diesen Weg demokratisch argumentativ abzuweisen. Käme man damit durch, wäre es das historische Ende für den Grund zur Revolution. »Von der Revolution der Begriffe zur Evolution der Verhältnisse« (W. Schmudt).

Achberg, 7./8. März 2002

Wilfried Heidt

Der Aufruf EU 21 sowie die vollständige Petition an den deutschen Bundestag für faire Mitbestimmungsrechte konnten leider nicht mitabgedruckt werden.

Die Redaktion bitte um Ihr Verständnis.